

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

10'72 Oktober



Mehr als Schaumschlägerei

Immer größere Brandgefahren bedingen den Einsatz von Großlöschgeräten und besonderen Löschmitteln

Es begann eigentlich damit, daß zu Beginn unseres Jahrhunderts der Bedarf an flüssigen Kraftstoffen für Verbrennungsmotoren immer größer wurde. Entsprechend stiegen Zahl und Volumen der Lageranlagen für Benzin und Benzol. Es stellte sich schnell heraus, daß in manchen Brandfällen Wasser ein ungeeignetes Löschmittel ist. Die Suche nach einem besseren Mittel begann, und nach einigen Zwischenversuchsstationen gelang es den Chemikern, ein hochwirksames Schaummittel zu entwickeln, aus dem Luftschaum gemacht wird. Um ihn zu erzeugen, auf daß er — beispielsweise bei brennenden Flüssigkeiten auf der Oberfläche schwimmend — jeden Brand

erstickt, werden Schaummittel aus organischen, wasserlöslichen Eiweißprodukten oder auch aus synthetischen Stoffen mit Wasser gemischt und mit Hilfe von Luftschaumgeräten mechanisch verschäumt. Inzwischen hat die Industrie Mehrbereichs-Schaummittel von großer Wirksamkeit und Vielseitigkeit auf den Markt gebracht. Ebenso wirksam sind die dazugehörigen Schaumwasser-Werfer, Schaumrohre und Leichtschaum-Generatoren; Geräte, mit denen man Brände schnell unter Kontrolle bringen kann. Die Bilder dieser Seite zeigen einige aus einer großen Zahl von neuzeitlichen Geräten in Aktion.

H. F.



Schaumrohr

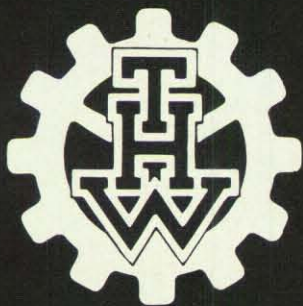


Schaumgenerator



Schaum-Wasser-Werfer

 **MAGAZIN**
10'72



Aus dem Inhalt

Seite 4:

„Luftaufklärung als Führungsmittel“ —



Ein Bericht über die Ausbildung von Luftbeobachtern für den Katastrophenschutz in Bayern.

Seite 11:

„Soll und Haben diskutiert“ —
12. „Ascheberger Gespräch“ —
Thema: Weißbuch zur zivilen
Verteidigung.

Seite 14:

„Parade der Hilfsbereitschaft“ —
Große Sonderschau „Rund um den
Katastrophenschutz“ in Wuppertal.

Seite 18:

„Rund um die Uhr“ — In München
waren Rettungsdienst und
Katastrophenschutz Tag und Nacht
einsatzbereit.

Seite 23:

„Öffentliche Schutzräume im Bereich
von U- und S-Bahnen“ — Dargestellt
an zwei Objekten in Hamburg.

Seite 27:

„Unwetterkatastrophe in Stuttgart“ —
Machtlos gegen Wasser und Hagel.

Seite 30:

„Alle Hände voll zu tun“ — THW-
Helfer mit vielen Aufgaben.

Seite 70:

„Computer leitet Feuerwehreinätze“
— Automatische Einsatzzentrale wird
z. Z. in der Nachrichtenzentrale der
Hauptfeuerwache München getestet.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Gabriele Mintenbeck

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**

Verlag P. A. Santz,
599 Altena
Postfach 137
Telefon: (0 23 52) 28 21
Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Umlandstraße 42
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft
sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer
enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete
Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

Aktivierung des Behördenzivilschutzes in NRW

Durch Beschluß der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 12. 10. 1961 ist es allen Behörden des Landes zur Pflicht gemacht worden, Maßnahmen des Behördenselbstschutzes zu treffen. Dementsprechend sind in den Haushalten seit 1963 die für die Beschaffung und Instandhaltung der Ausrüstung nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt worden. Gleichzeitig begann die Auswahl und Ausbildung der Behördenangehörigen. Das Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hat Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Bereich des Selbstschutzes neu geregelt. Nachdem auch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes vorliegt, hat der Innenminister des Landes durch einen Erlaß vom 19. 5. 72 die Hauptverwaltungsbeamten auf ihre Verantwortung für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung hingewiesen und ihnen aufgegeben, in Verbindung mit dem Bundesverband für den Selbstschutz um eine Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung bemüht zu sein. Wie es in dem Erlaß weiter heißt, erscheint es angebracht, auch dem Behördenselbstschutz, und zwar sowohl dem Ausbildungsstand der Behördenangehörigen wie der Ausrüstung, erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eine Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Selbstschutzes sei insbesondere im Hinblick auf die in der Vergangenheit durchgeführte Neuordnung verschiedener Ressorts und wegen des inzwischen eingetretenen Personalwechsels erforderlich.

Da der Bundesverband für den Selbstschutz u. a. die Aufgabe hat, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im

Selbstschutz zu unterstützen (§ 11 Abs. 2 Ziff. 3 KatSG), hat der Minister mit der Landesstelle Nordrhein-Westfalen des BVS vereinbart, daß möglichst bald in der Ausbildungsstätte Schloß Körtinghausen ein Lehrgang für Führungskräfte des Behördenselbstschutzes der obersten Landesbehörden stattfindet, in welchem der neueste Stand der Ausrüstung und richtiges selbstschutzmäßiges Verhalten erläutert werden sollen.

Im Anschluß an den Besuch des Lehrganges müsse es Aufgabe der Führungskräfte sein, mit Unterstützung der Behördenleitung und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Dienststellen des BVS die Selbstschutzkräfte auszubilden bzw. deren Ausbildung zu vervollständigen.

Sondermarke für Zivildienst



Eine jetzt zum Verkauf an den Postschaltern gelangte Sonderbriefmarke der Schweiz zeigt das amtliche Zeichen des Zivildienstes. In einem Begleittext zur Ausgabe dieses Postwertzeichens wird auf die Aufgaben des Zivildienstes als Teil der Gesamtverteidigung hingewiesen.

50 Jahre im Dienst

Am 1. Oktober 1972 waren es 50 Jahre her, daß der Leiter der Verwaltungsabteilung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Abteilungspräsident Josef Friese, bei der Stadtverwaltung seiner Heimatstadt Lügde als Verwaltungslehrling



Verwaltungsakademie.

In seiner Heimatstadt wurde er im Oktober 1947 zum Hauptgemeindevorstand gewählt. Mai 1952 wechselte er zum Bundesministerium des Innern über. Im Mai 1958 wurde er als Regierungsrat zur Bundesdienststelle für zivilen Bevölkerungsschutz, der Vorgängerin des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, versetzt, wo ihm im Herbst 1970 die Leitung der Verwaltungsabteilung übertragen wurde.

Bereits im Bundesministerium des Innern mit Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung vertraut, wirkte er entscheidend am Aufbau des Bundesamtes mit. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er 1969 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Trotz seiner dienstlichen Inanspruchnahme war Abteilungspräsident Friese jederzeit bereit, sich u. a. als Obmann der Schwerbeschädigten, Mitglied des Personalrates und der Prüfungskommission für Beamte des gehobenen Dienstes sowie als Schöffe in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Alle, die ihn kennen, schätzen sein freundliches Wesen, das die Zusammenarbeit mit ihm jederzeit angenehm gestaltet.

Hilfe für Bangla Desh

Die Verhältnisse in Bangla Desh normalisieren sich nur sehr langsam, noch ist die Ernährungslage nicht gesichert. Der junge Staat benötigt deshalb weitere Hilfe. Die Bundesregierung hat mit MS „Strahlenfels“ und MS „Uhenfels“ (ausgelaufen Mitte Juli bzw. Ende August, Ankunft Chittagong Anfang September bzw. Mitte Oktober) zwei weitere Sammeltransporte mit Hilfsgütern abgeschickt. Vom Diakonischen Werk, Caritasverband und Terre des Hommes wurden 3 Küstenmotorschiffe, 1 Schlepper, 6 Lastwagen, 1 VW-Krankentransportwagen,

angestellt wurde. Am 1. Juli 1942 kam er zu der Behörde des damaligen Reichskommissars für die Preisbildung in Berlin und besuchte dort die

diverses medizinisches Gerät und Medikamente, 300 mt Kindernahrung, 1 Seekiste Brillen und Brillenfassungen, 1 000 Paar Gummistiefel, 250 mt Baumwollgarn und 38 mt Chemikalien zum Färben von Stoffen, 40 000 Sack Zement und 20 mt Messing-Halbprodukte zur Herstellung von Spritzen für die Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Wert dieser Spendengüter: 2,1 Mio DM.

Mit der Lieferung von Baumwollgarnen und -farben soll etwa einer Million in der Heimindustrie beschäftigten Menschen geholfen werden. Die Messing-Halbprodukte dienen dem Aufbau des Handwerks und der Landwirtschaft. Die Zementlieferungen sollen das Hauptprogramm vorantreiben helfen. Die Lastwagen sind hauptsächlich für die Verteilung von Lebensmitteln, die Schiffe zur Sicherstellung des Verkehrs auf den Wasserwegen bestimmt.

Die kirchlichen Hilfsorganisationen haben ihren Partnerorganisationen in Bangla Desh (Berres und Corr) im II. Quartal 1972 rd. 25 Mio. DM an Bar- und Sachmitteln bereitgestellt. Die Bundesregierung hat 15 Mio. DM zur Verfügung gestellt, um die Aktion „Sauberes Trinkwasser“, das Schiffsreparaturprogramm Barisal, Lebensmitteltransporte und das Kinderspeisungsprogramm, den Hausbau, die Starthilfe für die

Landwirtschaft und den Ankauf von Flußschiffen zu unterstützen. In diesem Rahmen beteiligte sich die BRD an Maßnahmen der Vereinten Nationen mit 4,8 Mio. DM und an den Hilfsprogrammen der deutschen Hilfsorganisationen mit 5,5 Mio. DM. VN-Generalsekretär Waldheim würdigte die deutsche Hilfeleistung für Bangla Desh in einem Dankschreiben, in dem er die „kontinuierliche großzügige Reaktion“ der Bundesregierung besonders betont.

Der verhältnismäßig milde Monsun dieses Sommers erleichterte die Lösung der Transportprobleme und begünstigte die Ernteaussichten. Es besteht die Hoffnung, daß die leidgeprüfte Bevölkerung die schlimmste Zeit überstanden hat, so daß die Aufbauhilfe im Rahmen der Entwicklungshilfe beginnen kann.

Hans Zielinski zum Abteilungspräsidenten ernannt

Am 1. August erhielt der Leiter der Abteilung Warn- und Alarmdienst im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, Leitender Regierungsdirektor Dipl.-Ing. Zielinski, die Urkunde des Bundespräsidenten über seine



Ernennung zum Abteilungspräsidenten. Hans Zielinski wurde am 7. August 1912 in Hoxfeld (Kreis Borken/Westf.) geboren. An der Technischen Hochschule

Aachen legte er im Herbst 1939 die Diplomhauptprüfung ab. Nach Kriegsende wurde er Versuchsingenieur beim Technischen Überwachungsverein in Essen, Betriebsingenieur bei der Werdener Feintuchwerke AG in Essen, Oberingenieur bei der Wuppertaler Stadtwerke AG und schließlich Betriebsdirektor bei den Stadtwerken in Duisburg.

Am 1. April 1962 kam Dipl.-Ing. Zielinski zum BzB als Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Als er mit Wirkung vom 1. Juli 1970 zum Leiter der Abteilung Warn- und Alarmdienst bestellt wurde, ist ihm der Abschied vom THW gewiß nicht leicht gefallen. Durch das stete Bemühen, die auftretenden Fragen praxisnah und optimal zu lösen, und durch die Besonnenheit, mit der er seine Entscheidungen trifft, hat er unter seinen Mitarbeitern Anerkennung und Wertschätzung gefunden.

20 Jahre THW im Stadtstaat Hamburg



Auf ein 20jähriges Bestehen in der Freien und Hansestadt Hamburg kann das Technische Hilfswerk zurückblicken. Aus diesem Anlaß bot das THW u. a. in Zweigstellen der Hamburger Sparkasse durch die Ausstellung von Geräten und Fotos einen Einblick in die vielseitige Arbeit seiner 2 500 Helfer. Bei der Eröffnung einer solchen Ausstellung zeichnete der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, zehn THW-Helfer für ihre langjährige Mitarbeit aus. (Unser Foto)

Amtsrat Hans Storner, Bayer. Staatsministerium des Innern

Luftbeobachtung als Führungsmittel

Ein Bericht über die Ausbildung von Luftbeobachtern für den Katastrophenschutz in Bayern

Fotos: Günter Sers

Die Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Luftbeobachtern bei bestimmten Katastrophen ist allgemein unbestritten. Insbesondere in großflächigen Ländern, die aufgrund ihrer geographischen Struktur häufig von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Unwetter, Lawinen usw. betroffen werden, wurde die Beobachtung von Schadensgebieten aus der Luft schon frühzeitig als wirksames Führungsmittel erkannt.

Dennoch hat es sehr lange gedauert, bis die Bemühungen des Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst, General a. D. E. Hampe, in jedem Bundesland einen Luftrettungsdienst aufzubauen, Erfolg hatten.

Auch heute noch zögern einige Länder, dieser privaten Initiative die erforderliche behördliche Unterstützung zu gewähren. Teilweise wird befürchtet, die Bemühungen zur Beschaffung staatseigener Hubschrauber würden durch eine „private“ Luftrettungseinrichtung dieser Art erschwert werden. Das Bayer. Staatsministerium des Innern ist jedoch von der Überlegung ausgegangen, daß eine Luftrettungsstaffel, deren Stützpunkte über das ganze Land verstreut sind, die Hubschrauber der staatlichen Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr im Rahmen der Katastrophenabwehr sinnvoll ergänzen kann.



Einweisung der Lehrgangsteilnehmer durch den Piloten in den Flugauftrag. Interessierter Zuhörer: der Referent für Brand- und Katastrophenschutz im Bayer. Staatsministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Oehler (Mitte).



Mit großer Sorgfalt wird der vorgeschriebene Kurs ermittelt und in die Landkarte eingetragen.

Die bayerischen Katastrophenschutzbehörden wurden daher bereits mit Bek. vom 19. 12. 1968 davon unterrichtet, daß sich zunächst 12 Flugsportvereinigungen zu einer „Luftrettungsstaffel Bayern“ zusammenschlossen haben, um die Maßnahmen

der Katastrophenschutzbehörden durch die Bereitstellung erfahrener Piloten und privater Flugzeuge zu unterstützen. Weitere Stützpunkte sind inzwischen hinzugekommen; insgesamt sind es nunmehr 20 Flugsportvereine, die für diese Aufgabe zur



Erfahrene Piloten unterrichten die Lehrgangsteilnehmer über die Besonderheiten des Hubschrauberflugs (hier eine Alouette II).



Hubschrauber mit Düsentriebwerken benötigen Kerosin als Treibstoff. Im Bild die Piloten des Polizeihubschraubers „Edelweiß 2“ beim Betanken ihrer Bo 105.



Für Polaroid-Sofortaufnahmen ist die zweisitzige „Piper“, deren Fenster hochgeklappt werden können, gut geeignet.

Verfügung stehen, eine Anzahl, die für Bayern als ausreichend angesehen wird.

Gleichzeitig wurde mit der Ausbildung von Luftbeobachtern begonnen, wobei die unterschiedlichen Aufgabenbereiche berücksichtigt worden sind. Zunächst wurden die Katastrophenschutzreferenten und -sachbearbeiter der Regierungen und einiger — aus Belangen des Katastrophenschutzes — besonders wichtiger Kreisverwaltungsbehörden in zweitägigen Lehrgängen in München mit den erforderlichen theoretischen Kenntnissen ausgestattet, ehe sie mit Piloten ihres nächstgelegenen Stützpunktes der Luftrettungsstaffel

praktische Einweisungsflüge absolvieren durften. Damit sollten die bei Katastropheneinsätzen verantwortlichen Führungskräfte mit den Möglichkeiten und auch den Grenzen der Luftbeobachtung vertraut gemacht werden. Weitere Lehrgänge mit Angehörigen von Berufsfeuerwehren der bayerischen Großstädte, Führungskräften einiger Freiwilliger Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks wurden an Wochenenden abgehalten, um auch aus diesen Fachbereichen Sachverständige zur Verfügung zu haben. Dem Sanitätsdienst stehen bereits seit einiger Zeit entsprechend ausgebildete Kräfte des Bayer. Roten Kreuzes zur Verfügung, die zum Teil sogar für Einsätze der Bergwacht als Fallschirmspringer ausgebildet sind.



In Theorie und Praxis wurde die Handhabung der Polaroid-Kamera geübt.

Umfangreiches Ausbildungsprogramm

Im Hinblick auf die Olympischen Spiele in München wurden schließlich im November 1971 und im Mai 1972 in Eichstätt insgesamt 50 Polizeibeamte ausgebildet. Es handelte sich hierbei überwiegend um Beamte, die während der Olympischen Spiele als ortskundiges Begleitpersonal für die eingesetzten Hubschrauber der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr eingeteilt waren und die anschließend ebenfalls den Katastrophenschutzbehörden als Luftbeobachter zur Verfügung stehen. Es ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit insgesamt etwa 200 Luftbeobachter aus den verschiedenen Fachbereichen auszubilden.

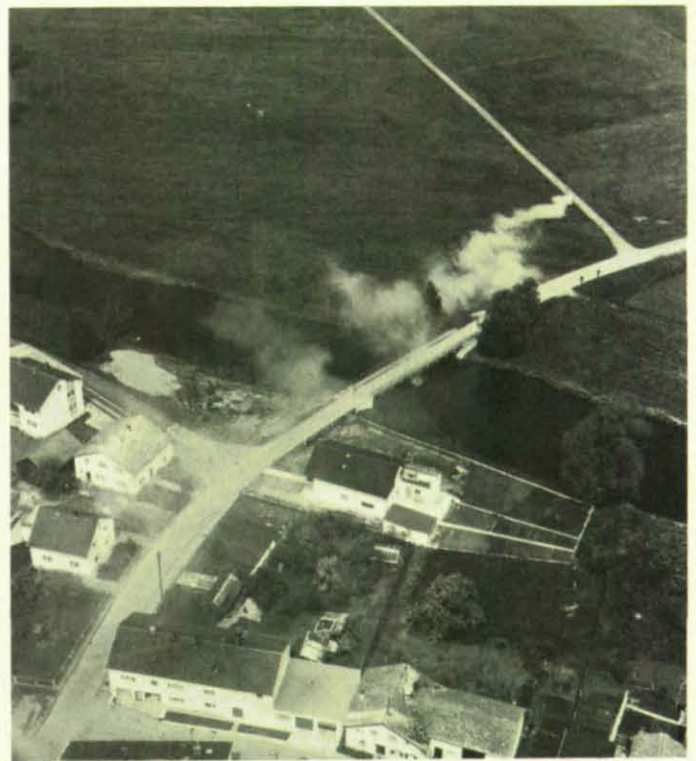
Personen, die als Luftbeobachter vorgesehen werden, müssen sich vor Lehrgangsbeginn einer eingehenden fliegerärztlichen Untersuchung durch einen Facharzt unterziehen.



Auch die Anwendung des Kursdreiecks im engen Cockpit der „Cessna 182“ will gelernt sein.

Das Ausbildungsprogramm umfaßt im theoretischen Teil folgende Themen:

- das Verhalten auf dem Flugplatz, am und im Luftfahrzeug (Sicherheitsvorschriften)
- das Verhalten bei Notfällen
- Grundkenntnisse der Aerodynamik
- Kartenkunde (ICAO-Karte M 1 : 500 000 und Deutsche Generalkarte M 1 : 200 000)



Unfallstellen werden durch Rauchzeichen dargestellt. Aufgabe des Luftbeobachters ist es, die Position zu ermitteln und der Einsatzleitung über Funk zu melden.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3555)

- allgemeine Grundlagen der Navigation
- Wetterkunde
- Anforderungen an einen Außenlandeplatz für Hubschrauber
- Luftverkehrsregeln und VFR-Bedingungen
- allgemeines Luftrecht
- Zusammenwirken mit den Katastrophenschutzbehörden und den Hilfsorganisationen
- Luftaufnahmen
- nach markanten Punkten / Strecken
- Nachzeichnen eines Flugweges
- Kursfliegen (Dreiecksflug)
- Aufsuchen und Anfliegen eines Geländepunktes
- Führen und Anfliegen über Funk
- Berechnen von Zeit und Raum
- Verkehrsbeobachtung
- Anfertigung von Luftaufnahmen mit Polaroid-Kameras.

Im praktischen Flugdienst, der mit privateigenen Flächenflugzeugen der Luftrettungsstaffel Bayern und ergänzend hierzu mit Hubschraubern der Polizeihubschrauberstaffel Bayern (Bo 105), der GS-Fliegerstaffel Süd (Alouette II) oder einem privaten Hubschrauber (Bell-Jet-Ranger) durchgeführt wird, haben die Lehrgangsteilnehmer nach den Einweisungsflügen bestimmte Aufgaben zu erfüllen, und zwar

- Fliegen und Orientieren

Jeder Lehrgang wird mit einer mehrstündigen Einsatzübung abgeschlossen. Ähnliche Übungen dieser Art sollen auch später in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Sie haben den Zweck, das Erlernte zu vertiefen und die Zusammenarbeit des Piloten und des Luftbeobachters mit der Einsatzleitung zu fördern. Sinnvoll ist es, diese Übungsteile in größere Katastrophenschutzübungen einzubauen.



Viel Übung erfordert es, einen bestimmten Ort nur mit Hilfe der Generalkarte M 1 : 200 000 zu finden.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3554)

Ausgangslage und Auftragszuweisung

Dem 4. Luftbeobachterlehrgang im Mai 1972 in Eichstätt wurde folgende Katastrophensituation zugrunde gelegt (Lage): „Langanhaltende Regenfälle haben in den letzten Wochen ein starkes Ansteigen des Wasserspiegels in den bayerischen Flüssen und Seen zur Folge gehabt. Die Situation hat sich in den letzten Tagen erheblich verschärft, so daß die Bayer. Landesstelle für Gewässerkunde am 18. 5. 1972 für den gesamten bayerischen Bereich akute Hochwassergefahr bekanntgegeben hat. Die Kreisverwaltungsbehörden wurden vom Bayer. Staatsministerium des Innern alarmiert und angewiesen, das weitere Ansteigen der Gewässer zu beobachten, entsprechende Schutzmaßnahmen zu veranlassen und gegebenenfalls

Katastrophenalarm auszulösen.

Am 19. 5. 1972 um 9.00 Uhr erklärten die im Bereich der Donau und deren nördlichen Zuflüssen liegenden Kreisverwaltungsbehörden für ihre Bereiche den Katastrophenfall und forderten bei den Regierungen von Mittelfranken, Oberbayern und Schwaben Luftbeobachter an.

Das Bayer. Staatsministerium des Innern, dem diese Anforderung fernmündlich zugeleitet wurde, ordnete sofort den Einsatz des 4. Luftbeobachterlehrgangs an, der zur Zeit in Eichstätt stattfindet.

Von der Lehrgangslitung werden die Beamten aufgeteilt und mit den vorhandenen Flugzeugen und Hubschraubern folgenden Dienststellen zugewiesen:



Freitagsverkehr am Kindinger Berg im Altmühltal. Im Ernstfall kann ein Überblick über das Verkehrsaufkommen die Entscheidungen einer Katastropheneinsatzleitung wesentlich beeinflussen.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3551)



Luftbeobachter im Examen. Ohne Prüfung geht es nicht. Hier können die Lehrgangsteilnehmer beweisen, was sie in den vergangenen Tagen gelernt haben.

Gruppe 1 mit 1 Cessna 182 (ODEON 6/16) dem Landratsamt Kelheim

Auftrag: Beobachtung des Hochwassergebietes im Altmühltal von Eichstätt bis Kelheim

Gruppe 2 mit 1 BGS-Hubschrauber (ODEON 6/17) dem Landratsamt Eichstätt

Auftrag: Beobachtung des Hochwassergebietes im Altmühltal von Eichstätt bis Leutershausen

Gruppe 3 mit 1 Cessna 172 (ODEON 6/18) dem Landratsamt Donauwörth

Auftrag: Beobachtung des Hochwassergebietes entlang der Donau von Burgheim bis Höchstädt. Meldungen über die Wasserführung in den Zuflüssen, überflutete Straßen, eingeschlossene Ortschaften und Gehöfte sind über Funk an die Einsatzleitung (ODEON 6/15) abzusetzen.

Gruppe 4 erhält den Auftrag, mit 1 Piper (ODEON 6/19) Luftbildaufnahmen für die Wasserbaubehörde zu fertigen, insbesondere von gefährdeten Brücken, Dämmen, Überführungen usw. im gesamten



Der Flugplatz des Fliegerclubs Eichstätt im Altmühltal, von dem aus der praktische Flugbetrieb abgewickelt wurde.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3553)



Über Funk werden die Piloten von der Flugleitung geführt. Das ist eine der Voraussetzungen für einen unfallfreien Verlauf eines Flugbeobachterlehrgangs.



Blick auf das idyllisch gelegene Eichstätt, in dessen näherer Umgebung die Luftbeobachter ihre frisch erworbenen Kenntnisse praktisch erproben konnten.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3552)

Hochwassergebiet. Gruppe 5 erhält den Auftrag, Verkehrsbeobachtungen mit dem Polizeihubschrauber (Edelweiß 2) auf der Autobahn von AS Allersberg bis AS Langenbruck, außerdem auf der Staatsstraße 2230 von Beilngries bis Treuchtlingen durchzuführen. Meldungen über den Verkehrsablauf sind über Funk an die Einsatzleitung (ODEON 6/15) abzusetzen.“

In der Vergangenheit bewährt

Über den erfolgreichen Abschluß der Ausbildung erhalten die Lehrgangsteilnehmer eine Urkunde und das Abzeichen der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst. Ihre Namen und die Erreichbarkeit wird den Katastrophenschutzbehörden mitgeteilt, die die Luftbeobachter bei Bedarf zusammen mit einem Flugzeug der Luftrettungsstaffel Bayern anfordern können. Während Bedienstete des Staates und der kommunalen Dienststellen auch während der allgemeinen Dienstzeit zu solchen Lehrgängen beordert werden können, bereitet es einige zeitliche Schwierigkeiten, Lehrgänge dieser Art für ehrenamtliche Kräfte zu veranstalten. Bei maximal 20 Teilnehmern, für die etwa vier Flugzeuge oder Hubschrauber mit mindestens sechs Fluglehrern vorzusehen sind, müssen insgesamt vier Lehrgangstage veranschlagt werden, um das umfangreiche Ausbildungsprogramm zu bewältigen.

Die Trennung der theoretischen und praktischen Ausbildung und die Verlegung auf Wochenenden kann hier angebracht sein, um die hohen Kosten des Verdienstausfalls auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Im praktischen Einsatz und bei Katastrophenschutz-

übungen haben sich in den letzten Jahren Luftbeobachter schon mehrfach bewähren können. Neben den umfangreichen Einsätzen der Polizeibeamten während der Olympischen Spiele, die wesentlich zur Bewältigung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben beigetragen haben, hatten schon früher Erkundungsflüge bei Hochwasserkatastrophen und anhaltender Wald- und Moorbrandgefahr wertvolle Hinweise für die Einsatzleitungen erbracht. Weitere Verwendungsmöglichkeiten für die mit einem verhältnismäßig hohen finanziellen Aufwand ausgebildeten Luftbeobachter außerhalb

von Katastropheneinsätzen werden im Rahmen der Verkehrsbeobachtungen gesehen, wie sie der ADAC seit Jahren durchführt, ferner bei der Trassenbeobachtung und Leckerkundung im Bereich von Mineralöl- und Erdgasfernleitungen, bei der Beobachtung von Ölfällen auf unzugänglichen Flußabschnitten und größeren Seen und bei ähnlichen Ereignissen.

Zur Ausstattung eines Luftbeobachters sollte neben den erforderlichen Landkarten des Einsatzbereichs im Maßstab 1 : 200 000 und den dazu gehörenden Hilfsmitteln wie

Kursdreieck, Farbstifte usw. auch eine Polaroid-Kamera gehören, mit der Sofortaufnahmen vom Schadensgebiet gefertigt werden können. Selbstverständlich ist die Ausrüstung des Flugzeuges mit Funksprechgeräten im 4-m- und 2-m-UKW-Bereich vorzusehen, die vom Luftbeobachter bedient werden müssen. Es empfiehlt sich, die Flugzeuge entsprechend vorzubereiten; die Montage einer Klemmantenne und eventuell einer Gerätehalterung mit Bordstrom-

anschluß ist zweckmäßig. Die Ausbildung von Luftbeobachtern kann nur als ein Teil der ständig zu verbessernden vorbeugenden Maßnahmen für den Katastrophenschutz angesehen werden. Aufgabe der Katastrophenschutzbehörden ist es, sie im Ernstfall frühzeitig einzusetzen, um den Auswirkungen einer Katastrophe wirksam und mit allen zur Verfügung stehenden Kräften rechtzeitig begegnen zu können.



Neben dem Piloten der „Cessna 172“ sitzend, kann der Luftbeobachter die Instrumente und das Gelände gut beobachten.



Für Einsätze im Gebirge wurden u. a. auch erfahrene Bergführer der Bayer. Grenzpolizei als Luftbeobachter ausgebildet. Unser Bild zeigt zwei Lehrgangsteilnehmer mit einem Hubschrauber vom Typ Bo 105 im Hochgebirge.



Die fortschrittlichste Art der Luftbeobachtung: Ein mit einer Fernsehkamera ausgestatteter BGS-Hubschrauber übermittelte während der Olympischen Spiele dem Polizeiführungsstab und der Katastropheneinsatzleitung ständig Bilder von den Brennpunkten des Geschehens. Mit an Bord: Ein für den Katastrophenschutz ausgebildeter Luftbeobachter.

(Luftaufnahme freigegeben: Reg. von Oberbayern Nr. GS 300/3556)

Soll und Haben diskutiert

12. „Ascheberger Gespräch“
Thema: Weißbuch
zur zivilen Verteidigung

Das im April veröffentlichte „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ legt Rechenschaft über das bisher Geleistete ab und konzipiert weitere unbedingt notwendige Maßnahmen. Für den Bundesverband für den Selbstschutz war es eine Selbstverständlichkeit, sich mit dem Weißbuch eingehend zu beschäftigen, und zwar in Zusammenarbeit mit allen interessierten Kreisen.

In diesem Sinne führte die BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein eine ganztägige Veranstaltung als „12. Ascheberger Gespräch“ durch, aus organisatorischen Gründen wiederum in Kiel. Die Tagung, an der mehr als 120 Personen — Politiker, Vertreter der Bundeswehr, der Ministerien des Landes, der Katastrophenschutzverbände, der Ämter für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr, von Presse und Rundfunk und BVS-Dienststellenleiter — teilnahmen, stand unter dem Leitthema: „Die Bedeutung der Zivilverteidigung, insbesondere des Zivilschutzes aus der Sicht des Weißbuches der Bundesregierung.“

Zur Diskussion anregen

Eingehend wies Landesstellenleiter Sohl auf das Bestreben der Landesstelle hin, die Reihe der „Ascheberger Gespräche“ mit Vorträgen und Diskussionen über Zivilverteidigung fortzusetzen. Die politische Entwicklung habe zwar die

Diskussion über das Weißbuch in den Hintergrund gedrängt, deshalb sei es jetzt notwendig, Bilanz zu ziehen.

Wenn in der Presse immer wieder dargelegt wird, daß Vorstellung und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen und der Zivilschutz noch immer ein Stiefkind ist, so ergibt sich die grundsätzliche Frage: „Zeigt die Entwicklung Fortschritte, Stagnation oder gar Rückschritte?“

Sohl wies auf die Aufgabe des BVS hin, mit Vertretern maßgebender Stellen und Organisationen in eine Diskussion hierüber einzutreten bzw. eine solche

anzuregen. Für den BVS stellt sich jetzt mehr denn je die vordringliche Aufgabe, bei der Bevölkerung Verständnis und Vertrauen in die Belange der Zivilverteidigung zu erwecken

Problem der Gesellschaft

Ministerialrat Dr. Weiß, Leiter des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr im schleswig-holsteinischen Innenministerium, ging in seinem Referat über „Die Zivilverteidigung, insbesondere der Zivilschutz in Schleswig-Holstein“ davon aus, daß Zivilschutz ein gesellschaftspolitisches Problem bedeutet. Von seiner Lösung hängt es wesentlich ab, ob und wie Gefahren beseitigt oder zumindest gemindert werden können. „Was soll zum Schutz des Menschen geschehen?“ Zuerst Selbsthilfe und Nächstenhilfe! Aber das Helfenwollen genügt nicht, nötig ist vor allem das Helfenkönnen. Hierzu sind sachkundige Informationen und praxisnahe Ausbildung erforderlich. Während für

diese Maßnahmen nach dem Katastrophenschutzgesetz die Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden verantwortlich sind, bleibt die Teilnahme an den Informations- und Ausbildungsveranstaltungen der freiwilligen Entscheidung des Bürgers überlassen. Das Anbieten solcher Veranstaltungen gehört jedoch zu den Pflichten der Hauptverwaltungsbeamten, denn der Selbstschutz wird auch in Zukunft die Grundlage der Zivilverteidigung bedeuten. Doch damit allein ist noch kein ausreichender Schutz der Bevölkerung gegeben. Deshalb bedarf es der Katastrophenschutzorganisationen und amtlicher Maßnahmen.

Helfer unterstützen

Wenn an den Bund und die Länder die Forderung gestellt wird, den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, dann müsse auf der anderen Seite auch alles getan werden, um die Einsatzorganisationen ausreichend zu unterstützen.



Auf dem Podium: (v. l.) Gesprächsleiter Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka, Ministerialrat Dr. Weiß, Leitender Kreisverwaltungsleiter Hofstetter und Oberst i. G. Buss.



Ministerialrat Dr. Weiß sprach über die Zivilverteidigung des gastgebenden Bundeslandes Schleswig-Holstein.

Dazu gehört:

- 1.) Der Helfer muß eine Aufgabe haben,
- 2.) muß ihm das notwendige Gerät zur Verfügung gestellt werden,
- 3.) müssen ihm Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden,
- 4.) muß er sich immer wieder an größeren Übungen beteiligen können,
- 5.) muß ihm die Anerkennung der Gesellschaft sicher sein.

Dem Katastrophenfall kann man nicht mit Improvisationen begegnen.

Auf Freiwillige angewiesen

In Schleswig-Holstein liegt die Katastrophenabwehr bei den Landräten und Oberbürgermeistern der Städte, denen die Freiwillige Feuerwehr, das THW, das DRK, der Arbeiter-Samariterbund, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser-Hilfdienst zur Verfügung stehen. Schon eine friedensmäßige Katastrophenabwehr ist nur mit Hilfe dieser freiwilligen Helfer möglich. Zur Zeit ist der Schutz der Bevölkerung noch keineswegs sichergestellt, da vor allem Schutzräume fehlen. Die besten Überlebenschancen

bietet der Aufenthalt in ausgebauten Kellern (Grundschutz). Mit dem Schutzraumbau hätten allerdings früher begonnen werden sollen.

Militär und Zivilschutz

Oberstleutnant Hannella sprach über „Die militärischen Anforderungen an die Zivilverteidigung, insbesondere an den Zivilschutz.“ Er wies einleitend darauf hin, daß der militärische Verteidigungsauftrag nur in Zusammenarbeit mit der Zivilverteidigung erfüllt werden kann, wobei zu beachten ist, daß die Verteidigung der Bundesrepublik in dem Rahmen der Gesamtverteidigung im NATO-Bereich eingebettet ist. Bei der gemeinsamen wie bei der Landesverteidigung gibt es jeweils eine militärische und eine zivile Komponente, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung müssen militärische und zivile Stellen eng zusammenarbeiten. Im größeren Rahmen wird eine Koordination aller militärischen und zivilen Maßnahmen angestrebt.



Oberstleutnant Hannella referierte über das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Verteidigung.

Im Landesbereich hat die militärische Verteidigung an die Zivilverteidigung bestimmte Forderungen, denn wesentlich für den Einsatz und die Schlagkraft der Streitkräfte ist deren Unterstützung durch zivile Stellen sowohl in personeller und materieller Hinsicht wie auch durch Zivilschutzmaßnahmen überhaupt. Selbstverständlich ist es nicht einfach, militärische und zivile Forderungen in Einklang zu bringen. Hier sei noch manches unvollkommen.

Wirksame Voraussetzungen

Um eine möglichst wirksame militärische Verteidigung zu erzielen, nannte Oberstleutnant Hannella folgende Voraussetzungen auf dem zivilen Sektor: Ausreichende Schutzbauten, ein funktionierender Warn- und Alarmdienst, weitgehende ärztliche Betreuung (Hilfskrankenhäuser), Sicherstellung der notwendigen Versorgung, ein personell und materiell gut ausgerüsteter örtlicher Hilfsdienst. Der Aufbau sei in Schleswig-Holstein und Hamburg schon gut voran-

gekommen. Der Schutzbau sollte dem aber unbedingt angeglichen werden, denn die Bevölkerung muß wissen, daß alles zu ihrem Schutz geschieht. Nur so wird ihre Verteidigungsbereitschaft geweckt — vor allem bei der Jugend. Als wichtigste Forderung steht deshalb im Vordergrund: Der Zivilschutz soll seine Maßnahmen — vor allem den Schutzbau — so entwickeln, daß sich höchste Überlebenschancen bieten.

Bereitschaft vorbereiten

Wichtig ist eine umfassende, wirksame Aufklärung der Bevölkerung über Schulen, Politiker u. a. Es muß weit mehr für die Verteidigungsbereitschaft getan und neben den Rechten auch immer wieder die Pflichten des Staatsbürgers herausgestellt werden. Bei dem Podiums- und Forumgespräch am Nachmittag befanden sich auf dem Podium als Politiker die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Irma Tübler (CDU), Mitglied des Innenausschusses wie des Verteidigungsausschusses, und Klaus Konrad (SPD), Mitglied des Innenausschusses, ferner

Ministerialrat Dr. Weiß als Vertreter des Innenministeriums, Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Hofstetter (Itzehoe) als Vertreter der Kommunalen Verbände des Landes sowie Oberst i. G. Buss, Territorialkommando Schleswig-Holstein. Im Forum saßen u. a. die Zivilschutzbeauftragten verschiedener Ministerien des Landes, auf deren Stellungnahmen als Fachexperten zu den einzelnen Fragen man einen besonderen Wert legte.

Funktionsfähig oder nicht?

Die Gesprächsleitung lag bei Regierungsdirektor a. D. Dopatka, ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Landesstelle. Nach einem Resümee der Referate des Vormittags zeichnete Dopatka die Disposition für die allgemeinen Erörterungen vor: „Ob und inwieweit ist die Zivilverteidigung funktionsfähig?“, immer unter den drei Gesichtspunkten: Gesetzlicher Auftrag — verwaltungsmäßige Vorbereitung — Bericht im Weißbuch.

Bei der ausführlichen, anregenden und sehr sachlich geführten Diskussion wurden als Hauptpunkte herausgestellt: Eine sinnvolle und zweckmäßige Ausgewogenheit zwischen militärischen und zivilen Verteidigungsmaßnahmen muß unbedingt angestrebt und erzielt werden, da sonst eine Verteidigung nicht nur in Frage gestellt, sondern unmöglich ist.

An den Bürger appellieren

Es sei heute unpopulär, über Zivilverteidigung, vor allem im Zusammenhang mit Spannung und Krieg, zu sprechen. Es sollte aber — vor allem auch für die Politiker — allmählich selbstverständlich werden, die Bevölkerung auf Dinge aufmerksam zu machen, die bei Katastrophen im Frieden wie im Krieg mit hoher

Wahrscheinlichkeit auf sie zukommen. Dadurch ist zugleich an alle Bürger eine Aufforderung zu entsprechendem Erwägen und Handeln gegeben. Es kommt immer darauf an, das Sinnvolle der Zivilverteidigung und deren humanitären Charakter betont herauszustellen. Im großen Rahmen der Zivilverteidigung muß in erster Linie der Zivil- und Katastrophenschutz und nicht zuletzt der Selbstschutz der Bevölkerung in unmittelbare Sicht gebracht werden. Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hat die Aufgaben der Katastrophenschutz-Organisationen und des Bundesverbandes für den Selbstschutz genau festgelegt. Es müsse hier die volle Leistungsfähigkeit angestrebt werden, damit die Aufgaben auch wirklich ausgeführt werden können.

BVS in der Gemeinde

Laut Gesetz sind für den Selbstschutz als Grundlage des Katastrophenschutzes die Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden verantwortlich. Sie können ihre Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie sich des Bundesverbandes für den Selbstschutz als der zuständigen Betreuungsorganisation bedienen. Der BVS sollte dies stets unterstreichen.

Für die Einsatzfähigkeit der Katastrophenschutz-Organisationen ist eine stets verfügbare, ausreichende Anzahl von Helfern von großer Bedeutung, jedoch muß der freiwillige Dienst attraktiver werden. Vor allem sollten die Erwartungen der Freiwilligen erfüllt werden. Das gleiche Problem des Personalmangels zeigt sich z. B. auch bei den Schwesternhelferinnen für den Einsatz in den Hilfskrankenhäusern. Im gesamten Bundesgebiet sind zwar schon 120 000 ausgebildet worden, benötigt werden aber 200 000.

Im ganzen Komplex Zivilverteidigung stellt der Schutzraumbau die schwächste Seite dar. Auch das Weißbuch gibt dazu keine gute Prognose. Dennoch sollten neue Anfänge gemacht werden. Bei allen Gesprächsteilnehmern herrschte darüber volle Einmütigkeit, für den Schutzraumbau eine andere Lösung zu finden.

Offenes Bekenntnis erwartet

Während der Erörterungen wurde von verschiedenen Seiten immer wieder betont, die Öffentlichkeitsarbeit noch weit mehr zu verbreitern und zu verstärken, um der gesamten Bevölkerung die unabänderliche Notwendigkeit der zu treffenden Maßnahmen darzulegen. Wenn sich in Zukunft mehr und mehr Politiker ganz offen zu allen Gegebenheiten und Forderungen der Zivilverteidigung bekennen, so kann sich dies mit Unterstützung durch die Massenmedien positiv auswirken. Hinsichtlich der Zivilverteidigung in Schleswig-Holstein kann man wohl die Situation — mit einigen Ausklammerungen — als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnen, wenn sich auch noch kein in sich geschlossenes, einheitliches Bild abzeichnet. Dies hängt auch mit der verschiedenartigen landschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Struktur des Landes zusammen.

Mit der Einrichtung, Ausbildung und Erprobung des Katastrophenschutzes ist man schon ein gutes Stück vorangekommen. Die Verantwortlichkeiten sind hier ganz klar geregelt. Man glaubt aufgrund der bisherigen Erfahrungen (u. a. Sturmflut 1962) mit Katastrophen fertig zu werden. Der Stand der Ausbildung im Selbstschutz ist in Schleswig-Holstein unterschiedlich. Doch kann die BVS-Landesstelle gute Zahlen vorweisen.

Schutzraumbau eingeeignet

Da in einem Teil des Landes wegen des hohen Grundwasserspiegels keine unterirdischen Schutzräume erstellt werden, bietet sich für die Bevölkerung nicht überall der notwendige Schutz von den örtlichen Gegebenheiten her an. Der nach dem Konzept angestrebte Sicherheitsgrad muß folglich auf andere Weise erreicht werden. Die wesentlichen Punkte des Zivilverteidigungs-Weißbuches der Bundesregierung wurden eingehend beleuchtet und erörtert und an ihnen die Realitäten gemessen. Dabei stellte man fest, daß das Haben noch weit hinter dem Soll zurücksteht. Wenn auch die Dokumentation als Ganzes akzeptiert und in ihrer Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit anerkannt wurde, so gab es doch hinsichtlich der Einzelheiten verschiedene Auffassungen.

Schutz steht im Vordergrund

In seinem Schlußwort wies Landesstellenleiter Sohl nochmals auf die besonderen Schwierigkeiten hin, bei der Bevölkerung Verständnis für Maßnahmen der Zivilverteidigung zu erwecken. Doch die Staatsbürger wollen überzeugt werden. Dies kann geschehen, wenn alle maßgeblichen Stellen zusammenarbeiten. Das Weißbuch ist deshalb als positiv zu bewerten, weil dadurch die Diskussion in der Öffentlichkeit angeregt wurde. Bei der Regelung aller gesellschaftspolitischen Fragen soll der Schutz der Zivilbevölkerung eine Priorität haben, unabhängig von den politischen Ansichten. Zum Abschluß dieses wichtigen Gespräches darf man hoffen, daß die Anregungen weitergetragen werden und die Träger der politischen Verantwortung die Anliegen der zivilen Verteidigung entsprechend vertreten.

Helmut Freutel

Parade der Hilfsbereitschaft

Große Sonderschau „Rund um den Katastrophenschutz“ in Wuppertal

Fotos: Günter Sers



Für die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ — hier während des Aufbaus — war Wuppertal die erste Station einer Ausstellungstournee durch die ganze Bundesrepublik.



Den Mittelpunkt der Ausstellung bildete das popfarbige Rundzelt mit einem Durchmesser von 15 Metern, um das sich die im Katastrophenschutz mitwirkenden Basisverbände mit Fahrzeugen, Geräten und Einrichtungen aufgestellt hatten.

Um weiten Bevölkerungskreisen die Gelegenheit zu geben, sich über Sinn und Zweck, Aufbau und Zusammensetzung des Katastrophenschutzes zu informieren, wurde der BVS/BzB-Ausstellungsstand „Rund um den Katastrophenschutz“, der erstmals auf der diesjährigen „Interschutz“ gezeigt worden war, als Wanderausstellung auf Reisen geschickt. Erster Ausstellungs-

ort war Wuppertal. Auf dem Carnaper Platz bildete in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober diese Sonderschau den zentralen Mittelpunkt, um den sich die im Katastrophenschutz mitwirkenden Basisorganisationen mit Fahrzeugen, Geräten und Einrichtungen aufgestellt hatten, eine friedliche Heerschau, eine Parade der Hilfsbereitschaft. Die große Ausstellung zeigte den vielen Besuchern aber nicht nur die Ausrüstung des Katastrophenschutzes und die Vielseitigkeit der Hilfeleistung, sondern sie ließ auch erkennen, daß gerade im Bereich der Technik, mit der man in allen Notfällen der Gefahr und den Schäden zu Leibe rückt, Helfer benötigt werden, die diese Technik beherrschen. Viele Besucher hat es vielleicht überrascht, zu hören und zu sehen, wieviele Freiwillige bereit stehen, um — aus



Die Ausstellung wurde von Bundesminister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, eröffnet, der bei dieser Gelegenheit den humanitären Hilfsorganisationen und ihren Helfern Dank und Anerkennung aussprach.



Das Rundzelt enthält u. a. sieben maßstabgerechte Schadensmodelle, auf denen mit 2 500 Figuren und über 700 Fahrzeugen Einsätze des Katastrophenschutzes im Ernstfall dargestellt werden.



Nach dem Besuch der Wanderausstellung trug sich Bundesinnenminister Genscher ins Gästebuch ein.

welchen Motiven auch immer — der Bevölkerung bei Unglücken, Notständen und Katastrophen zu helfen.



Eines der Exponate war eine in Funktion befindliche Trinkwasseraufbereitungsanlage, wie sie von der Bundesregierung u. a. zur Hilfeleistung in Peru, Pakistan und in der Türkei eingesetzt wurden. Daß das frische Wasser den jungen Damen schmeckt, ist unverkennbar.

Vielen Besuchern wurde auch erst durch diese Ausstellung klar, daß alle die unterschiedlichen Organisationen

unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit im Katastrophenschutz an einem gemeinsamen Strang ziehen. Bundes-



Auch ein Einblick in den Katastrophenschutz: Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zeigte verschiedene Typen von Hitzeschutzanzügen, die sich noch im Stadium der Erprobung befinden.



Die Parade der Fahrzeuge und Geräte des Katastrophenschutzes vermittelten einen ausgezeichneten Eindruck von der auf alle Eventualitäten abgestellten Einsatzbereitschaft und -fähigkeit.

minister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, der in Anwesenheit von Oberbürgermeister Gottfried Gurland und zahlreichen prominenten Gästen die Ausstellung eröffnete, sprach den humanitären Hilfsorganisationen und



Wie immer bei solchen Gelegenheiten, war das Interesse der jungen Besucher an der technischen Seite des Katastrophenschutzes besonders groß.

ihren Helfern Dank und Anerkennung aus. Er sagte u. a.: „Es ist immer wieder ermutigend zu sehen, daß es allen Gleichgültigkeitsparolen zum Trotz in unserem Lande Hunderttausende von Helferinnen und Helfern gibt, die sich diesem Dienst zur Verfügung stellen.“ Mit einem



Es schien, als könnte der Nachwuchs es kaum erwarten, mitzumachen. Einige der ausgestellten Fahrzeuge wurden von ihm im Sturm erobert und besetzt.



Bundesinnenminister Genscher bei seinem Gang durch die Ausstellung.



Demonstration des Gebrauchs eines Gesteinsbohrhammers. Für das Publikum wurden diese und ähnliche Tätigkeiten über Lautsprecher erläutert.



Da staunten die Knirpse, daß es möglich ist, ein so großes Gestell wie den Dreibock aufzusetzen, ohne auch nur einen einzigen Nagel zu verwenden.



Die Ausstellung brachte auch für die Helfer und Mitarbeiter im Katastrophenschutz neue Erkenntnisse, insbesondere durch die Präsentation neu entwickelter und verbesserter Geräte und Kraftfahrzeuge.

besonderen Wort wandte sich der Minister an die junge Generation. Er empfahl den jungen Menschen, ihre Vorbilder nicht in falschen Idolen zu sehen. Wer unmittelbar für die Gesellschaft etwas leisten wolle, der könnte das in den Freiwilligen- und Helferorganisationen tun. Der Demokrat, wie wir ihn brauchten, sei ein engagierter und aktiver Staatsbürger. Er begnüge sich nicht damit, nur alles vom Staat zu erwarten. Er sei auch nicht der Meinung, daß der Staat nur für ihn da sei, sondern daß er, der Bürger, für diese Gesellschaft, für den Nächsten da zu sein habe. Er sei deshalb bereit, einen eigenen, seinen speziellen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag zu leisten. Alle an dieser Ausstellung beteiligten Organisationen und Helfer – so war der allgemeine Eindruck – haben es bei diesem Wuppertaler Ereignis wieder einmal verstanden, ihre Aufgabengebiete und ihre Fähigkeiten darzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag für die Popularisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes zu leisten.



Eine Ausstellung ist gewöhnlich etwas Statisches. Die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ wurde jedoch durch die Vorführungen und Demonstrationen fast zu einem „Happening“.



Das Durchbrennen eines Betonklotzes mit Hilfe der Sauerstofflanze ist für die Zuschauer immer wieder eine faszinierende Angelegenheit.

Helmut Freutel
**Rund
um die
Uhr**

In München waren
Rettungsdienst und
Katastrophenschutz
Tag und Nacht
bereit

Fotos: Günter Sers

Mord und Terror, inszeniert durch verabscheuungswürdige Fanatiker, veränderten mit einem Schlag die Münchener Szene. Die XX. Olympischen Spiele, die so heiter und froh begonnen hatten, wurden durch Mörderhand entweiht. Die tödliche Macht des Hasses brach in den olympischen Frieden ein. Entsetzt blickte die Welt nach München, wo aus einer wahrhaft olympischen Atmosphäre eine Arena des Mordes wurde. Wie gebannt und mit großer Anteilnahme haben wir alle die Vorgänge verfolgt, bis die Nachricht von dem furchtbaren Massaker auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck über den Äther in alle Welt ging. Eine Tragödie, über die noch viel gesprochen und geschrieben werden wird, nahm einen erschütternden Ausgang. Noch lange wird die Diskussion über mögliche Schuld und Versagen derjenigen, die für die Sicherheit aller Teilnehmer und Besucher der Olympischen Spiele verantwortlich waren, anhalten. Wir wollen an dieser Stelle weder anklagen noch freisprechen. Wir wissen nur eines mit Sicherheit: Man braucht sich keinen übertriebenen Hoffnungen für die Zukunft hinzugeben: Der Terror wird bleiben!

So, wie es ihn zuvor gegeben hat, mal in diesem, mal in jenem Lande, wird immer wieder aus Haß und Zwietracht, aus Unrecht und falschem Märtyrertum, aus Dummheit und politischer Verblendung, neuer Terror geboren. Und Sicherheit? Oft genug ist in diesen Tagen bestätigt worden, daß es eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann. War man auch in München trotz aller Vorsorge irgendwo und irgendwann vielleicht nicht wachsam genug, konnten auch gerissene und vor nichts zurückschreckende Verbrecher mit den Waffen der Inhumanität wüten, so sollte man doch darüber, und bei aller Trauer um die Ermordeten, nicht die außerordentlichen Anstrengungen übersehen, die auf vielen Gebieten um die Sicherheit und Gesundheit der Athleten und Zuschauer gemacht worden waren; Anstrengungen, die für die meisten unbemerkt, aber wirksam und erfolgreich zum Gelingen der sportlichen Wettkämpfe, zur Bewältigung des Verkehrs, zur Eindämmung von Straftaten, zum Schutze prominenter Besucher und zur Sicherheit des Gesundheitswesens beigetragen haben. Viele tausend freiwillige und hauptamtliche Helfer



Bild 1, 2, 3
Olympische Spiele in München. Das bedeutete mehr als 300 000 Besucher täglich, 10 000 Aktive, 30 000 Helfer und Probleme über Probleme. Viele Leistungen waren zu erbringen, die sich in keiner

Statistik niederschlagen werden, die aber für den Gesamtverlauf dieses gigantischen Ereignisses von großer Bedeutung waren. Unser Bildbericht will nur einen kleinen Einblick geben in die Gebiete des Rettungswesens und des Katastrophenschutzes, zwei Gebiete, die umfangreicher Vorbereitungen und der Zusammenarbeit vieler Organisationen und Dienststellen bedurften. Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit standen im Hintergrund der großen Sportveranstaltung viele tausend Helfer bereit zum Schutze von Leben und Gesundheit der Sportler, Gäste und Bevölkerung.





Bild 4
**Im Münchener Polizei-
 präsidium gab es einen
 besonderen Polizei-
 führungsstab. Von hier aus
 stand auch die
 Katastropheneinsatzleitung-
 Land in ständiger
 Verbindung mit dem
 Rettungsdienst und allen
 Katastrophenschutz-
 behörden. Ein Polizei/
 BGS-Hubschrauber mit
 eingebauter Kamera, der
 von früh bis spät über dem
 zu bewachenden Gebiet
 flog, übermittelte seine
 Fernsehbilder in diesen
 Raum zur Auswertung.**

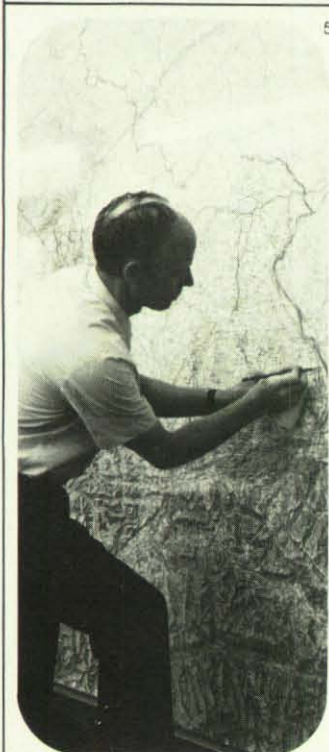


Bild 5, 6, 7
**Die Olympischen Spiele
 verursachten ein extrem
 hohes Verkehrsaufkommen.
 Um die damit zusammen-
 hängenden Verkehrs-
 probleme besser bewältigen
 und den Straßenverkehr in
 München und im Raume**

**Oberbayern reibungslos
 abwickeln zu können, wurde
 von der Verkehrszentrale
 München eine Verkehrs-
 leitzentrale Bayern
 eingerichtet. Mit modernen
 technischen Mitteln wurden
 von hier aus u. a. alle
 wesentlichen Meldungen
 gesammelt und ausgewertet,
 der Straßenverkehr gelenkt
 und überwacht sowie die
 erforderlichen verkehrs-
 rechtlichen Anordnungen
 erlassen.
 Auch der Bayer. Rundfunk
 — „Bayern 3“ — gab aus
 dieser Verkehrsleitzentrale
 wichtige Durchsagen.**



**kämpften mit den Waffen
 der Humanität für Erhaltung
 von Leben und Gesundheit,
 für Ordnung und reibungs-
 losen Verlauf, für Harmonie
 und olympischen Frieden.
 Tausende standen rund um
 die Uhr bereit, um im Falle
 von unvorhersehbaren
 Katastrophen oder größeren
 Unglücken mit ihrem
 freiwillig erlernten Wissen
 und Können bedrängten
 und in Not geratenen
 Menschen beizustehen.
 Kommissionen und Arbeits-
 kreise hatten in jahrelanger
 Kleinarbeit minuziös
 ausgearbeitete Pläne
 erstellt, die sich dann auch**

bewährten. Es wurden in Lehrplanspielen alle möglichen Lagen durchgespielt, Seminare abgehalten, bei Testveranstaltungen Erfahrungen gesammelt. Alles bewährte sich zum Guten. Aber es blieb darum auch unbemerkt. Ungezählt sind die Stunden Freizeit, die Tausende von Helfern im Glauben an die gute Sache opferten. Hervorragend war der Wille zur Zusammenarbeit aller der Organisationen und Institutionen, die aufgerufen waren, das Rettungswesen und den Katastrophenschutz sicherzustellen.

Ausgezeichnet funktionierte die Überwachung des Verkehrs und die Verkehrslenkung.

Die Redaktion hatte Gelegenheit, noch zu einer Zeit, da die olympische Spirale auf Hochtouren lief, als Sportler aller Nationen im Hochgefühl der Völkerverständnis den friedlichen Kampf der Jugend austrugen, den Austragungsort München zu besuchen. Wir haben im Bilde einiges von dem eingefangen, das sich hinter den Kulissen, wenig spektakulär und für die Zuschauer unbemerkt, abspielte. Wir konnten uns an Ort und Stelle von der guten Koordinierung aller Maßnahmen auf dem Gebiet des Rettungswesens und des Katastrophenschutzes überzeugen. Über die einzelnen Maßnahmen und Vorbereitungen haben wir in unserer Juli-Ausgabe in einem Beitrag von Ministerialrat Dr. Hellmut Oehler, dem Referenten für Brand- und Katastrophenschutz im Bayer. Staatsministerium des Innern, unter dem Titel „Das Konzept steht fest“ ausführlich berichtet. Diesen Beitrag, der die ganze Bandbreite organisatorischer und praktischer Vorsorgemaßnahmen aufzeigt, wollen wir mit dieser Veröffentlichung noch durch eine bildliche Dokumentation ergänzen.



Bild 8, 9, 10, 11, 12, Das Zentrum für Katastrophenschutz an der Heßstraße in München. Hier wurden während der Olympischen Spiele Brandschutz-, Bergungs-, Instandsetzungs- und Sanitätszüge des Katastrophenschutzes zusammengezogen. Sie dienten als ständige Bereitschaft zur Abwehr und Beseitigung aller Gefahren und Schäden, die sich aus Katastrophen, Unglücksfällen größerer Art im Bereich des Verkehrs oder durch technische Störungen im Versorgungsnetz hätten ergeben können. Rund

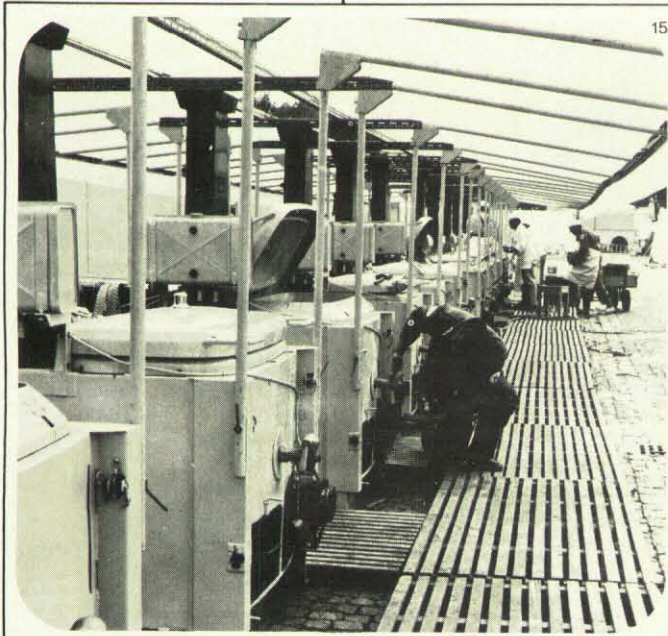
400 Helfer, die diese ständige Bereitschaft bildeten, waren hier zu Außenlehrgängen der Katastrophenschutzschule Bayern einberufen worden. Sie nutzten die Zeit zu ihrer fachlichen Fortbildung.



13



14



15



16



17

Bild 13, 14, 15, 16, 17
 Das BRK hatte für das
 Olympialager der deutschen
 Sportjugend ein
 Verpflegungszentrum
 erstellt, in dem täglich
 8 000 bis 10 000 Jugendliche
 und rund 850 Offizielle des
 Olympischen Komitees mit
 drei Mahlzeiten verpflegt
 wurden. Alle Einrichtungen
 wurden von haupt- und
 ehrenamtlichen Rotkreuz-
 Helfern ohne fremde Hilfe
 geschaffen. Die 140
 Helferinnen und Helfer des
 Verpflegungszentrums
 waren in einer Schule
 untergebracht, in der
 zugleich eine Bettenstation
 für erkrankte Jugendliche

errichtet worden war. Die
 selbstgebaute „Kaffee-
 tankstelle“ lieferte aus
 650 kg Kaffee 160 000
 Tassen. In den beweglichen
 Feldküchen wurden tonnen-
 weise Lebensmittel zu
 Mahlzeiten verarbeitet. Das
 Zentrum war so ausgelegt
 worden, daß es auch
 kurzfristig erweitert und der
 Katastropheneinsatzleitung
 zur Verfügung gestellt
 werden konnte.



18



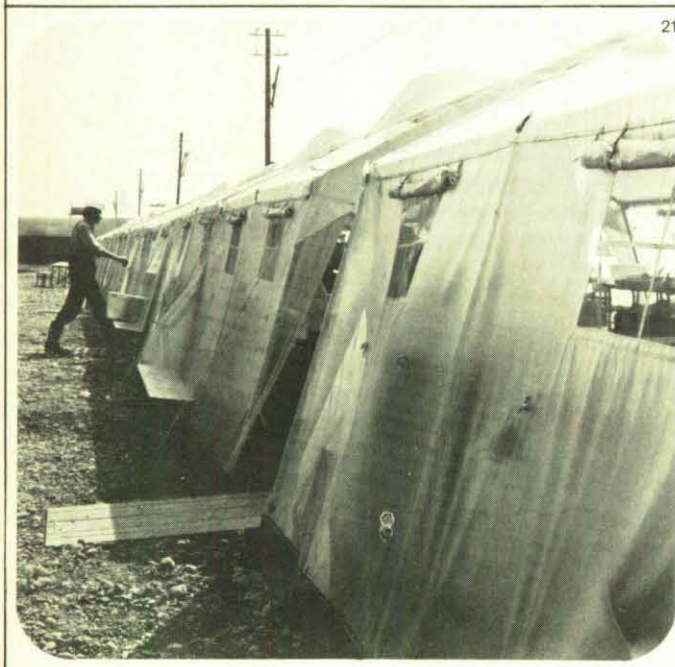
19



20



22



21

Bild 18, 19, 20, 21, 22 Die Deutsche Gesellschaft für internationalen Jugendaustausch unterhielt ein Lager für jugendliche Gäste aus aller Welt. Dieses in Form der fünf olympischen Ringe gebaute Zeltlager bot 1.600 Jugendlichen Platz. Planung, Bauausführung und Betrieb der technischen Einrichtungen sowie der Küchenanlagen hatte der Landesverband Bayern des THW übernommen. Wenn man bedenkt, daß zu einem solchen Lager neben vielem anderen eine Warm- und Kaltwasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, Gas- und Stromversorgung gehören, kann man ermessen, daß Parallelen zum Katastrophenschutz auf der Hand liegen. Beim Bau und Betrieb des Lagers konnten die Helfer viele Erfahrungen sammeln. Die Besucher, davon konnten wir uns überzeugen, haben sich hier sehr wohl gefühlt.

Dipl.-Ing. Otto Schaible

Öffentliche Schutzräume im Bereich von U- und S-Bahnen

Dargestellt an zwei Objekten in Hamburg



Blick über die Baustelle Jungfernstieg.

Am 21. Dezember 1967 erhielt der Zivilschutzgedanke in der Bundesrepublik einen schweren Rückschlag, denn an diesem Tage wurde das Inkrafttreten des Schutzbaugesetzes, das am 9. 9. 1965 verkündet worden war, durch das Finanzänderungsgesetz ausgesetzt. Die gesetzliche Verpflichtung zum Bau von Hausschutzräumen und öffentlichen Schutzräumen wurde dadurch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Es war somit auch weiterhin der freiwilligen Initiative von Privatbauherren und Gemeinden sowie dem Bemühen einer interministeriellen Kommission zu verdanken, wenn im Bundesgebiet — außer den instandzusetzenden Bunkern aus dem 2. Weltkrieg — überhaupt noch Schutzräume gebaut wurden.

Erst durch das „Gesetz der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Gemeindeverkehrs-



Einer der vielen Abschlüsse, die erforderlich sind, um friedensmäßige Durchgänge zu sichern.

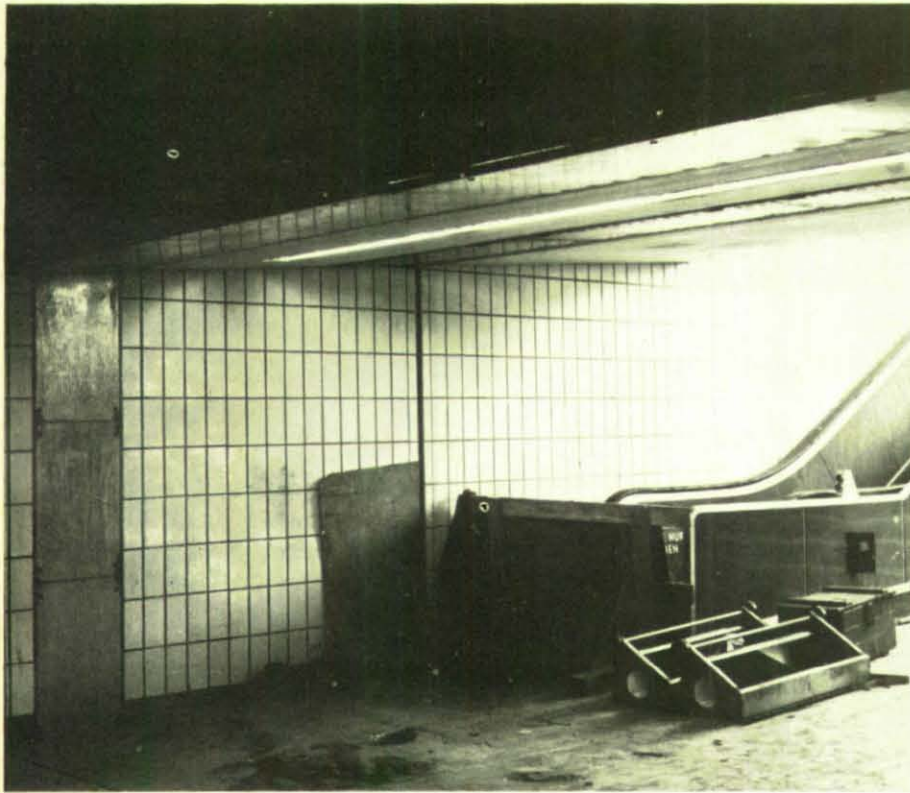
finanzierungsgesetz — GVFG)“ vom 18. 3. 1971 wurde, wie bereits im Heft 5/71 ausgeführt, im § 12 die Möglichkeit geschaffen, wenigstens in einem Teilbereich Schutzräume bauen zu lassen.

Dieser Teilbereich bezieht sich auf die

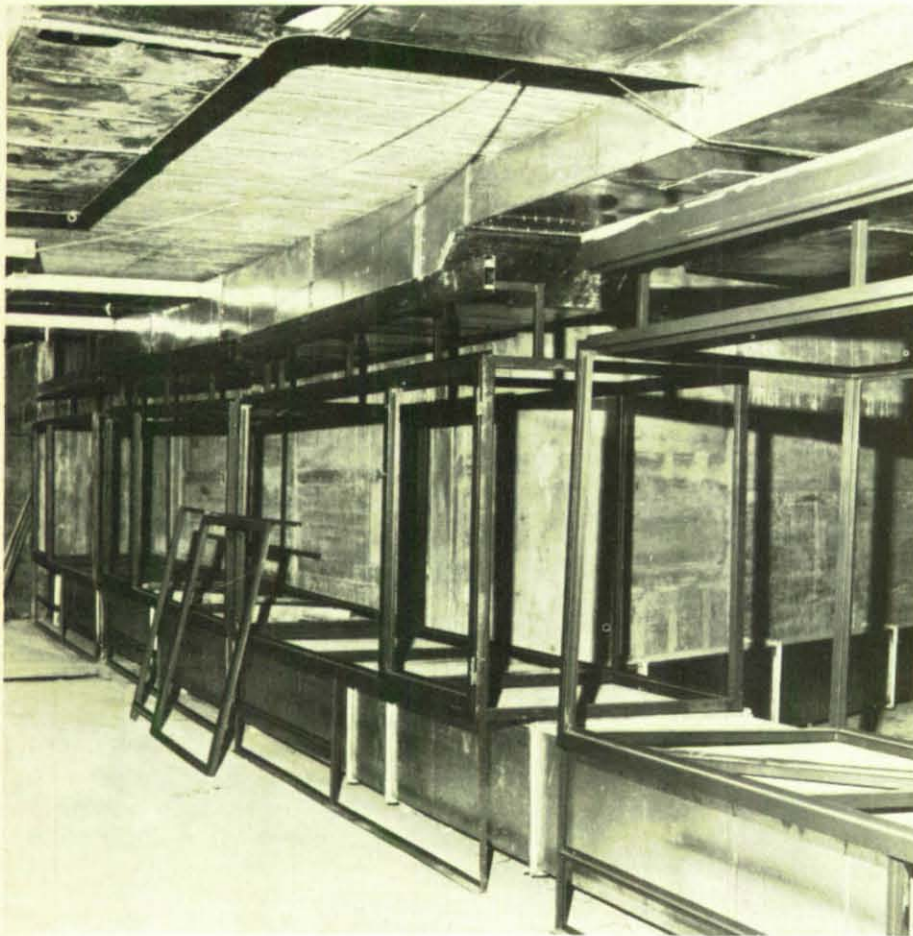
unterirdischen Verkehrsanlagen der U- und S-Bahnen. Nach diesem Gesetz kann der Bundesminister des Innern bestimmen, in welche U- und S-Bahn-Haltepunkte Schutzräume eingebaut werden sollen.

Der Bundesminister des Innern hat bisher von dieser Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht, da ihm von den U- und S-Bahn bauenden Städten in ausreichender Anzahl Objekte vorgeschlagen wurden. Entsprechende Anträge zur zivilschutztaktischen Anerkennung dieser Haltepunkte nach den „Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten), Fassung 1. Oktober 1971“ — veröffentlicht in Heft 5/71 — wurden dem Bundesminister des Innern bereits zugeleitet bzw. werden in Kürze erwartet. Die positive Einstellung dieser Städte kam im wesentlichen dadurch zustande, daß aufgrund dieser Verfahrensregeln eine klar überschaubare Pauschalierung der zivilschutzbedingten Mehrkosten erfolgen kann. Der bisherige, personell und zeitlich aufwendige und umständliche Verfahrensgang der Einzelermittlung der zivilschutzbedingten Mehrkosten durch Gegenüberstellung der Kosten der Anlagen ohne und mit Zivilschutz ist hierdurch erfreulicherweise weggefallen.

Die Pauschale ist auf die Anzahl der Schutzplätze bezogen. Die maximal mögliche Bezuschussung ergibt bei 4500 Schutzplätzen beim augenblicklichen Baupreisindex für Bauleistungen am Gebäude etwa 8,3 Millionen DM. Für die Errichtung dieser Großschutzräume sind die „Bautechnischen Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit unterirdischen Bahnen als Mehrzweckbauten“, Fassung November 1971, veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 9. 2. 1972, anzuwenden. In diesen „Bautechnischen Grundsätzen“ sind die Angaben für die Planung und Ausführung sowie Hinweise auf weitere „Bautechnische“ und „Technische Grundsätze“, die hierbei beachtet werden müssen, enthalten. Die Ausstattung dieser Schutzräume erfolgt nach der „Zusammenstellung



Unmittelbar nach der Rolltreppe beginnt der Schutzraum. Die Öffnung wird dann durch ein großes Tor verschlossen, das jetzt hinter den Blechen verborgen ist.



Wegen der geringen Raumhöhe konnten die Lüftungskanäle nicht durch eine abgehängte Decke unsichtbar gemacht werden. Durch Vitrinen mit Schaukästen werden sie kaschiert.



Die S-Bahn-Station Stadthaus.



Der S-Bahn-Schacht durchquert einen Fleet. Im Hintergrund der Hamburger Michel.

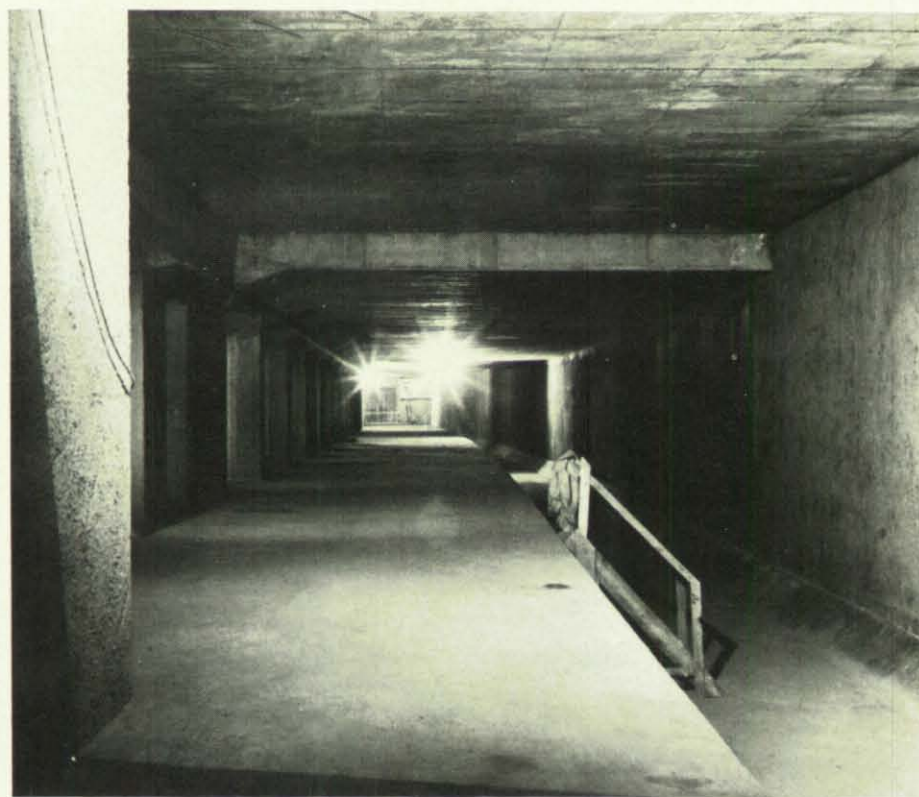
über die Ausstattung von Großschutzräumen mit Einrichtungsgegenständen und Geräten (Zubehör)", Fassung Juni 1972, veröffentlicht im Bundesanzeiger von 18. 8. 1972. Die Kosten für die Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen sowie mit den erforderlichen Betriebsstoffen bis zur Übergabe des Schutzraumes sind in der Pauschale enthalten. Die Beträge für die Ausstattung mit Geräten (Zubehör) sowie die Bevorratung mit Dieselmotorkraftstoff für 14 Tage werden vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz den



Nach Beendigung der Bauarbeiten wird der Schacht vom Wasser bedeckt sein.



Das Foto bietet einen Blick auf den Abgang zur Schalterhalle. Rechts wird später eine Rolltreppe installiert.



Blick durch einen Bahnsteig. Rechts werden die Gleise verlegt.

Innenministern (-senatoren) der Länder zur Bewirtschaftung zugewiesen. Die Beschaffung erfolgt auf Antrag des örtlichen Zivilschutzleiters. Die Einlagerung sollte möglichst unmittelbar nach Fertig-

stellung des Schutzraumes erfolgen. Die Pauschale wird im allgemeinen in Raten entsprechend dem Baufortschritt ausgezahlt. Die Höhe der Einzelraten sowie des Gesamtzuschusses wird vertraglich festgelegt.



Zwei druckfeste Schleusentüren.

Diese Verträge werden nach der zivilschutztaktischen Anerkennung eines Objektes durch den Bundesminister des Innern im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen von der zuständigen Oberfinanzdirektion mit der Gemeinde abgeschlossen. In den Verträgen wird z. B. auch geregelt, welche Bauunterlagen zur Beurteilung der zivilschutztechnischen Eignung sowie vor der Ausführung der jeweiligen Einzelgewerke vorzulegen sind.

Die Abnahme des baulichen Teiles des Schutzraumes, ferner der Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen wird durch die zuständige Oberfinanzdirektion oder das von ihr beauftragte Bauamt, die der technischen Anlagen und Einrichtungen durch den Technischen Überwachungsverein, in Ausnahmefällen durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, vorgenommen. Die Auszahlung der Zuschüsse erfolgt durch die zuständige Oberfinanzdirektion.

Im Bereich von U- und S-Bahnen sind im Bundesgebiet zwei Objekte im Bau:

Schalterhalle am Jungfernstieg

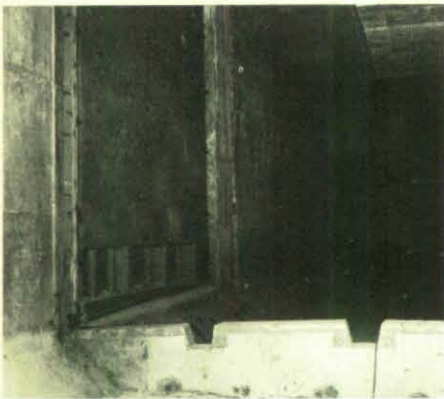
In einer unterirdischen Schalterhalle entsteht hier über einem Knotenpunkt der U- und S-Bahn ein Großschutzraum für rund 2200 Schutzplätze. Die technischen Räume für die Lüftungsmaschinen, Raumfilter, Netzersatzanlagen, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, das Grobsandvorfilter, den Ölvorrat usw. sind seitlich an die Schalterhalle angehängt.

Besonders günstig ist bei diesem Objekt die unmittelbare Zugangsmöglichkeit vom Straßenverkehr auf dem Jungfernstieg und aus den darunter liegenden Haltepunkten der U- und S-Bahn.

Der Nachteil des Schutzraumes besteht darin, daß wegen der vielen



Im Schutzfall muß der Bahnsteig durch Tore gasdicht verschlossen werden.



Eines dieser Tore in seiner friedensmäßigen Stellung.

Zugänge eine größere Anzahl von Abschlüssen erforderlich ist. Die Toilettenanlagen werden teilweise schon in Friedenszeiten genutzt.

S-Bahn-Haltepunkt Stadthaus

Hier sind im Bahnsteigbereich, in den eingefahrenen Zügen, sowie in den Zugangsbereichen Schutzplätze für 4500 Personen im Werden. Der große Vorteil dieses Schutzraumes liegt darin, daß für den Aufenthaltsraum im Bahnsteig- und Zugbereich ohne zusätzliche Maßnahmen durch die darüber befindliche 60 bis 100 cm dicke Betondecke und die Erdüberdeckung bis etwa 6 m Dicke ein

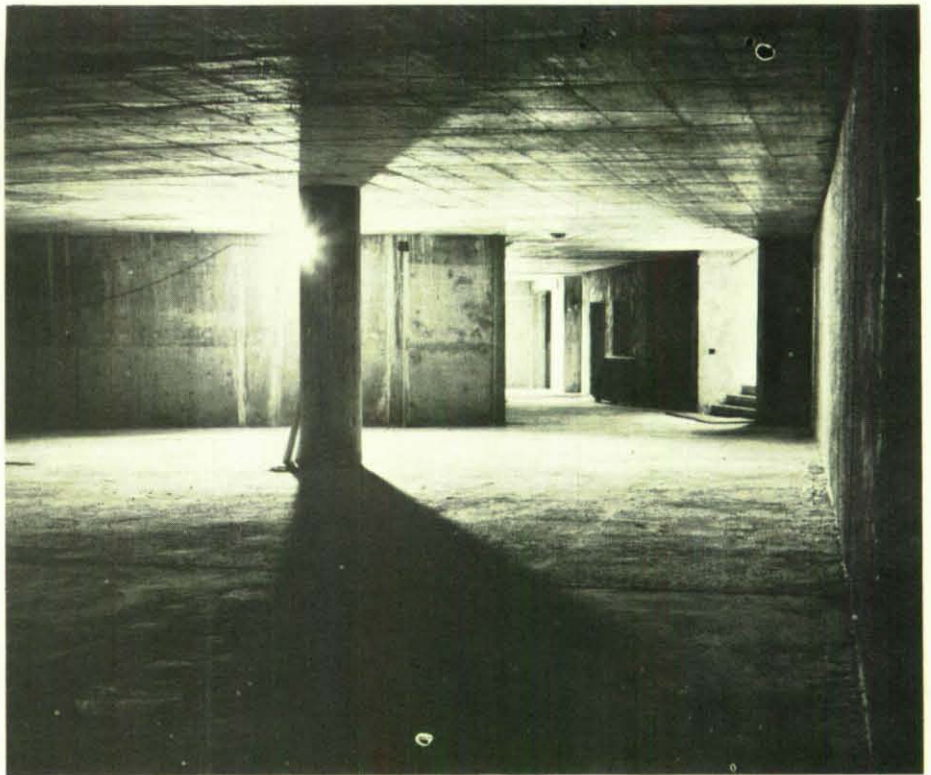
in Tiefgaragen.

Die Druckresistenz der Abschlüsse wird dieser größeren Belastbarkeit angepaßt.

Beide Schutzräume werden von der Freien und Hansestadt Hamburg gebaut. Sie wurden 1971 begonnen. Augenblicklich sind die Rohbauarbeiten nahezu fertiggestellt, die Ausbauarbeiten, Einbau der technischen Anlagen und Einrichtungen einschließlich der Türen, Tore und Abschlüsse, sind im Gange. Die Schutzräume erhalten jeweils einen eigenen Brunnen. Infolge der günstigen Wasserhältnisse ist ausreichend Wasser für Trink- und Kühlzwecke sowie als Brauchwasser vorhanden. Dies bedeutet, daß in den Schutzräumen aus dieser Sicht Daueraufenthalt möglich ist. Die Schutzräume sind an das städtische Wasser-, Abwasser- und Stromversorgungsnetz angeschlossen.

Darüber hinaus wird noch ein Wasservorrat sowie ein Dieselmotortreibstoffvorrat für die Netzersatzanlage für 14 Tage eingelagert.

Für die Unterbringung der Schutzsuchenden sind in Nebenräumen Sitz-Liege-Kombinationen untergebracht. Diese werden bei einer



Die künftige Schalterhalle.

relativ hoher Schutz gegen herkömmliche Waffen vorhanden ist. Außerdem ist die Druckresistenz gegenüber atomaren Detonationen durch die vorhandenen Lastreserven höher als z. B. bei Großschutzräumen

längerer Aufenthaltsdauer im Schutzraum auf den Bahnsteigen aufgebaut und entsprechend verankert. Die voraussichtliche funktionsfähige Fertigstellung der beiden Schutzräume ist bis zum Herbst 1973 vorgesehen.

Anton Poschik

Unwetterkatastrophe in Stuttgart

Machtlos gegen Wasser und Hagel

Entwicklung und Auswirkung des Unwetters



Straßenunterführungen wurden zu Autofallen.

Zwei Monate nach der Stabsrahmenübung „Wirbelsturm“ (das ZS-Magazin berichtete darüber im Heft 7'72) erlebte Stuttgart die bittere Wirklichkeit der Katastrophe in Form eines Unwetters, wie es seit Generationen hier nicht mehr zu beobachten war.

Nach mehreren außerordentlich schwülen Tagen brachte der 15. August 1972 infolge kleiner Nachtgewitter in Süddeutschland einen merklichen Temperaturrückgang auf ca. 20 ° C. Der Deutsche Wetterdienst kündigte für den Nachmittag „überwiegend starke Bewölkung, strichweise schauerartige Niederschläge, z. T. auch noch Gewitter“ an. Extreme Unwetter waren nicht zu erwarten.

Nachdem schwere Gewitter den Raum Tübingen bereits durchzogen hatten, verdunkelten gegen 15.30 Uhr tiefhängende Wolken den Himmel über Stuttgart. Zunächst setzte leichter Regen ein, der sich dann bald zu Wolkenbrüchen verdichtete. Nach mehreren Böen (Windstärke 9) ging von 15.45 Uhr bis etwa 16.00 Uhr sehr starker Hagelschlag nieder. Danach zog das Unwetter unter schwächer werdenden Regenfällen

nach Norden ab.

In diesem Zeitraum fielen ca. 10 Milliarden Liter Wasser (bzw. 50 l/qm) auf das Stadtgebiet. Die in den Stuttgarter Talkessel abfließenden Wassermassen schwellen auf verschiedenen Straßen zu reißenden, teils kniehohen Flüssen an. Der mitgeschwemmte Hagel setzte sich an den tiefliegenden Stellen der Innenstadt sowie der Stadtteile Heslach und Bad Cannstatt ab und verstopfte die Kanalisationszuflüsse. Das nachfließende Wasser staute sich zurück und führte zu ausgedehnten Überschwemmungen. Zahlreiche Keller von Geschäfts- und Wohnhäusern im ganzen Stadtgebiet standen unter Wasser; Wände und Türen wurden eingedrückt. Zwei Wohnhäuser drohten einzustürzen. U-Bahn-Haltestellen und -Baugruben sowie Straßenunterführungen waren in wenigen Minuten überflutet. Besonders tragisch waren die durch das Unwetter verursachten fünf Todesfälle. Drei junge Männer wurden im Keller eines Gewerbebetriebs vom Hochwasser überrascht und ertranken. Eine ältere Frau fand in den reißenden Fluten einer abschüssigen Straße den Tod. Ein betagter Mann erstickte unter

den hereinbrechenden Hagelmassen im Keller eines Wohnhauses.

Außerdem wurden 31 Personen zum Teil schwer verletzt.

Das Fernsprechnetz war teilweise unterbrochen; eine Vielzahl von Lichtzeitanlagen fiel aus. Auch die Elektrizitätsversorgung war gebietsweise gestört. Der Straßenbahnverkehr kam um 15.43 Uhr völlig zum Erliegen. Kraftfahrzeugverkehr war nur



Mit knapper Not entkommen!



Die Katastropheneinsatzleitung im Rathaus ist einsatzbereit.

stellenweise möglich, wodurch erhebliche Verkehrsstauungen entstanden.

Zum ersten Mal: Katastrophentalarm

Unzählige Notrufe bei Polizei und Feuerwehr ließen sehr bald Schlimmstes befürchten. Die Berufsfeuerwehr Stuttgart rückte in kürzester Zeit mit allen verfügbaren Fahrzeugen aus. Schwerpunkte waren zunächst die Schadensstellen, an denen Menschenleben in Gefahr waren oder eine Gefährdung vermutet werden mußte. Die Polizei begann unverzüglich den Verkehr bei den Straßenunterführungen, die zu regelrechten Autofallen wurden, umzuleiten und Stauungen aufzulösen. Der Krankentransportdienst des

Deutschen Roten Kreuzes (DRK) fuhr pausenlos Einsätze.

Da die Schäden nicht mehr übersehbar und alle berufsmäßigen Kräfte bereits im Einsatz waren, löste Polizeipräsident Rau um 16.00 Uhr Katastrophenalarm nach Nr. 5.4. (Unwetterkatastrophe) des Katastropheneinsatzplans der Stadt Stuttgart (K-Plan) aus. Die Fernmeldezentralen von Polizei und Feuerwehr alarmierten über Fernsprecher die einzelnen Fachdienste, so gut dies in der allgemeinen Hektik möglich war. Sirenenalarm wurde nicht gegeben, um in der Bevölkerung keine Panikstimmung und keine falschen Reaktionen, wie z. B. das Aufsuchen von Kellern, zu erzeugen.

Schon gegen 16.20 Uhr war die Katastropheneinsatzleitung (KEL) im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses (Befehlsstelle) einsatzbereit. Sie hatte nunmehr die Schadensbekämpfung unter dem Vorsitz von Polizeipräsident Rau und unter Assistenz des Leiters des Amtes für Zivilschutz, Direktor Maier, zu leiten. Da Urlaubszeit war, trat die KEL zwar nicht in der gewohnten Besetzung zusammen, jedoch fanden sich auch die Vertreter verschiedener Fachdienstleiter rasch zurecht. Hier zeigte sich, daß die vorangegangenen Katastrophenschutz-Übungen, vor allem die oben genannte Stabsrahmenübung, Früchte getragen hatten und nun methodisches Arbeiten ermöglichten. Auch die Fernmeldezentrale im Rathauskeller war sehr bald von Helfern des KatSD-Fernmeldedienstes besetzt, so daß die Funkverbindung zwischen KEL und Einsatzeinheiten gesichert war.

Gewisse Schwierigkeiten bereitete der Übergang von dem vor Auslösung des K-Alarms routinemäßig angelaufenen Einsatz der Polizei, Feuerwehr und des DRK zum Katastropheneinsatz, der zentral gelenkt wurde. Die KEL mußte sich zunächst ein klares Bild über die Schadensschwerpunkte und bereits im Einsatz befindliche, über das ganze Stadtgebiet zerstreute Katastrophenschutz-Einheiten verschaffen. Inzwischen konnten die einzelnen Fachdienste nach ihren besonderen Alarm- und Einsatzplänen weiteralarmieren.

Nach kurzer Zeit begannen die Fachdienste Polizei, Feuerwehr, Bergungsdienst, Sanitätsdienst, Fernmeldedienst, Transportdienst, Technischer Instandsetzungsdienst und Betreuungsdienst (Stärke der Fachdienste am Ende dieses Beitrags), unterstützt durch die Bundespost, Bundeswehr und US-Armee,



Suche nach Eingeschlossenen.



Eismassen versperren Hauseingänge.

systematisch mit der Schadensbekämpfung.

Die wichtigsten Verkehrswege wurden zunächst passierbar gemacht, um den in der Innenstadt aufgestauten Kfz-Verkehr abfließen zu lassen. Schwierigkeiten ergaben sich dabei in den Straßenunterführungen. Wasser- und Hagelmassen hatten Autos wie Streichholzschachteln übereinandergeschoben und zugedeckt. Schaufellader räumten bis spätnachts tonnenweise Hagel weg, da niemand wußte, ob in den Autos Menschen eingeschlossen waren. Sogar Rettungstaucher der Feuerwehr wurden eingesetzt.

Ebenfalls bis tief in die Nacht pumpten Feuerwehr und Bergungsdienst Hunderte von Kellern aus, sorgte die Schutzpolizei für ungehinderte Fahrt der Einsatzfahrzeuge, bearbeitete die Kriminalpolizei zahlreiche Vermißtenmeldungen, schaufelten Soldaten der Bundeswehr Straßen und Wege frei, arbeiteten Entstörungstrupps der Technischen Werke fieberhaft am Stromversorgungsnetz und stellten Bundespost und Abt. Fernmeldewesen der Technischen Werke durch ausgeklügelte Ausweichschaltungen die Fernsprechverbindungen in allen Bereichen des Stadtgebiets wieder her. Die freiwilligen Katastrophenschutz Helfer der 1. Bergungs-

bereitschaft und der 1. Sanitätsbereitschaft leisteten ein enormes Pensum. Bemerkenswert ist, mit welcher Ausdauer die KatSD-Sanitätshelfer auch Bergungsarbeiten verrichteten, da die Feuerwehr durch das Abpumpen von Wasser voll in Anspruch genommen war und den Bergungsdienst nicht unterstützen konnte. Auch der Behördenselbstschutz der städtischen Ämter packte mit an, wo immer dies möglich war. Der Betreuungsdienst sorgte durch rasche Bereitstellung von Kalt- und Warmverpflegung für das leibliche Wohl aller Einsatzkräfte. Am nächsten Tag (16. August) nahmen die Einsatzkräfte mit dem Morgengrauen ihre Tätigkeit wieder auf. Schwerpunkte waren weiterhin die Straßenunterführungen. Der unvermindert anhaltende Strom von Schadensmeldungen ließ erst jetzt das ungeheure Ausmaß der angerichteten und noch zu beseitigenden Verwüstungen erkennen. Jeder freiwillige Helfer war willkommen. Leider verfügten Feuerwehr und Bergungsdienst über zuwenig geeignete Tauchpumpen. Mancher Hausbesitzer mußte deshalb naturgemäß längere Zeit auf Hilfe warten.

Die Katastropheneinsatzleitung wurde im Laufe des Vormittags von Meldungen über Gebäude-, Dach- und Glasschäden überschwemmt. Deshalb richtete sie unverzüglich beim Hochbauamt eine Meldestelle zur Vermittlung von Dachdeckern und Gläsern ein. Das Stadtmessungsamt registrierte die Gebäudeschäden. Die Dachdeckerinnung stellte „Einsatzkommandos“ aus Dachdeckern von Stuttgart und Umgebung zusammen. Die Glaserinnung richtete zwei zentrale Glaser-Notwerkstätten in Schulen ein.

Als dann die Hilfeersuchen und Schadensmeldungen immer vielgestaltiger wurden, z. B. Meldungen von Gewerbebetrieben über Warenvernichtung und Produktionsstillstand, Meldungen von Privaten über Hausrat- und Kraftfahrzeugschäden, von Landwirten über Flurschäden u. v. a. m., wurden in einer Besprechung mit den verschiedenen Behörden die Zuständigkeit für die Annahme bzw. Bearbeitung der Meldungen abgeklärt. Gleichzeitig liefen Vorbereitungen für finanzielle Hilfe an Unwettergeschädigte an; vor allem war Soforthilfe für dringendste Notfälle zu leisten. Die KEL hielt unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, der seinen Urlaub unterbrach, eine Pressekonferenz ab, um die

Bevölkerung — neben der allgemeinen Information über den Ablauf des K-Einsatzes mit den festgelegten Anlaufstellen vertraut zu machen. Außerdem wurde eiligst ein Merkblatt gedruckt und in den Schadensgebieten verteilt. Um 17.00 Uhr des 16. August hob Polizeipräsident Rau den Katastrophenalarm auf, da das Geschehen nunmehr überschaubar war und die Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten von den verschiedenen Behörden im Rahmen ihres normalen Dienstauftrags weiter

erledigt werden konnten. Diese Arbeiten, die vornehmlich in Räumen von Kellern, Bergen von wertvollen Gütern, Abfuhr des Unrats u. dgl. bestanden, zogen sich bis um den 24. August hin.

Bilanz des Unwetters

Die Auswertung der Schadensmeldungen ergibt folgendes Bild: Schäden an gewerblichen und industriellen Betrieben 31 Millionen DM
Schäden an öffentlichen Einrichtungen (ohne Wasserwirtschaft)

15,5 Millionen DM
Schäden an Privateigentum etwa 25,5 Millionen DM
Die Höhe der Flurschäden ist noch nicht bekannt. Der Landwirtschaft und dem Weinbau entstanden vor allem in S-Bad Cannstatt und auf den Feldern schwerste Schäden. Vorläufige Schätzungen rechnen für Stuttgart und Umgebung mit einem Gesamtschaden — ohne Flurschäden — von rd. 150 Millionen DM. Das Stadtmessungsamt nahm ca. 11 000 Meldungen über Gebäudeschäden auf.

Insgesamt waren zur Schadensbekämpfung eingesetzt:
Fachdienst bzw.

Einsatzgruppe	Stärke	Einheit bzw. Amt
Polizei	250	Schutzpolizei
	55	Kriminalpolizei
	3	Polizeibehörde
	78	Bereitschaftspolizei
	2	Polizei-Hubschrauberstaffel
	274	Berufsfeuerwehr Stuttgart
Feuerwehr	338	Freiwillige Feuerwehr Stuttgart
	128	Auswärtige Feuerwehren
		Ditzingen
		Esslingen
	Gerlingen	
	Göppingen	
	Korntal	
	Leinfelden	
	Leonberg	
	Ludwigsburg	
	Pforzheim	
Bergungsdienst	160	Tiefbauamt
	21	Hochbauamt
	93	Technisches Hilfswerk, Ortsverband Stuttgart (1. KatSD-Bergungsbereitschaft)
	63	auswärtige Verbände des Technischen Hilfswerks
Sanitätsdienst	340	Baufirmen
	40	Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverein Stuttgart
	61	Malteser-Hilfsdienst und Johanniter-Unfall-Hilfe (1. KatSD-Sanitätsbereitschaft)
Fernmeldedienst	42	Technische Werke, Abt. Fernmeldewesen
	10	KatSD-Fernmeldedienst
Transportdienst	282	Stadtreinigungsamt
	240	Stuttgarter Straßenbahnen AG
Technischer Instandsetzungsdienst	108	Technische Werke, Abt. Elektrizitätsverteilung
	15	Sozialamt
Betreuungsdienst	30	Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverein Stuttgart
	15	Amt für Zivilschutz
Nachrichtenam	5	
Bundespost	mehrere	Instandsetzungstrupps
Bundeswehr	262	
US-Armee	50	
Behördenselbstschutz der Stadt Stuttgart	100	verschiedene Ämter



Eine Jugendgruppe hilft bei Aufräumarbeiten.



THW-Helfer bringen eine Elektrotauchpumpe zum Einsatz.



THW-Einsatzbesprechung: V. l. n. r.: stellvertr. Einsatzleiter H. Philippczyk, LB W. Lenz, GF R. Goller.

Zusammen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, besuchte unser Mitarbeiter Jochen von Arnim Einrichtungen des Katastrophenschutzes im Raume München. Schon auf der Hinfahrt konnte er vom Einsatz der THW-Helfer, die mit ganz speziellen Aufgaben befaßt waren, Eindrücke gewinnen. Hier sein Bericht:

Autobahn nach München. Hochbetrieb. Der Verkehr ist zähflüssig. Die Fahrer haben Gelegenheit, etwas von der Landschaft zu sehen. Bei der BAB-Polizeiwache Allershausen erregen blaue THW-Fahrzeuge meine Aufmerksamkeit. Kurzer Halt. Hier sind die THW-Helfer des Autobahn-Bereitschaftsdienstes stationiert. Eine Einsatzgruppe mit 5 Helfern (1/4), Kombi und leichter Bergungsausrüstung sowie ein Gerätetrupp mit 2 Helfern (1/1) und Gerätekraftwagen befahren von hier aus einen etwa 40 km langen Autobahn-Streckenabschnitt. Der Standpunkt ist einsatztaktisch gut gewählt, die Strecke ist unfallreich und die Helfer sind bei der Polizei in einer größeren Garage recht gut untergebracht. Rund 40 solcher Einsatzgruppen und Gerätetrupps sind im Bereich des THW-Landesverbandes Bayern an verkehrsreichen Wochenenden, in der Hauptreisezeit und im Zusammenhang mit Feiertagen eingesetzt. Darüber hinaus waren einige von ihnen speziell in der Zeit der Olympischen Spiele tätig.

Die Helfer berichten mir auf meine Fragen stolz, daß sie in den vergangenen zehn Tagen schon 40 Einsätze hatten. Über ein Drittel dieser Einsätze erfolgte unter Zuhilfenahme von Gerätekraftwagen, einige mit Hilfe des in Freising stationierten Krans. Entsprechend der primären Aufgabenstellung, den Verkehr flüssig zu halten,

Alle Hände voll zu tun

THW-Helfer mit vielen Aufgaben

wurden in erster Linie liegengeliebene Fahrzeuge von der Fahrbahn gebracht, Auffahrunfälle entwirrt und Stauungen beseitigt. Das Publikum hat sich, so



Zwischen den Einsätzen.

bestätigen die Helfer, fast immer dankbar für Hilfe und Unterstützung durch das THW gezeigt. Von vielen Verkehrsteilnehmern werden die Helfer, die uneigennützig, ehrenamtlich und freiwillig im Dienst der guten Sache stehen, als selbstverständliche Einrichtung angesehen. Doch auch hier bestätigen Ausnahmen die Regel: Von Unfällen nicht betroffene Fahrer erweisen sich gelegentlich verärgert über „störende Maßnahmen“ des THW, wobei sie sicher nicht erkannt haben, daß die THW-Helfer ja gerade im Interesse aller Kraftfahrer tätig sind.

Von hier aus fahre ich nach Freising, zu dessen Ortsverband die eben besuchten Helfer gehören. Der OV Freising ist durch Aktivität und zahlreiche Einsätze bekannt. In Freising ist in jüngster Zeit eine beachtenswerte THW-Unterkunft



THW-Einsatzgruppe und Gerätetrupp zur Unterstützung



Einsatzfahrzeuge des THW-OV Freising.



THW-Landesbeauftragter Schwarz bespricht mit Helfern Einzelheiten des Autobahn-Bereitschaftsdienstes.

entstanden. Sie ist mehr als das, sie ist ein THW-Heim. Es vergeht kaum ein Abend in der Woche, an dem nicht Helfer dort sind. Durch bauliche Maßnahmen, Verbesserungen der technischen Einrichtungen und des Komforts wollen sie alles noch schöner machen. Gern werden den Besuchern, die sich hierfür interessieren, Fernmeldezentrale, Geschäftszimmer, Geräte- und Materialräume gezeigt. Aus Bodenraum entstand ein Unterrichtssaal, der jetzt provisorisch den Helfern als Schlafraum dient, die ihre Schicht an der Autobahn beendet haben.

Auch die Garage bietet mehr, als man sonst bei THW-Baulichkeiten gewohnt ist. Sie hat sogar eine Abschmiergrube für die zahlreichen Fahrzeuge. Dadurch können im OV Arbeiten durchgeführt werden, für die man sonst die Zentralwerkstatt aufsuchen müßte. Also



Der Spezial-Beleuchtungsanhänger des OV Freising.

Ersparnis von Zeit und Geld und Verbesserung der Einsatzbereitschaft. Der Ortsverband verfügt auch über einen Beleuchtungsanhänger. Er ist als eine Art Prototyp von den Freisingern konzipiert worden. Die Konstruktion ist



Polizei und THW bilden ein Hubschrauber-Sofort- und Unfallkommando.

zweckmäßig, die Bedienung einfach, die Leistung gut. Das Gerät ist während der Fahrt und am Ort zu verwenden. Ein Minimum an Aufwand — ein Maximum an Leuchtkraft. Übrigens wird beim OV gut gekocht. Das ist wichtig für die Helfer bei Einsätzen oder bei der Wochenendausbildung. Hier gibt es keine Probleme. Sigrid Lehnert, die Frau eines

Helfers, sorgt stets für das leibliche Wohl „ihrer Mannschaft“. Ein weiterer, wenn auch nur provisorischer Standort einer Einsatzgruppe ist Neufahrn in der Nähe von Eching, nicht weit von München-Freimann. Polizei-Wache und THW haben sich vorübergehend in einer Schule eingerichtet. Die Helfer, die gerade Freischicht haben, spielen

Zum Brandherd führen oft nur 'Unimog-Wege'

Der normale Verkehr und oft auch Schaulustige versperren die Zufahrtswege. Man muß querfeldein. Durch Straßengraben und an Steilhänge. Über Schutt und Geröll. Über Stufen und Bodenwellen.

Das schafft nur noch der Unimog:

Mit Allrad-Antrieb, Differentialsperren in beiden Achsen und großer Boden- und Bauchfreiheit.



Mercedes-Benz Unimog



Rüstwagen RW 1.
Fahrzeug für technische Hilfeleistungen.



Waldbrandbekämpfungs-Ausrüstung.



Tanklöschfahrzeug TLF 1300.



Trockenlöschfahrzeug.

100% Privatpatient im Krankenhaus

Ein **Vorsorge-Programm** der **VEREINIGTEN** sieht genau die Leistungen vor, die die „Kasse“ nicht zahlt:

■ 100% für Behandlung, Pflege und Unterbringung im Krankenhaus 1. bzw. 2. Klasse (ohne jede Begrenzung — auch für Operationen)

■ Dafür zahlt z. B. ein 28-jähriger nur 17,90 DM im Monat.

Informieren Sie sich bitte mit dem Coupon. Am besten sofort.

Übermitteln Sie mir unverbindlich Ihre Unterlagen. ✂

Name _____

Ort _____

Straße _____

ZS 10

Vereinigte

Krankenversicherung AG
verbunden mit Eos Lebensversicherung AG

Generaldirektion
8 München 40
Leopoldstraße 24

Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG

5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29

Karten, lesen oder unterhalten sich mit den Polizeibeamten. Die Stimmung ist gut, die Zusammenarbeit hervorragend. Einer der Polizeihubschrauber steht abrufbereit vor dem Gebäude. Mit Hubschraubern wird der Verkehr aus der Luft überwacht und ein Hubschrauber transportiert auch das Sofort- und Unfallkommando, bestehend aus vier Polizeibeamten und drei THW-Helfern mit leichter Bergungsausrüstung, zu Unfallstellen, die auf der Straße nicht schnell erreichbar sind. Weiter geht es nach München. Zusammen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für zivilen

Bevölkerungsschutz, Dr. Kolb, und einigen Herren seiner Begleitung besuchen wir die Verkehrsleit-Zentrale der Polizei. Ministerialrat Schmidt-Kunz und PoObererrat Süß erläutern die Aufgabenstellung der VLZ: Verkehrslenkung und Information der Öffentlichkeit. Die umfangreiche fernmeldetechnische Einrichtung in Verbindung mit Spezialkarten ist bislang dem Ansturm des Verkehrs und der eintreffenden Meldungen gewachsen. Der für diesen Sommer befürchtete Zusammenbruch des Verkehrs ist nicht eingetreten. Man hatte alles im Griff. Auch hier viel Lob über die ausgezeichnete Zusammenarbit zwischen

Polizei und THW. Durch den Einsatz der freiwilligen THW-Helfer kann sich die Polizei auf wichtigere, rein polizeiliche Arbeiten konzentrieren. Ministerialrat Dr. Gall vom Innenministerium Baden-Württemberg, einer der Besucher, zeigt sich ebenfalls sehr interessiert am Beispiel Bayern. Dann stand eine Besichtigung des neu erstandenen Zentrums für Katastrophenschutz (ZfK), in dem sich Feuerwehr, Sanitätsorganisationen und THW befinden, auf dem Plan. Dieses Zentrum für Katastrophenschutz ist ein Schritt auf einem neuen Wege. Nach einigen Jahren der Erfahrung wird man sehen, ob andere Städte diesem Beispiel folgen sollten.

Der Rundgang durch das ZfK mit seiner weitläufigen Kfz-Halle bot Ministerialdirigent Prandl, den Ministerialräten Kuhn und Dr. Oehler als den Vertretern des Landesinnenministeriums, Stadtdirektor Dr. Raab von der bayerischen Landeshauptstadt und Präsident Dr. Kolb, sowie THW-Landesbeauftragtem Schwarz nebst weiteren Herren Gelegenheit zu angeregten Fachgesprächen und Vergleichen.

und die gesamte Versorgung und Entsorgung der 1600 Bewohner, das erfordert schon eine exakte Planung und viel Sorgfalt bei der Durchführung. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß hier die Helfer aus vielen Ortsverbänden Bayerns eine hervorragende Arbeit geleistet haben. Eine zusammenfassende Darstellung von Aufgabenstellung, Planung, Durchführung und Betrieb mit den hierbei gewonnenen Erkenntnissen sollen, so der Wunsch von BzB-Präsident Dr. Kolb, den anderen Landesverbänden des THW zur weiteren Verwertung bei anderen Anlässen zur Verfügung gestellt werden. Anerkennung für den Bau des Lagers kommt aber nicht nur von außen, sie kommt auch von den vielen ausländischen Gruppen dieses internationalen Jugendlagers. Die nationalen Leiter der Gruppen sparen nicht mit Lobesworten. Der THW-Landesverband Bayern mit der Mehrzahl seiner 100 Ortsverbände hat in diesem Sommer besonders im Blickfeld der Öffentlichkeit bestanden. Abgesehen von den „üblichen“ Einsätzen gab es zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit den



Im Jugendlager: V. l. n. r.: THW-LB Schwarz, BzB-Präsident Dr. Kolb, Lagerleiter Mitscherlich.



Präsident Dr. Kolb besichtigt einen THW-Küchenwagen.

Viel Anerkennung hat das THW wegen seiner Beteiligung am Bau und am Betrieb des ausgedehnten Zeltlagers am Hasenberg erhalten. Der Aufbau der 132 Wohnzelte — in Form der Olympischen Ringe —

Olympischen Spielen. Alle diese Aufgaben konnten bewältigt werden, weil sich Helfer freiwillig in zigttausend Stunden — Freizeitstunden — dem Dienst an der Allgemeinheit widmeten.

Erkrankung während einer Dienstreise

Erkrankt ein Dienstreisender und kann nicht an seinen Wohnort zurückkehren, so wird ihm gemäß § 1 der Verordnung über die „Reisekostenvergütung in besonderen Fällen“ vom 12. August 1965 die Reisekostenvergütung weitergewährt.

Einer Erkrankung des Dienstreisenden ist eine Körperbeschädigung durch Unfall gleichzusetzen.

Die Verordnung wurde aufgrund der Ermächtigung des § 16 (6) BRKG vom Bundesminister des Innern erlassen.

Nach dem Bundesreisekostengesetz sollte durch Rechtsverordnung

geregelt werden, welche Reisekostenvergütung gewährt wird, wenn die Dienstreise aus triftigen Gründen unterbrochen wird. Dieser Sachverhalt wird durch die Rechtsverordnung zwar behandelt, jedoch auf eine Erkrankung des Dienstreisenden beschränkt.

Andere triftige Gründe für die Unterbrechung der Dienstreise werden durch die Rechtsverordnung nicht angesprochen, obwohl auch in bestimmten Fällen persönliche Gründe für die Unterbrechung einer Dienstreise vorliegen können; hier kann keine Abfindung nach der Verordnung, sondern nur nach dem Bundesreisekostengesetz erfolgen.

Beispiel: Ein Dienstreisender bricht eine Dienstreise wegen der Schwere der Erkrankung eines Familienangehörigen ab. In diesem Falle ist die Abfindung nicht nach der Verordnung, sondern nur nach § 7 BRKG zu bemessen.

Voraussetzung für die Weitergewährung von Reisekostenvergütung bei einer Erkrankung während einer Dienstreise ist, daß der Dienstreisende infolge der Krankheit unfähig ist, an seinen Wohnort zurückzukehren. Der Dienstreisende muß durch ärztliche Bescheinigung nachweisen, daß Reise- oder Transportfähigkeit infolge der Krankheit nicht bestand.

Es ist also nach den Bestimmungen der Verordnung nicht vorgeschrieben, daß der Dienstreisende das Dienstgeschäft nach Beendigung der Krankheit wieder aufnimmt.

Ferner darf die Reisekostenvergütung nicht weitergewährt werden, wenn der Dienstreisende an einen anderen Ort als seinen Wohnort reist,

weil in diesem Falle unterstellt wird, daß auch Reise- bzw. Transportfähigkeit zum Wohnort vorgelegen hätte.

Unter Umständen kann auch für die Rückkehr zum Wohnort die Benutzung eines dem Krankheitszustand entsprechenden Beförderungsmittels vorgeschrieben werden. Falls unter Berücksichtigung der Umstände und Möglichkeiten die Benutzung eines Krankenwagens notwendig ist, so sind die hierfür entstandenen Kosten nach § 5 (5) BRKG zu erstatten.

Die Rückkehr an den Wohnort kann bei Krankheit, unter der Voraussetzung, daß Transportfähigkeit vorliegt, nicht allgemein gefordert werden. Es muß überprüft werden, ob die Reisekostenvergütung für das Verbleiben am Geschäftsort während der Dauer der Krankheit und die ggf. spätere Fortsetzung des Dienstgeschäftes höhere Aufwendungen des Bundes erfordert, als die Transportkosten zum Wohnort und u. U. die Reisekostenvergütung für einen anderen Bediensteten, der das Dienstgeschäft fortsetzt.

Bei einem infolge der Krankheit notwendigen Verbleiben am Geschäftsort wird vom 15. Tage an ebenfalls nur die Reisekostenvergütung nach § 11 BRKG gewährt.

Beispiel: Ein Dienstreisender führt eine Dienstreise von Köln nach München vom 6. 3. bis 31. 3. durch. Er erkrankt am 18. 3. und verbleibt auf ärztliche Weisung in seinem Hotelzimmer. Vom 6. 3. bis 19. 3. erhält er Tage- und Übernachtungsgeld. Ab 21. 3. bis 30. 3. wird die Vergütung nach § 11 BRKG gewährt.

Wird der Dienstreisende infolge einer Erkrankung während der Dienstreise in ein Krankenhaus eingewiesen, so erhält er ohne Rücksicht auf Höhe und Art der vor der Krankenhausaufnahme gewährten Reisekostenvergütung

a) Ersatz der notwendigen Auslagen für die Unterkunft am Geschäftsort und

b) für jeden vollen Kalendertag der Krankenhausaufnahme 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes nach § 4 der Trennungsgeldverordnung.

Da nur die notwendigen Auslagen für die Unterkunft am Geschäftsort

erstattet werden, muß geprüft werden, ob das Beibehalten der Unterkunft erforderlich ist; dies wird in der Regel nicht der Fall sein, weil Hotelzimmer tageweise gemietet und gekündigt werden können. Der Dienstreisende erhält bei Aufnahme in ein Krankenhaus immer 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes; diese Bestimmung hat daher eine besondere Bedeutung, weil oft unter bestimmten Voraussetzungen — z. B. Gewährung von unentgeltlicher Unterkunft und Verpflegung — vorher geringere Sätze des Trennungsgeldes nach § 4 (6) TGV gewährt worden sind.

Da die 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes nur für volle Kalendertage des Krankenhausaufenthaltes zustehen, wird diese Vergütung für den Einlieferungs- bzw. Entlassungstag nicht gezahlt. Für diese Tage stehen entweder volles Tage- und Übernachtungsgeld bzw. die Vergütung nach § 11 BRKG zu.

Beispiel: Ein Dienstreisender führt eine Dienstreise vom 6. 3., 8 Uhr, bis 31. 3. 1972, 18 Uhr, durch. Als Unterkunft diente ein Hotelzimmer. Vom 8. 3., 10 Uhr, bis 23. 3., 14 Uhr, wurde er infolge Erkrankung in ein Krankenhaus aufgenommen.

Er erhält folgende Abfindungen:
6. — 8. 3. = 3 Tage + 3 Übernachtungsgelder;
9. 3. — 22. 3. = 14 x 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes;
23. 3. — 30. 3. = 8 x Vergütung nach § 11 BRKG, 31. 3. = 1 Tagegeld.

Die Kosten für ein evtl. Beibehalten des Hotelzimmers für die Nacht vom 8./9. 3. 1972 können nicht erstattet werden, weil für diese Nacht ein volles Übernachtungsgeld gewährt wird.

Die Zahlung der Abfindung für die Aufnahme in ein Krankenhaus am Geschäftsort kann nur erfolgen, wenn diese Aufnahme durch die Dienstreise bedingt ist.

Die Abfindung der Empfänger von Trennungsgeld bei einer Erkrankung während einer Dienstreise unterscheidet sich nicht von anderen Dienstreisenden.

Dieser Personenkreis wird wie folgt abgefunden:

I. Empfänger von Trennungsgeld.
a) Bei der Gewährung von

Trennungsreisegeld ist das darin enthaltene Tagegeld auf das Tagegeld der Dienstreise anzurechnen.

b) Bei einer Aufnahme in ein Krankenhaus während der Dienstreise werden für volle Tage 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes an Stelle des Tage- und Übernachtungsgeldes gewährt; daneben steht ein Übernachtungsgeld für die Unterkunft am Dienort zu.

II. Empfänger von Trennungstagegeld

a) Bei der Gewährung von Trennungstagegeld sind nach § 3 der Verordnung 65 v. H. des Trennungstagegeldes auf das volle Tage- und Übernachtungsgeld anzurechnen; der Dienstreisende erhält also volles Tage- und Übernachtungsgeld sowie 35 v. H. des Trennungstagegeldes.

b) Bei einer Aufnahme in ein Krankenhaus während der Dienstreise werden für volle Tage 25 v. H. des vollen Trennungstagegeldes sowie 35 v. H. des vorher erhaltenen Trennungstagegeldes gewährt.

Für die Besuchsreise eines Angehörigen aus Anlaß einer durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesenen lebensgefährlichen Erkrankung des Dienstreisenden, kann eine Reisebeihilfe in sinnvoller Anwendung des § 5 (6) Trennungsgeldverordnung gewährt werden. Diese Regelung hat praktisch nur für die ersten 14 Tage der Dienstreise Bedeutung, weil bei Gewährung der Vergütung nach § 11 BRKG — ab 15. Tag — sowieso eine Reisebeihilfe nach § 5 (6) — TGV gewährt werden kann.

Die Kosten einer ärztlichen Behandlung, Krankenhauskosten, Auslagen für Arzneimittel und ähnliche Aufwendungen gehören nicht zu den Reisekosten. Gegebenenfalls können diese Kosten aber nach den Beihilfeschritten erstattet werden.

Lücker

Frau und Selbstschutz – ein Gespräch

Einige Frauen von Heimkehrern wurden eingeladen, an einer BVS-Veranstaltung teilzunehmen. Da sie sich nur wenig darunter vorstellen konnten, kam es zu einem recht ausführlichen Gespräch.

Frage: Warum sollen die Frauen da mitmachen?

Antwort: Alle Fragen, die mit dem

Problem des Selbstschutzes, des Zivilschutzes und der Zivilverteidigung zusammenhängen, sind „Zündstoffe“, sobald Frauen die Partner sind. Und doch ist es unumstritten, daß es ohne Frauen ganz einfach nicht möglich ist, den Selbstschutz aufzubauen. Das geht schon daraus hervor, daß die Gesetzgebung einen Unterschied zwischen Männern und Frauen nicht kennt und eine Unterrichtung und Ausbildung der „Bevölkerung“ im Selbstschutz empfiehlt. Jeder Bürger, jede Bürgerin ist gehalten, sich selbst um einen ausreichenden Selbstschutz für sich und die Familie zu bemühen. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß mit Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften alles getan ist. Es sind Menschen, die diese Gesetze, die dem Schutze des Menschen dienen, mit Leben erfüllen müssen, und die davon überzeugt sein müssen, daß es sich lohnt, unsere bestehenden Werte — nicht nur die materiellen — zu schützen.

Ohne die Bereitschaft, alles für unseren Schutz zu tun, und ohne die Zuversicht, daß diese gemeinsamen Anstrengungen auch Aussicht auf Erfolg haben, wäre das beste „Schutzgesetz“ sinnlos. Das Katastrophenschutzgesetz hat unserem Verband darum den Auftrag erteilt, die Bevölkerung aufzuklären.

Frage: Steht diese Ansicht nicht im Gegensatz zur Entspannungspolitik?

Antwort: Keineswegs. Alle Staaten betreiben eine aktive Verteidigungspolitik, ohne deshalb in den Verdacht zu geraten, Aggressionen vorzubereiten. Doch zurück zu unserer ersten Frage. Im zweiten Weltkrieg haben Zehntausende von Frauen in allen Ländern in beispielloser Selbstlosigkeit in den Stunden, Tagen, Wochen, Monaten und Jahren der tödlichen Gefahren ihren Mut und ihre Hilfsbereitschaft bewiesen. Der Grund für eine ausgeglichene Haltung der Frau in Katastrophenfällen ist wohl darin zu suchen, daß es im Wesen der Frau liegt, das Bewahrende, das Schützende als das ihr Gemäße bewußt oder unbewußt tätig werden zu lassen.

Frage: Sie sprachen von „Katastrophenfällen“. Ist das so zu verstehen, daß die Unterrichtung, die Sie vermitteln, sich nicht nur mit Kriegskatastrophen befaßt, sondern auch im täglichen Leben gebraucht werden kann?

Antwort: Genau so ist es. In einer Zeit, in der der Dienst am Nächsten in Gefahr ist, seine Selbstverständlichkeit zu verlieren, darf man auch im

Alltag nicht der Gleichgültigkeit verfallen. Man muß aus humanitären Gründen gegenüber den Nöten der Mitmenschen zu jeder Zeit aufgeschlossen sein. Hier gilt für die Frau die Erkenntnis, daß die Frau dem Götzen „Technischer Fortschritt“ nicht so sehr ergeben und verfallen ist wie mancher Mann. Sie ist für die höheren Belange des menschlichen Daseins empfindlicher geblieben.

Frage: Sind diese Informationen und Unterrichtungen nur auf die Bundesrepublik beschränkt oder ist das in den Nachbarländern auch so?

Antwort: Kürzlich las ich in einer Zeitschrift aus der Schweiz einen Artikel über „Frau und Zivilschutz“, in dem dargelegt wird, daß in einer Gemeinde rund ein Viertel aller in der Gemeinde Wohnhaften im Zivilschutz aktiv mitwirken, d. h., daß sie sich im Selbstschutz haben ausbilden lassen. Ein Schweizer hat das einmal so gesagt:

„Frauen sind besser ausgestattet, Katastrophen zu ertragen. Sie sind erdnäher, praktischer, wendiger oder Gott weiß was!“ Vielleicht liegt in diesem „Gott weiß was“ das Entscheidende. Die gegebene Verbundenheit der Frau mit dem Natürlichen des Werdens und Sterbens macht sie unentbehrlich im Augenblick der Gefahr. Das gilt für alle Frauen in der Welt.

Anläßlich eines Kolloquiums, an dem Vertreter fast aller europäischen Länder teilgenommen haben, wurde die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau in den Schutzorganisationen hervorgehoben. Leider ist die Hilfe am Nächsten keine Selbstverständlichkeit. Deshalb gilt es, alle Menschen anzusprechen und sie mit Hilfe- und Schutzgedanken vertraut zu machen. Helfen kann man nämlich nicht aus Pflicht, man braucht dazu die Offenheit des Herzens.

Frage: Wären Sie bereit, in einem größeren Frauenkreis diese Probleme zu erörtern?

Antwort: Das war eigentlich das Ziel unseres Gespräches. Am Schluß einer Frauenveranstaltung sagte eine Frau abschließend: „Wenn ich das alles gehört habe, muß ich sagen: Lieber 12 Stunden Selbstschutzausbildung, als eine Stunde Kriegs- oder Naturkatastrophe“. Ein Politiker hat einmal das Wort geprägt: „Die besten Demokraten sind diejenigen, die sich in Freiwilligkeit der Hilfe für den anderen verschreiben.“

*

Dieses Gespräch wurde nach Notizen nachgeschrieben.

Neumünster nach der Gebietsreform

Die Gebietsreform in Schleswig-Holstein hat sich bei der BVS-Dienststelle Neumünster im besonderen Maße ausgewirkt. Seit Beginn 1971 wird nun auch der Kreis Rendsburg-Eckernförde betreut. Noch weiter erstreckt sich die Arbeit der fahrbaren Ausbildungsstelle. Sie wird auch im Kreis Plön und aushilfsweise im Kreis Ostholstein eingesetzt. Für die BVS-Dienststelle Neumünster, die in einem Nebengebäude der Holstenhalle gut und zweckmäßig untergebracht ist, sieht dies in der Praxis bisher noch so aus: Während sich der Betreuungsbereich nach der Gebietsreform stark vergrößert hat, ist die Mitarbeiterzahl konstant geblieben.

„Wir sind wesentlich auf die BVS-Beauftragten angewiesen“, sagt Dienststellenleiter Harald Mick. „Sie sollen in ihren Gemeinden den Verband präsent werden lassen.“ Es sei schon als positiv anzusehen, daß im gesamten Dienststellenbereich bereits gut zwei Drittel der Ämter und amtsfreien Gemeinden mit BVS-Beauftragten besetzt werden konnte. Man hoffe, im Laufe des Jahres noch die fehlenden Beauftragten zu gewinnen. Die Dienststelle verfügt zur Zeit über 5 hauptamtliche Kräfte: den Dienststellenleiter, einen Facharbeiter, den Leiter und einen Selbstschutzhelfer (zugleich Fahrer) auf der fahrbaren Ausbildungsstelle sowie eine Bürokraft. Die Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer beträgt rund 100; davon sind 30 BVS-Beauftragte.

Im vergangenen Jahr hat die Dienststelle 15 Vortragsveranstaltungen mit insgesamt 400 Teilnehmern sowie 2 Sonderschauen („Kommunal 71“ und „Norddeutscher Baumarkt“) mit insgesamt 11 600 Besuchern durchgeführt. In der Ausbildung fanden 50 Grundlehrgänge mit 1 000 Teilnehmern und 25 Fachlehrgänge mit 350 Teilnehmern statt. Von der fahrbaren Ausbildungsstelle wurden 2 000 Personen erfaßt. Beachtliche Fortschritte sind für das erste Halbjahr 1972 zu verzeichnen. Von den Ausbildungseinrichtungen wurden 86 Selbstschutz-

Grundlehrgänge (1 600 Teilnehmer) und 18 Fachlehrgänge über Brandschutz, Bergung und Rettung sowie Erste Hilfe (300 Teilnehmer) durchgeführt.

Die Öffentlichkeitsarbeit zählt 25 Informationsveranstaltungen auf, die sich durchweg eines guten Besuches von interessierten und diskussionseifrigen Personen erfreuten. Die fahrbare Ausbildungsstelle hatte 25 Lehrgänge und 7 Informationsveranstaltungen zu bewältigen. Auch bei diesen war der Besuch beachtenswert. Nach einer Sommerpause wurde im September die Arbeit wieder aufgenommen. Planmäßig setzte man die fahrbare Ausbildungsstelle sowie eine Gruppe von sechs ehrenamtlichen BVS-Lehrern in verschiedenen Landkreisen ein. In der Öffentlichkeitsarbeit konzentrierte man sich zunächst auf die Beteiligung an zwei Großausstellungen. Bei der „NORLA 1972“ in Rendsburg wurde die BVS-Sonderschau „Vorsorge in Grün“ gezeigt. Bei dem „Norddeutschen Baumarkt 1972“ in Neumünster konnte die Dienststelle wieder ihre eigene Ausstellungshalle zur Geltung bringen mit einer Schau unter dem Motto „Vorsorge schützt vor Sorge“. Bis zum Jahresende will man das Hauptgewicht wieder mehr auf Informations- und Ausbildungsveranstaltungen legen. Zu Selbstschutz-Grundlehrgängen in der Holstenhalle und dem dahinter liegenden Gelände werden u. a. wieder die Abschlußklassen der Schulen kommen. Im Zuge der Resozialisierungsbemühungen sollen weiterhin Strafgefangene der Justizvollzugsanstalten Neumünster im Selbstschutz ausgebildet werden.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Seinen 60. Geburtstag feierte der Vorsitzende der Landesorganisation Schleswig-Holstein des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), Oskar Lucega (Kiel). Aufgrund seiner verbindlichen Art steht er in guten Beziehungen zu den anderen Organisationen, nicht zuletzt auch zum Bundesverband für den Selbstschutz.

Niebüll. Bei einer Feuerwehrfachtagung in Niebüll im Kreis Nordfriesland gab Regierungsbranddirektor Alfred Müller vom schleswig-holsteinischen Innenministerium in Kiel einen umfassenden Überblick über die gegenwärtige Situation des Brandschutzes im nördlichsten Bundesland.

Zunächst stellte er fest, daß bei der Freiwilligen Feuerwehr Ausrüstung und Ausbildung sowie Personalstand auch für größere Schadensfälle ausreichen, vor allem, wenn die gegenseitige nachbarliche Hilfe hinzukomme. In den rund 1 300 Gemeinden Schleswig-Holsteins ständen insgesamt über 2 000 Löschgruppen bereit. Auf jedem Feuerwehrfahrzeug befänden sich tragbare Leitern, daneben ständen insgesamt 70 fahrbare Leitern zur Verfügung.

Außerdem seien in Schleswig-Holstein über 90 Rüst- und Gerätefahrzeuge für die technische Hilfeleistung im Besitz der Freiwilligen Feuerwehren. Dazu kämen noch 15 Anhänger für die Öl-schadensbekämpfung. Während der letzten 6 Jahre seien im Lande 350 neue Feuerwehrhäuser errichtet worden. Für den Einsatz dieser Fahrzeuge und Geräte gäbe es heute in Schleswig-Holstein 43 000 aktive freiwillige Feuerwehrmänner. Diese würden durch 600 Berufsfeuerwehrleute unterstützt. Den 80 Jungfeuerwehren des Landes ständen über 1 400 Jungfeuerwehrleute zur Verfügung. Besonders anzuerkennen sei, so betonte Müller am Ende seiner Ausführungen, die große Investitionsfreudigkeit der einzelnen Gemeinden für ihre Wehren.

Heikendorf. In dem nahe Kiel gelegenen Fördeort Heikendorf hatte der sechsjährige Michael D. mit anderen Kindern in der elterlichen Wohnung beim Spielen so getobt, daß er in eine Türscheibe fiel. Neben anderen Verletzungen zog er sich dabei eine heftige Blutung aus der Hauptschlagader an der linken Hand zu. Laut riefen er und seine Schwester um Hilfe. Daraufhin kam der 15jährige Detlev Möss aus der Nachbarschaft herbeigelaufen und brachte die Blutung zum Stillstand, so, wie er es in einem Kursus gelernt hatte. Dadurch rettete er dem kleinen Michael vermutlich das Leben.

Glücksburg. Zum Präsidenten des Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser e. V. gewählt wurde der bisherige Landesverbandsvorsitzende Schleswig-Holstein, Oberst d. R. Friedrich Ferdinand Prinz zu Schleswig-Holstein (Glücksburg), der sich überzeugt für die Belange der Zivilverteidigung einsetzt und ganz besonders die Zusammenarbeit seines Verbandes mit dem BVS fördert.

Norderstedt. Im Rahmen einer fachlichen Unterrichtung erhielten auf Anforderung der Stadtverwaltung die Bediensteten der Stadt Norderstedt durch die fahrbare Ausbildungsstelle Pinneberg des BVS „Nachhilfeunterricht“ im richtigen Umgang mit Trockenfeuerlöschern. Auf dem Gelände vor dem Harksheider Gymnasium hatte man bei 32 Grad Celsius im Schatten ein Feuer entzündet, das hell aufloderte. Das trieb auch diejenigen den Schweiß aus den Poren, die bis dahin noch nicht geschwitzt hatten. Jeder der Teilnehmer durfte einmal mit einem Feuerlöscher üben. Im Anschluß daran wurden den Stadtbediensteten im großen Sitzungssaal des Rathauses auf dem Falkenberg noch einige Filme über die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorgeführt.

Lübeck. Sieben Führer von angehenden Rettungshunden — alle Angehörige der Dienststelle Lübeck — haben mit ihren Hunden an einem Lehrgang für die Vorprüfung für Rettungshunde an der BVS-Schule Schleswig-Holstein in Ascheberg teilgenommen und die Prüfung bestanden. Während der letzten drei Jahre hatten sich beim BVS in Lübeck 21 Hundehalter für die Ausbildung und Prüfung ihres Hundes zum Rettungshund bereit erklärt. Acht dieser Hunde tragen bereits die Plakette für Rettungshunde.

Husum. In Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Husum und auf deren Anregung veranstaltete die Unteroffiziers-Kameradschaft im Stab Technische Gruppe des Leichten Kampfgeschwaders 41 in Husum einen Selbstschutz-Grundlehrgang für Ehefrauen, der in der Luftwaffenkaserne an der Flensburger Chaussee stattfand. Die Leitung dieser sechs Doppelstunden umfassenden

Ausbildung lag bei dem Selbstschutzlehrer Hans Green. Alle Teilnehmer — 14 Frauen und zwei Männer — waren mit großem Interesse und Eifer bei der Sache. Diesem Selbstschutz-Grundlehrgang des BVS in Husum für eine besondere Personengruppe sollen weitere folgen.

Der BVS auf der INTERNORD

Regelmäßig nimmt der BVS in der ersten Maihälfte in der Kieler Ostseehalle an der hauswirtschaftlichen Landesausstellung „produkta“ teil. Wegen der Segelolympiade in Kiel-Schilksee hatte man sich entschlossen, diesmal die „produkta“ nicht durchzuführen. Dem BVS wurde jedoch vollwertiger Ersatz geboten durch die Beteiligung an der ebenfalls von der Kieler Messe- und Ausstellungsgesellschaft in Flensburg eingerichteten „INTERNORD 72“, der deutsch-dänischen Ausstellung für Verbraucher, Gewerbe, Industrie. Der Einsatz der mit viel Geschick verbesserten Ausstellungsboje der Landesstelle war von ganz besonderer Bedeutung, da sie erstmalig dem Verband ein gewichtiges repräsentatives Auftreten im nördlichen Grenzland ermöglichte. Flensburg zeigte sich zum ersten Male als Messestadt, was das besondere Interesse der Aussteller und Besucher beider Nationen erweckte. Am Eröffnungstag weilte der Innenminister des Landes, Rudolf Titzck, längere Zeit am BVS-Informationsstand und trug sich als erster in das Gästebuch ein. Er sprach sich lobend über unsere sehr wirksame Ausstellung aus und sagte, er werde sich künftig in größerem Maße der Belange des Selbstschutzes annehmen. Im Verlauf der „INTERNORD 72“ besichtigten von den insgesamt 120 000 Besuchern weit über 7 000 Personen die BVS-Sonderschau, davon sahen sich nahezu 6 000 die Filme und Tonbildschauen an. Von den mit viel Umsicht und großem Eifer am Stand wirkenden BVS-Beratern, die zum Teil auch die dänische Sprache beherrschten, konnten insgesamt 1 442 persönliche Informationsgespräche geführt werden. 265 Gespräche waren besonders auf den Schutzraumbau

gezielt. Außerdem wurden 17 Anmeldungen für Selbstschutz-Grundlehrgänge entgegengenommen. Verbindungen konnten zu Stellen des öffentlichen Lebens, der freien Wirtschaft wie auch zu einzelnen Personen geknüpft werden. Wie man feststellen konnte, war diese erste Flensburger Messe für alle Aussteller ein Erfolg, ganz besonders aber für den BVS, der dort in gutem Zusammenwirken mit den Katastrophenschutz-Organisationen THW, DRK und Freiwillige Feuerwehr in seiner Öffentlichkeitsarbeit in Schleswig-Holstein ein gutes Stück vorangekommen ist.

Goldene Hochzeit mit besonderer Ehrung



Für langjährige verdienstvolle ehrenamtliche Mitarbeit hatte der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Oberstadtdirektor Kuhn, dem 73jährigen

Gerhard Gerlach (Rendsburg) die BVS-Ehrendienst verliehen. Diese Auszeichnung mit Urkunde wurde ihm am Tage seiner Goldenen Hochzeit vom Ausbildungsleiter der BVS-Landesstelle, Willi Heinitz, überreicht. Schon von jeher war der Gedanke des Schutzes für das Denken und Handeln von Gerhard Gerlach wesentlich mitbestimmend. So trat er im Jahre 1936 in den RLB ein und war an seiner Arbeitsstätte als Betriebsschutzleiter eingesetzt. 1960 stellte sich Gerlach der BLSV-Kreisstelle Rendsburg zur Verfügung und wurde mit der Funktion eines Teilabschnittsstellenleiters beauftragt. Später arbeitete er im Rahmen der BLSV-Kreis- und späteren BVS-Dienststelle Rendsburg als Sachbearbeiter, Aufklärungs- und Ausbildungshelfer und schließlich als Berater. Nach der Neugliederung der BVS-Dienststellenbereiche in Schleswig-Holstein hat sich Gerlach auch weiterhin im großen Rahmen der BVS-Dienststelle Neumünster als Vertreter des Beauftragten in Rendsburg (Sitz der Kreisverwaltung) dem Verband zur Verfügung gestellt.

Sinnvolles Betätigungsfeld

Wenn ich nach fast zehnjähriger Tätigkeit im BVS bzw. BLSV meinen Werdegang in diesem Verband aufzeichne, so geschieht dies, um Frauen und Mädchen, die nach einer sinnvollen und interessanten Tätigkeit suchen, einen Hinweis darauf zu geben, welche Möglichkeiten sich ihnen als ehrenamtlicher Mitarbeiterin im BVS bieten. Dieser Artikel könnte deshalb auch von einer anderen Mitarbeiterin geschrieben worden sein. Es begann damit, daß ich bei einem Besuch der Ausstellung „Du und Deine Welt“ auf den BVS aufmerksam wurde. Da ich kurz zuvor einen Kursus als Schwesternhelferin beim DRK absolviert hatte und nach näherer Information von der Notwendigkeit einer derartigen Einrichtung wie dem BVS überzeugt war, bewarb ich mich um eine ehrenamtliche Mitarbeit in diesem Verband. Nicht ohne Einfluß auf diesen Entschluß waren die weltpolitische Situation und die Flutkatastrophe in Norddeutschland.

Durch die Teilnahme an einem Informationslehrgang für Frauensachbearbeiterinnen wurde ich in meiner Ansicht noch bestärkt, wie wichtig die Mitarbeit der Frau in diesem Verband ist, zumal in Krisensituationen die Frau die Hauptlast für das Wohl der Familie zu tragen hat.

Neben der Betreuung der Helferinnen innerhalb des Verbandes war ich zunächst bestrebt, mir in aufbauenden Lehrgängen und in Informationstagen das nötige Rüstzeug zu erwerben, um mein Aufgabengebiet dahingehend zu erweitern, selbst Aufklärungsveranstaltungen bei anderen Verbänden und Vereinigungen sowie Werbeveranstaltungen für die Bevölkerung durchzuführen.

Dadurch nahm meine Tätigkeit einen immer größeren Umfang an, zumal im Bereich der Landesstelle Hamburg den Helfern des BVS auch die Sicherung der Deiche übertragen wurde. Innerhalb dieser Aufgabe übernahm ich auf Anregung des Leiters der Dienststelle Harburg, Balfanz, bei Einsätzen der Deichwacht das Funksprechgerät und zeitweise die Versorgung der Helfer mit Verpflegung.

Bei solch vielschichtigen Aufgaben, mit denen ich während dieser Zeit in Berührung kam, lag es nahe, die Lehrberechtigung und die Bestätigung als Rednerin anzusteuern. Hierdurch eröffnete sich mir die Möglichkeit, auch in der Ausbildung mitzuarbeiten. Theoretisch war meine Ausbildung durch den Erwerb der Lehrberechtigung und die Bestätigung als Rednerin abgeschlossen. Ich sehe es jedoch weiterhin als wesentlich an, durch Teilnahme an Wiederholungslehrgängen und Tagungen meine Kenntnisse zu entwickeln und zu festigen.

Wenn ich zurückblicke, komme ich zu folgender Erkenntnis: Zu Anfang meiner Tätigkeit war die Mitarbeit der Frau begrenzt. Im Laufe der Jahre jedoch hat sich infolge des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes die Aufgabe des BVS und damit auch die Möglichkeit der Frauenarbeit wesentlich erweitert. Selbstverständlich gibt es besondere Gebiete, auf denen zweckmäßigerweise Frauen eingesetzt werden sollten, z. B. bei Frauenverbänden oder in Kreisen, in denen überwiegend Frauen unter den Zuhörern sind. Inzwischen haben sich viele Frauen und Mädchen von der reinen Betreuungsfunktion gelöst und sind als Beraterinnen, Rednerinnen und Selbstschutzlehrerinnen tätig. Abschließend kann ich feststellen, daß mir die Arbeit im Bundesverband für den Selbstschutz sehr große Freude und — aufgrund der Notwendigkeit — auch Genugtuung gegeben hat. Deshalb halte ich nach wie vor die Mitarbeit der Frau in diesem Verband für ein sinnvolles Betätigungsfeld, das neben dem hausfraulichen Alltag einen interessanten und vielseitigen Ausgleich bietet.

Helmi Umlandt

Besuch aus Chile

Im vergangenen Monat war für die Dienststelle Hamburg-Mitte neben der Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung von Se-Grundlehrgängen die



Oberstleutnant Rodriguez als interessierter Zuschauer der Übung. Rechts: Hauptmann Potzuhn; links: BVS-Dienststellenleiter Bonny.

Se-Fachausbildung bei der Panzergrenadier-Brigade 17 Schwerpunkt der Ausbildung.

Bei strahlendem Sonnenschein wurden die Soldaten des Bataillons 173 an den Brandschutzgeräten, insbesondere an der TS 8/8, die bei der Bundeswehr in Gebrauch ist, an der TS 2/5 und an Klein- und Pulverlöschgeräten ausgebildet.

Neben der Brandschutzausbildung wurden die Soldaten nach dem Motto „Menschenrettung geht vor Brandbekämpfung“ auch in die Arbeit der Bergungsgruppe eingewiesen. Hierbei wurde besonderer Wert auf das Bergen von Personen aus großer Höhe gelegt. Für diesen Zweck wurde von den Soldaten eine Übungspuppe mit beweglichen Armen und Beinen gebastelt.

Besonderen Anklang fand die Tatsache, daß man auf dem Übungsgelände des BVS unter der Anleitung von BVS-Fachlehrern unter wirklichkeitsnahen Umständen üben konnte, was vorher theoretisch in der Kaserne gelehrt worden war. Die Ausbildung wurde durch eine gemeinsame Übung der Se-Kräfte abgeschlossen, in der die Zusammenarbeit von Brandschutz- und Bergungshelfern gezeigt wurde. Zunächst wurde ein Zimmerbrand mit der Kübelspritze angegriffen. Diese Soldaten wurden von der Löschgruppe (TS 2/5) abgelöst. Parallel dazu begann die Bergungsgruppe, einen Verletzten aus

großer Höhe zu bergen. Hierbei konnte die Wirkung der einzelnen Löscheräte, aber auch die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit demonstriert werden.

Kritische Beobachter der Übung waren ein Offizier der chilenischen Armee, Oberstleutnant Rodriguez, der z. Z. bei der Brigade zu Gast ist, sowie der Technische Offizier des Bataillons 173, Hauptmann Potzuhn. Dienststellenleiter Bonny erläuterte den Gästen die Anlage und erklärte den Übungsablauf.

OTL Rodriguez, der selbst aus einem erdbebengefährdeten Gebiet kommt, interessierte sich besonders für den Aufbau und die Ausstattung des Zivilschutzes in der BRD. Er fand viele Worte des Lobes für die gute und wirklichkeitsnahe Übungsanlage mit ihren vielseitigen Möglichkeiten zur Ausbildung. Auch mit Worten der Anerkennung für die gezeigten Leistungen der Soldaten sparte er nicht. Im abschließenden Gespräch wurden die Probleme des Katastrophenschutzes eingehend besprochen.

Unvergessen

Am 30. August verstarb unerwartet unser Freund Claus Witt. Es gibt in Wilhelmsburg kaum jemand, dem dieser Name unbekannt wäre. Ein Mann, der sein ganzes Leben in den Dienst der Gemeinschaft gestellt hatte, trotz seines anstrengenden Berufes.

Claus Witt war ein Mann, dem die Jugend sehr am Herzen lag. Er war ein großer Förderer des Verbandes und der von unseren Helfern freiwillig übernommenen Aufgaben in der Deichverteidigung. Am 17. 2. 1962 selbst von der Sturmflut schwer getroffen, wußte er um den hohen Wert des Einsatzes dieser jungen Menschen.

Er liebte auch die Musik. Ihm ist es zu verdanken, daß Helferinnen und Helfer sich zu einem Spielmannszug unter dem Namen „Deichwacht Hamburg“ zusammenfinden konnten. Er war zu allen wie ein wahrer Freund. Wir werden ihn sehr vermissen!

*

Am 9. August verstarb nach langem, schwerem und mit großer Geduld

ertragenem Leiden Willy Schmoock im 77. Lebensjahr.

Für seine vorbildliche Tätigkeit als Ausbildungsleiter der Landesstelle Nordrhein/Westfalen im damaligen Bundesluftschutzverband war ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Willy Schmoock verlegte vor längeren Jahren seinen Wohnsitz nach Hamburg, um in der Nähe seines dort wohnenden Sohnes zu leben. Hier erklärte er sich sofort bereit, als ehrenamtlicher Helfer bei der BVS-Landesstelle Hamburg tätig zu sein und stellte sein vorzügliches Fachwissen und sein Können zur Verfügung. Für seine Treue und seine Hilfsbereitschaft sind wir ihm zu tiefem Dank verpflichtet.

Bei seiner Beisetzung, die am 16. 8. in Hannover stattfand, war die BVS-Landesstelle Hamburg durch den Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, K. H. Schuhmacher, einen langjährigen Freund des Verstorbenen, vertreten.

Wir werden Willy Schmoock stets in dankbarer Erinnerung behalten.
BVS-Landesstelle Hamburg

Bremen



Frauenarbeit im BVS

In einer Arbeitsgemeinschaft II 5 der Landesstelle in Bremen wurde Frau Margret Großkreuz als ehrenamtliche Fachbearbeiterin für Frauenarbeit der Dienststelle Bremerhaven eingeführt. Landesstellenleiter Umlauf ging in seiner Begrüßung auf die Situation der Öffentlichkeitsarbeit ein. Das 2. Halbjahr ist zur Schaffung neuer Verbindungen mit Vereinen, Organisationen, Kirchengemeinden beider Konfessionen sowie mit Frauenverbänden besonders geeignet. Das Fachgebiet II 5 ist selbständig und bietet die Möglichkeit, bei der Anknüpfung von Kontakten eigene Initiativen zu entwickeln, die jeweils mit der Landesstelle abgesprochen sein sollten.

Um auf lange Sicht wirken zu können, müssen mehr Frauen an die Idee des Selbstschutzes herangeführt werden; Frauen, die nach einer fachlichen Ausbildung vor der Bevölkerung sprechen

und auch diskutieren können. Hier liegt ein weites Arbeitsfeld. Eine echte Vorbereitung sind gut konzipierte Arbeitsgemeinschaften II 5, die so zu gestalten sind, daß Fragen und Themen, die sich bei Vorträgen in der Öffentlichkeit ergeben, diskutiert und beantwortet werden. Fachgebietsleiter Freese gab einen Überblick über die Mitarbeit der Frau in Verbänden und Organisationen. Rund 6 Millionen Frauen sind Mitglieder in Frauenverbänden oder in Frauengruppen gemischter Verbände. Dazu gehören die großen konfessionellen Verbände ebenso wie die Berufsverbände oder die weiblichen Gruppen in den Gewerkschaften. Ihre Aktivitäten erstrecken sich von speziellen Einsätzen über Beratungs- und Bildungsveranstaltungen bis hin zur großen Politik. So unterschiedlich die Frauenorganisationen und ihre über 90 angeschlossenen Verbände in Zielsetzung und Zusammensetzung auch sind, so vertreten sie in den

wichtigsten Bereichen doch die gleichen Prinzipien. Sie sind Partner in der Bewältigung der alle betreffenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, zu denen auf jeden Fall auch die zivile Verteidigung gehört, deren Grundlage der Selbstschutz bleibt. Frau Martha Werbelow (LFG II 5), BVS-Fachlehrerin und Rednerin, schildert aufgrund ihrer langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit im BVS die Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (hier insbesondere Frauenorganisationen). Durch ihre Gespräche und Besuche in Hausfrauenorganisationen und -verbänden wurde Frau Werbelow zu einer Veranstaltung mit den Delegierten von 24 Frauenverbänden eingeladen. Somit besteht erstmals die Aussicht, mit den Bremer Frauenverbänden Kontakt aufzunehmen und dort im Winter bzw. im 1. Halbjahr 1973 Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen.

Ein besonderer Gast in Voldagsen

Als Teilnehmerin an einem Seminar in der Landesschule Voldagsen äußerte Frau Christa Eberhardt aus Salzgitter-Lichtenberg den Wunsch, in



Ernst Bertram, der „Chronist“ der Landesschule, erläutert Frau Eberhardt die Sonnenuhr im Park.

ihrem Geburtszimmer zu übernachten. Die Dame kannte sich im ehemaligen Herrenhaus sehr gut aus, aber die begehrte Unterkunft konnte ihr nicht gewährt werden, denn der Raum war zum Hörsaal 2 umfunktioniert worden. Da man aber ahnte, daß sie als Tochter des früheren Pächters der Landwirtschaft des Rittergutes Voldagsen-Nordholz/Rimpau (1900—1914) aus der Vergangenheit berichten könnte, zitierte man den Chronisten der Landesschule, dem Frau Eberhardt viele Fotos zur Verfügung stellte, die Lücken in unserem Bildband geschlossen haben. Besondere Freude bereitete Frau Eberhardt die kurz vorher restaurierte Sonnenuhr, daher sei der Dame an dieser Stelle mit ihrem Konterfei gedankt.

Ausgeschieden

Heinrich Kutscher ist nach Erreichen der Altersgrenze aus dem hauptamtlichen Dienst ausgeschieden. Landesstellenleiter Walter Jörn verabschiedete ihn im Beisein der Bediensteten der Landesstelle und der Dienststelle Hannover und würdigte seine menschliche Art, seine gezeigte Einsatzbereitschaft und seine fachlichen Leistungen. Heinrich Kutscher stellte sich 1954 als

ehrenamtlicher Helfer zur Verfügung, wurde 1958 hauptamtlich in der Ausbildung und war seit Juli 1958 Ausbildungsleiter bei der Dienststelle Hannover. Er wird als ehrenamtlicher Se-Fachlehrer weiter zur Verfügung



Landesstellenleiter Jörn (r.) verabschiedet Heinrich Kutscher.

stehen. Dienststellenleiter Ruhe dankte Heinrich Kutscher bei einer Arbeitsgemeinschaft mit ehrenamtlichen Helfern für die gute Zusammenarbeit und die erfolgreiche Arbeit.

Kontra Feuersbrunst

Der „Brandstifter“ wartete auf ein Zeichen des Fotografen: „Ran!“ In

dickem Schwall ergoß sich ein Benzin/Ölgemisch auf ein kleines Flämmchen, das lustig zwischen Balken und Brettern züngelte, und sofort schoß eine gewaltige Stichflamme hoch. Der Auslöser klickte einmal, zweimal.



Ein „lohnendes Ziel“ für einen Löschangriff auf dem Übungsplatz.

Es gab eine Fülle von Fotomotiven bei dieser Übung auf dem Gelände des BVS in Salzgitter-Lebenstedt. Rettung bedrohter Menschenleben, die Bekämpfung eines Brandes aus vollen Wasserrohren, die Erstreckung von



Eine Situation, auf die Feldjäger vorbereitet sein müssen: Feuerlöscher gegen Autobrand und Bergen eines Verletzten.

Automotorbränden mit Löschpulver und schließlich der Einsatz von Schaumlöschmitteln standen auf dem Programm der umfangreichen Brandbekämpfung, die im Rahmen einer Unteroffiziersweiterbildung der Feldjäger-Ausbildungskompanie 441 Braunschweig durchgeführt wurde. BVS-Mitarbeiter hatten die Soldaten zunächst theoretisch über wirksamen Brandeinsatz aufgeklärt, ehe die Soldaten in Löschaktion treten durften. Das Ergebnis überraschte selbst die Fachleute vom Verband: „Die Soldaten waren so schnell beim Löschen, daß das Feuer nie eine Chance hatte.“ Lobte der Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle des BVS, Gerhard Kostrzewa, die Amateur-Feuerlöscher in Uniform: „Eine prächtige Truppe, die mit Herz und Seele bei der Sache ist.“ In regelmäßigen Abständen wurden bisher Ausbildungskurse durchgeführt. Die Feldjäger-Kompanie ist am 1. Oktober aufgelöst worden. Mit diesem Tag sind die Unteroffiziere in

die Feldjägerdienstkommandos versetzt. „Es kann nicht schaden“, so meint Hauptmann Lorenz, „wenn sie bis dahin noch eine Selbstschutz-ausbildung mitnahmen.“ Übrigens, Ausbilder und Feuerlösch-Lehrlinge verstanden sich in den Stunden des Kursus prächtig. So wurde der Abschluß der gelungenen Ausbildung gebührend gefeiert.

Information im Rathaus

Im Verwaltungsgebäude der Stadt Meppen stellte die BVS-Dienststelle an übersichtlicher Stelle einen Broschürenstand mit Selbstschutzinformationen aus. Das ständige Ergänzen der entnommenen Schriften beweist das ständige Interesse der Bevölkerung.



Aber nicht nur die Broschüren geben einen Überblick, sondern anschauliches Bildmaterial und Zeitungsausschnitte ergänzen die Bemühungen für die Aufklärung.

nordrhein~westfalen



BVS-Ausbildung findet Anerkennung

Der Verwaltungsleiter des St.-Elisabeth-Hospitals in Duisburg schickte an die BVS-Dienststelle nach einer Ausbildungsveranstaltung ein Dankeschreiben, in dem es u. a. heißt: „Die Art und Form der Durchführung wurde von unseren Teilnehmern als sehr wohltuend empfunden. Herr Bruns hat sich sehr viel Mühe gemacht, dieses an und für sich trockene Thema lebensnah und plastisch darzustellen. Wir sind der Überzeugung, daß unsere Teilnehmer ihr Wissen und Können auf diesem Gebiet ausgeweitet und vervollkommen haben.“

*

Auch in einem Schreiben der Stadtverwaltung findet die Ausbildungsarbeit besondere Anerkennung. In der Mitteilung an die Dienststellen heißt es: „Die von Ihnen durchgeführte Unter-

weisung der Angehörigen des Straßenverkehrsamtes in Selbst- und Nächstenhilfe sowie Lebensrettenden Sofortmaßnahmen war ein voller Erfolg und fand die ungeteilte Zustimmung aller Teilnehmer. Ich darf mich für Ihr freundliches Entgegenkommen und Ihre Mühewaltung recht herzlich bedanken. Ganz besonderen Dank möchte ich aber den beteiligten Herren des BVS aussprechen, die es ausgezeichnet verstanden haben, sowohl den praktischen als auch den theoretischen Lehrstoff in interessanter und verständlicher Form zu vermitteln.“

Rat und Verwaltung informiert

Unmittelbar nach Vorliegen der VwV-Selbstschutz hatte die Dienststelle Wuppertal mit dem Beauftragten des Oberstadtdirektors für Katastrophen- und Zivilschutz Kontakt

aufgenommen. Nach einer Besprechung mit den örtlichen Hilfsorganisationen, zu der auch der Dienststellenleiter und der zuständige Fachbearbeiter eingeladen wurden, kamen bei einer erneuten Zusammenkunft die Belange des Selbstschutzes zur Sprache.

In diesem Zusammenhang sei auch auf Anfragen an die Stadtverwaltung hingewiesen, die in einer Sitzung des Rates behandelt wurden. Die Anfragen waren von Fachbearbeiter Thierbach in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied gestellt worden. In Gesprächen mit Mitgliedern des Stadtrates über Zivilschutzmaßnahmen auf Gemeindeebene ergab sich, daß die meisten nicht ausreichend über die gesetzlichen Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten für den Katastrophenfall informiert waren. Da auch die Anfragen auf der Rats-sitzung aus zeitlichen Gründen nicht ausdiskutiert werden konnten, wurde vereinbart, dieses für die Gemeinde hochaktuelle Thema im Rahmen der

kommunalen Bezirksvertretungs-Sitzungen ausführlich zu behandeln. Inzwischen wurde das Thema „Katastrophenschutz-Auftrag an die Gemeinde“ in Sitzungen von acht Bezirksvertretungen vom BVS vorgetragen und diskutiert. Die Veranstaltungen fanden durchweg ein positives Echo, sowohl bei den Teilnehmern als auch in der Presse. Nach Auffassung der Dienststelle wird auf diese Weise den kommunalpolitisch engagierten Bürgern ein Problemkreis vorgetragen, der ihnen eine Stellungnahme abverlangt. Die Diskussionsbeiträge waren lebendig, kritisch — aber immer sachlich. Durch diese Vorträge soll in den politischen Gremien eine sachliche Information erreicht werden, um diese in die Lage zu versetzen — wenn erforderlich —, notwendige Entscheidungen im Rahmen des Zivilschutzes der Stadt zu treffen. Die Dienststelle ist der Überzeugung, daß der hier eingeschlagene Weg eine weitere Möglichkeit ist, unseren gesetzlichen Auftrag bei der Bevölkerung verständlicher zu machen. Die Unterrichtung des hier angesprochenen Kreises ist wertvoll, besonders unter der Berücksichtigung, daß in den Sitzungen der Bezirksvertretungen außer den stimmberechtigten Mitgliedern aus den drei im Rat vertretenen Parteien auch Vorstandsmitglieder von Vereinen und Verbänden, der Leiter der zuständigen Polizeidienststelle, Stadtverordnete sowie Beigeordnete als Vertreter des Oberstadtdirektors jeweils anwesend sind.

Im großen und ganzen waren alle einhellig der Meinung, daß die Klärung der Begriffsbestimmungen und die Erläuterung der Zusammenhänge aus dem Bereich der Zivilen Verteidigung notwendig und die Teilnahme an Selbstschutzlehrgängen (ggfs. Wiederholung) dringend erforderlich seien. So sind dann auch etwa 40 Teilnehmer bereit, einen Selbstschutzgrundlehrgang am Wohnort zu besuchen. Auch konnten dem Deutschen Roten Kreuz 8 und dem Technischen Hilfswerk 1 Teilnehmer namentlich als ernsthafte Interessenten gemeldet werden.

2.600. Teilnehmerin

Während des 150. Selbstschutzgrundlehrganges im Jahre 1972 zeichnete



Die 2600. Teilnehmerin, Angelika Benart, mit Oberamtsrat Hugot (l.) und BVS-Dienststellenleiter Janke.

die Dienststelle Aachen in der Mädchen-Realschule im Gillesbachtal die 2600. Teilnehmerin besonders aus. In Anwesenheit von Direktor Gerd Kalker wurde der 15jährigen Angelika Benart vom Dienststellenleiter Erich Janke ein Blumenstrauß überreicht. Von Oberamtsrat Josef Hugot, Leiter des Amtes für Zivilschutz, wurde ihr ein Bildband von Aachen übergeben.

Grubenwehren interessiert

Bei einer Mitte August von Dienststellenleiter Schlemminger und Fachbearbeiter Kunstler durchgeführten Informationsveranstaltung bei der Grubenwehr der Zeche Friedrich der Große in Herne war neben den Steigern auch Herr Nocke von der Hauptstelle für Grubenrettungswesen, Essen-Kray, zu Gast. Herr Nocke war von der Art und Durchführung unserer Unterrichtung in „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen“ im Rahmen der Selbstschutzgrundausbildung im März auf der Zeche Mont Cenis berichtet worden. Herr Nocke, der sich auch den Film „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“ angesehen hat, will dem Wehringenieur der Gruppe Herne-Recklinghausen, Herrn Schwalb, antragen, auch in anderen Städten den BVS für die Weiterbildung der Gruppenwehren heranzuziehen, da, wie er sagte, der BVS auf dem neuesten Stand in der Ausbildung steht.

Die Steigerung der Ausbildungsleistung in Aachen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres mit den wenigen Geräten war nur durch eine Halbjahresplanung und den unermüdlichen Einsatz der ehrenamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte der Dienststelle möglich. Im Bereich der Dienststelle Aachen, zu der auch der neugebildete Landkreis Aachen zählt, konnten außer den 150

Grundlehrgängen bisher 57 Informationsveranstaltungen mit 2082 Teilnehmern, 15 Fachlehrgänge (Brandenschutz, Bergung, Laienhilfe) mit 197 Teilnehmern und elf Übungen für Behördenselbstschutzkräfte mit 128 Teilnehmern durchgeführt werden. Für die Fachlehrgänge im Brandschutz und in der Bergung steht der Dienststelle in Alsdorf-Ofden ein Informations- und Ausbildungszentrum mit 4000 Quadratmetern Übungsgelände und allen erforderlichen Anlagen zur Verfügung.

Planung führt zum Erfolg

Seit Jahren erfolgt in den Abschlußklassen der Haupt- und Realschulen der Kreise Düren und ehemals Schleiden eine Information über den Selbst- und Katastrophenschutz. In den weiterführenden Gewerblichen und Kaufmännischen Schulen werden nach einigen Jahren ein Großteil der Teilnehmer erneut angesprochen. So kam es auch zu erneuten Vortrags Terminen in der Kreisberufsfachschule in Kall.

In Absprache zwischen den Dienststellen Euskirchen und Düren wurden die Vorträge in einem Zeitraum von knapp drei Wochen durchgeführt. Um nun den im Beruf stehenden jungen Menschen, die zum Teil vor ihrer Schulentlassung bereits an einem Selbstschutzgrundlehrgang teilgenommen hatten, einen entsprechenden Anreiz zum Besuch dieser Veranstaltungen zu bieten, wurden die Referate unter dem Leitgedanken „Zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ gehalten. Oberstudiendirektor Krämer, Leiter der Berufsbildenden Schulen in Kall, ist es zu verdanken, daß im o. a. Zeitraum insgesamt 786 (davon 348 weiblich) Schüler aus 42 Klassen jeweils 1 Doppelstunde an der Informationsreihe teilhaben konnten. Neben den Lehrkräften Fr. Minarek und Herrn Reinery hatte insbesondere Studiendirektor Glimpf maßgeblichen Anteil an der organisatorischen Abwicklung. Im Rahmen des Zeitplanes besonders zu begrüßen war diesmal die Regelung, daß die Vorträge im gleichen Raum durchgeführt werden konnten und dadurch der ständige Auf- und Abbau und der Transport der Geräte unterblieb.

Fahrbare Ausstellung



Im Rahmen der Neuordnung der Fahrbaren Aufklärungseinrichtungen und der zu erwartenden Schaffung einer neuen ZS-mot. ist die Fahrbare Ausstellung als früherer Bestandteil der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle Nord nach Niedersachsen verlegt worden. Die Landesstelle bedauert die notwendig gewordene Veränderung, war doch die Fahrbare Ausstellung bei ihrem Einsatz auf öffentlichen Plätzen immer ein recht werbewirksamer Anziehungspunkt und von den Behörden bei Zivilschutztagungen als willkommenes Informationszentrum geschätzt.

84 Schüler informiert

Eine Woche hindurch war der BVS Gast an der Realschule an der Bismarckstraße in Herne. Auch diese Schule ist dazu übergegangen, ihre Abgangsklassen in der Selbstschutzgrundausbildung unterweisen zu lassen. Es konnten 84 Mädchen und Jungen über Gefahren und Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Maßnahmen im Selbst- und Katastrophenschutz informiert werden.

Geschlossen im Ziel

Die Anregung des Dienststellenleiters, am „Volkslauf der Stadt Herne“ teilzunehmen, wurde von allen Anwesenden begeistert aufgenommen. So gingen wir mit 27 Helfern und Helferinnen an den Start. Die jüngste Teilnehmerin war 16 Jahre und der älteste Teilnehmer, unser BVS-Fachlehrer Richard Opitz, 72 Jahre alt. Da wir die größte geschlossene Gruppe waren, wurden wir von der Ansage entsprechend gewürdigt. Der 10-km-Marsch, der zu 70 Prozent durch Waldgelände führte, wurde in 100 Minuten bewältigt. Sicher hätten viele

von uns noch eine bessere Leistung erzielt; doch wir hatten uns fest vorgenommen, gemeinsam die Ziellinie zu passieren und so unsere Geschlossenheit zu demonstrieren. Dies wurde von den Zuschauern mit Beifall honoriert.

Aufgrund ihres korrekten Auftretens und des geschlossenen Einmarsches ins Ziel erhielten alle 27 Teilnehmer die „Silbermedaille mit Goldrand“.

Dienststellen berichten

Eine Ehrenurkunde für seine zehnjährige Arbeit im Bundesverband für den Selbstschutz überreichte Stadtdirektor Gleisner an Günther Pälchen, Mitarbeiter der Dienststelle Bergkamen.

✱

Über das Thema „Schach der Gleichgültigkeit — Minuten können entscheiden!“ sprach die Beauftragte für Frauenarbeit, Frau Darimont, auf einer gut besuchten Vortragsveranstaltung des Deutschen Hausfrauenbundes in Neheim-Hüsten. 24 der anwesenden Damen erklärten sich bereit, an einem Selbstschutzgrundlehrgang teilzunehmen.

Regierungspräsident empfiehlt Information

Im amtlichen Schulblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg empfiehlt der Regierungspräsident Vortragsveranstaltungen über den Zivilschutz/Selbstschutz an Haupt-, Real-, Berufs- und Berufsfachschulen.

In der Empfehlung heißt es:

„Der Bundesverband für den Selbstschutz hat den gesetzlichen Auftrag, alle Bundesbürger über die Zivilverteidigung im allgemeinen und den Selbstschutz im besonderen zu informieren und beim Aufbau des Selbstschutzes in den Gemeinden, Betrieben und Behörden sowie Institutionen mitzuwirken.“

Im Rahmen dieser Aufgabe beabsichtigt der Bundesverband für den Selbstschutz, die Schüler und Schülerinnen durch Fachvorträge und Filme zu informieren. Er hat an mich die Bitte gerichtet, ihn dabei zu unter-

stützen. Ich habe keine Bedenken, wenn die Veranstaltungen — in erster Linie für die Schüler und Schülerinnen der Abschlußklassen — durchgeführt werden.

Der Bundesverband für den Selbstschutz wurde von mir entsprechend unterrichtet und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die zeitliche und organisatorische Durchführung der Informationen mit den Schulleiterinnen bzw. Schulleitern abgesprochen werden muß. Ich bitte, von dem Angebot des Bundesverbandes für den Selbstschutz Gebrauch zu machen.“

Persönliches

Oberbergrat a. D. Rudolf Müller, Mitarbeiter der Dienststelle Bocholt, vollendete sein 70. Lebensjahr. Seine ehrenamtliche Tätigkeit findet in der Öffentlichkeitsarbeit — besonders an Schulen — uneingeschränkte Anerkennung.

Willy Schmooch †



Am 9. August, bald nach Vollendung seines 76. Lebensjahres, ging Willy Schmooch, erster und langjähriger Leiter des Fachgebietes „Ausbildung“ an der Landesstelle NW,

von uns. Für seine erfolgreiche Mitarbeit wurde ihm, der 1953 zu unserem Verband kam, 1962 die Ehrennadel verliehen. Am Tage seines Ausscheidens aus den Diensten des BVS 1963 wurde Willy Schmooch mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Treue Pflichterfüllung und härteste Anforderungen gegenüber sich selbst kennzeichneten die Grundeinstellung des Verstorbenen, der wegen seines Könnens, seiner Toleranz und seiner kameradschaftlichen Art von allen Mitarbeitern geschätzt und geachtet wurde. Auf seinem Weg zur letzten Ruhe begleiteten ihn langjährige Mitarbeiter aus NRW, aus der Bundeshauptstelle und der Landesstelle Hamburg.

Erfahrungen mit Rettungshunden

Die Dienststelle Wiesbaden begann im Jahre 1969 mit der Ausbildung von Rettungshunden. Nachdem die Hunde auf der Regionalschule in Birkenfeld die Prüfung bestanden hatten, wurden sie dem Katastrophenschutz der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Hundeführer schlossen sich der Feuerwehr an. Dort haben sie Trainingsmöglichkeiten, außerdem wurden sie im Brandschutz ausgebildet. Damit war hinsichtlich Alarmierung und Einsatz ein optimaler Effekt möglich.

Zwei der Hunde und ihre Führer hatten bald einen schweren Einsatz zu bestehen. Bei einem Großbrand in einem Werk in Wiesbaden-Kostheim stürzte eine Halle ein und begrub mehrere Feuerwehrmänner unter sich. Einige konnten sich selbst befreien, andere wurden in mühsamer Arbeit von Kameraden geborgen. Zwei Feuerwehrleute blieben vermißt. Man setzte nun zwei Rettungstaffeln ein, die an eine Stelle, an der keiner die Vermißten vermutete, verwiesen. Bergungsmannschaften bargen dort einen toten Feuerwehrmann, den man an anderer Stelle gesucht hatte.

Auf der Suche nach dem zweiten Vermißten mußten Hund und Führer in einsturzgefährdetem Gebiet arbeiten. Die Vertrümmerung war so stark und bizarr, daß Führer und Rettungshund nur geringen Abstand haben durften, denn oft mußte der Führer dem Hund bei der Besteigung von Trümmerteilen helfen oder ihn vor Gefahren schützen.

Wo die Hunde nicht verwiesen hatten, wurden die Räumarbeiten an diesen Stellen mit schwerem Gerät fortgesetzt, um für die Hunde neue Ansatzmöglichkeiten zu schaffen. Während die Rettungshunde arbeiteten, gingen die Lösch- und Räumarbeiten weiter. Die immer wieder unter den Trümmern neu aufflackernden Brände und die wegen der brennenden Kunststoffe starke Rauch- und Geruchsentwicklung erschwerten ihnen die Arbeit. Trotz dieser

Schwierigkeiten waren sie immer wieder bereit, in das Chaos erneut vorzudringen. Unter einer starken Betonplatte wurde dank ihrer Hilfe auch der zweite tote Feuerwehrmann geborgen.

Dieser Einsatz fand unter extrem schwierigen Bedingungen statt. Es war gut, daß es sich bei den Hundeführern um ausgebildete Feuerwehrleute handelte, die einen Blick für die Gefahren einer Brandstätte hatten. Die beiden Hunde, temperamentvolle eifrige Sucher, die ihren Instinkt für die Gefahr bewahrt hatten, krochen in manche Löcher freiwillig, um Witterung zu nehmen, andere dagegen mieden sie wegen Einsturzgefahr. An manchen Wänden gingen sie nicht vorbei, wenig später stürzten diese ein. Da der Einstieg in die Trümmer gefährlich war, wurden die Hunde zeitweise angeleint.

Beide Hunde — Rüden, die sich sonst feindlich gesinnt sind — vergaßen dies im Eifer des Suchens. Eine Beobachtung, die man nicht bedenkenlos auf andere Fälle übertragen sollte. Die beiden scharf ausgebildeten Schutzhunde (SchH III) ließen sich von ihnen fremden Feuerwehrmännern über Trümmer heben, ein Zeichen für ihr gutes „Wesen“. Zwei Rettungshunde einer anderen Einheit waren der Situation wesensmäßig nicht gewachsen und konnten daher nicht eingesetzt werden. Bei der Prüfung der Hunde sollte diesem Faktor höchste Bedeutung zugemessen werden. Der wesensstarke und gut ausgebildete Rettungshund kann auch bei Bränden eingesetzt werden. Man braucht nicht zu warten, bis alles gelöscht ist.

Beide Hunde sind auch ausgebildete Fährtenhunde, die den Unterschied zwischen Fährten- und Sucharbeit kennen. Die Beherrschung der einen Disziplin schließt die andere nicht aus. Wichtig ist nur, daß beides wechselseitig ständig mit dem Hund geübt wird. Von Bedeutung ist auch ihr Einsatz bei der Freierklärung eines abgesuchten Gebietes, damit die Arbeit durch schweres Räumgerät beschleunigt werden kann. Auch wenn man noch so gute Rettungshunde

einsetzt, so sollte immer eine Stelle aus Kontrollgründen von einem zweiten Hund abgesucht werden.

Möbelschau in Kelkheim

Die traditionelle Möbelausstellung führt alljährlich zahlreiche Besucher nach Kelkheim im Taunus. In diesem Jahr waren es rund 50 000 Gäste. Während der Ausstellungswoche hatte auch die Dienststelle Kelkheim des BVS im Schulpavillon neben der Stadthalle und damit in unmittelbarer Nähe der Gewerbeausstellung einen Stand aufgebaut, an dem die Besucher über die BVS-Arbeit informiert wurden. Das Ausstellungsmaterial führte den Besuchern die Dringlichkeit der Selbstschutzmaßnahmen vor Augen. Heinrich Beul vom BVS beantwortete unermüdlich viele gestellte Fragen bezüglich Schutzraumbau, Notgepäck, Verbandkasten, Lebensmittelbevorratung und wies auf die Ausbildungsmöglichkeiten im Selbstschutz hin.

BVS beim Rosenfest

In der Wetterau-Gemeinde Steinfurth wird alljährlich das Rosenfest gefeiert. Damit verbunden ist eine viertägige Ausstellung, auf der Firmen aller Branchen ihre Erzeugnisse zeigen. Auch die Dienststelle Friedberg war mit einem 30 qm großen Ausstellungsstand „Selbstschutz-Informationen“ vertreten.

Beim Rundgang der Ehrengäste konnten Landesstellenleiter Heldmann und Dienststellenleiter Wagner Staatssekretär Wicke begrüßen, der im Auftrag des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt. Dr. Walter Best, die Ausstellung eröffnete, ebenso den Kreistagsabgeordneten Jung und den Bürgermeister von Steinfurth, Dönges. Auch die Steinfurthener Rosenkönigin mit ihren beiden Pagen ließ sich, sehr zur Freude der BVS-Helfer, am BVS-Stand über Selbstschutzfragen unterrichten. An den vier Ausstellungstagen zählte man am BVS-Stand 5346 Besucher. 57 Einzelberatungen wurden durchgeführt.

Vortrag für Siedler

Die Frauengruppe der „Gemeinschaft der Siedler und Eigenheimer am Hasensteig“ bei Zweibrücken hatte sich zu einem Vortragsabend in der Gaststätte Waibel eingefunden. Die Zusammenkunft stand ganz im Zeichen des Selbstschutzes.

BVS-Mitarbeiterin Frau Schmidt von der Dienststelle Zweibrücken referierte über diese wichtige Einrichtung des Zivilschutzes. Ihre Ausführungen fanden sehr großes Interesse. Es wurde die Durchführung einer Selbstschutzgrundausbildung vorgesehen. Frauengruppenleiterin Frau Hofer gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich recht viele Frauen beteiligen mögen.

Paula Heller im Ruhestand

Ende Juni ist Frau Paula Heller, Schreibkraft der BVS-Dienststelle



Dienststellenleiter Schnur verabschiedet langjährige Mitarbeiterin.

Ludwigshafen, mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand gegangen. Seit dem 1. Juni 1954 war Frau Heller, eine geborene Ludwigshafenerin, hauptamtlich Mitarbeiterin im BVS. Ihre ersten Erfahrungen für die Tätigkeit in unserem Verband sammelte sie beim damaligen RLB. In einer internen Feierstunde verabschiedete

Dienststellenleiter Werner Schnur seine langjährige Mitarbeiterin. Ihre aufopfernde und bescheidene Art sei es gewesen, die ihr Beachtung und Anerkennung der ehrenamtlichen Helfer und aller Kolleginnen und Kollegen eingebracht habe.

Selbstschutzberater ernannt

Die Gemeinden sind verpflichtet, einen Selbstschutzberater zu benennen, der die Gemeindeverwaltung in Selbstschutzfragen beraten und unterstützen soll, erklärte Bürgermeister Maximini in einer Ratssitzung der Gemeinde Trassem (Landkreis Trier-Saarburg). Auf seinen Vorschlag ernannte der Gemeinderat den ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Trier, Werner Steinmatz (Trassem), einstimmig zum Selbstschutzberater der Gemeinde.

Fünf Jahre Fahrbare Ausbildungsstelle

In diesen Tagen kann die Fahrbare Ausbildungsstelle der Dienststelle Neunkirchen auf eine erfolgreiche fünfjährige Tätigkeit zurückblicken. Die Dienststelle unter der Leitung von Karl Petri ist zuständig für die Kreise Ottweiler und St. Wendel. Die Fahrbare Ausbildungsstelle ist mit BVS-Fachlehrer Heinz Ranft und BVS-Lehrer Alex Appel besetzt. Insgesamt haben die beiden in diesen fünf Jahren 526 Grundausbildungslehrgänge zu je 12 Stunden an 14 543 Einwohner der Kreise Ottweiler und St. Wendel vermittelt. Hinzu kommen 53 fachliche Unterweisungen und Arbeitsgemeinschaften, an denen 2 334 Personen teilgenommen haben. Aufklärungsveranstaltungen dienen dazu, Ratsuchenden zu zeigen, wie bestimmte Schutzmöglichkeiten verwirklicht werden können. Besondere Bedeutung kommt hier dem baulichen Selbstschutz zu. An



Im praktischen Unterricht: BVS-Fachlehrer Ranft (l., knieend) und BVS-Lehrer Appel (r.).

8 Aufklärungsveranstaltungen haben 343 Besucher teilgenommen. In erster Linie war die Fahrbare Ausbildungs-

stelle in den Haupt- und Berufsschulen und in den höheren Schulen eingesetzt. Auch in den kreiseigenen Lehrwerkstätten in Freisen und Tholy und in Frauenfachschulen sowie Hauswirtschaftsschulen wurden Grundlehrgänge durchgeführt. Ebenso waren Bedienstete von Behörden, von Amtsverwaltungen, Finanzämtern, Landratsämtern sowie Angehörige der Bundeswehr- Standortverwaltung in St. Wendel Teilnehmer an den Schulungen. Weitere Lehrgänge wurden durchgeführt für Angehörige der Feuerwehr und der Jugendwehr. Selbst in einem Zeltlager in Gronig und vier Wochen in der Jugendstrafanstalt Ottweiler war die Fahrbare Ausbildungsstelle zu Gast. In beiden Landkreisen haben die Ausbilder der Dienststelle Neunkirchen von den Landräten, den Amtsvorstehern und den Bürgermeistern verständnisvolle Unterstützung und die notwendige personelle Hilfe gefunden.

BVS informierte Hausfrauenbund

Über 30 Damen, Ortsvorsitzende des Deutschen Hausfrauenbundes (DHB) und des Clubs junger Hausfrauen aus Württemberg, begrüßte unlängst in Stuttgart deren Landesvorsitzende Hanna Vietzen zu Beginn einer von der BVS-Landesstelle ausgerichteten Informationstagung. Obwohl die Veranstaltung das wenig attraktive Thema „Menschen zwischen Fortschritt und Gefahren“ behandeln sollte, waren doch alle Ortsverbände zu früher Stunde vertreten; eine Tatsache, die Frau Vietzen bei ihren Grußworten besonders hervorhob. Die bekannte Parlamentarierin und Frauenvertreterin dankte dem BVS für die Initiative, Frauen mit den umweltbedingten Gefahren unserer Zeit zu konfrontieren, um ihnen richtig angewandte Selbsthilfe und mögliche Vorsorge deutlich zu machen. Landesstellenleiter Görnemann dankte den Damen dafür, sich der nicht angenehmen Thematik zu stellen, und gab einen kurzen Überblick über die Aufgabenstellung des BVS. Mit einem Einführungsreferat leitete die Beauftragte für Frauenarbeit, Frau Darimont, die Damen hin zum Thema der Tagung, der Selbsthilfe. Am Beispiel allgemein bekannt gewordener Unfälle und Katastrophen schilderte Frau Darimont alltäglich gewordene Gefahren, wies auf deren Folgen und auf die Möglichkeiten ihrer Abwehr und Milderung hin. Ihren sehr plastischen Ausführungen folgten die Teilnehmerinnen mit gespannter Aufmerksamkeit und stellten spontan eine Reihe von Fragen. Ungeschminkt stellte die Vortragende die Gefahren eines immer noch im Bereich des Möglichen liegenden Krieges dar und betonte dabei die Aufgabe der Frau und Mutter, auf der sicherlich eine ganz erhebliche Last liegen würde. Erstaunlich war die Reaktion der Zuhörerinnen, die weitergehende Informationen in der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion, die sich auch während des Mittagessens fortsetzte, forderten. Der Nachmittag war den Vorträgen „Selbsthilfe im Haushalt“ und „Übersicht über die Selbstschutzgrundausbildung“, hier vornehmlich den Sofortmaßnahmen am Unfallort, vorbehalten. Der Referent, Herr

Haertel, konnte den Damen den Wert der Selbsthilfe so anschaulich schildern, daß am Ende zwei weitere Veranstaltungen vereinbart werden konnten. Wie sagte doch Hanna Vietzen in ihrem Schlußwort: „Herr Haertel verstand, mal scharf gewürzt, mal süß gezuckert, unser Interesse und Verständnis zu wecken.“ An den Film „Und wer hilft dann?“ schloß sich nochmals eine sehr lebhaft Diskussions an. Diese Veranstaltung kann als Erfolg verbucht werden, zu dessen Gelingen die Geschäftsführerin des Landesverbandes des DHB Württemberg, Frau Meng, durch ihre große Mühewaltung beim Zustandekommen beigetragen hat.

Bericht aus Pforzheim

„Ich darf anerkennend feststellen, daß im zurückliegenden Jahr das Verständnis und das Interesse der Bevölkerung für die Belange des Selbstschutzes zugenommen hat. Die Dienststelle Pforzheim konnte sich über Unterstützung und Bereitschaft zur Mitarbeit wirklich nicht beklagen.“ Dies sagte Dienststellenleiter Hans Fränkle bei einem Gespräch anläßlich der Herausgabe des Leistungsberichtes 1971. Hans Fränkle dankte der Stadtverwaltung und dem Landratsamt, den Gemeinden, Behörden und Schulen sowie den Firmen für die jederzeit gewährte Hilfe. Er dankte besonders seinen engsten Mitarbeitern sowie den Helferinnen und Helfern, die in den drei Selbstschutzzügen tätig sind. Dabei wies er darauf hin, daß regelmäßige Grund- und Ergänzungslehrgänge sowie Fachlehrgänge stattfinden, die kostenlos besucht werden können. 1971 fanden insgesamt 51 Aufklärungsveranstaltungen statt, die von 1296 Personen besucht wurden. 70 Lehrgänge der Selbstschutzgrundausbildung mit rund 1050 Personen wurden durchgeführt. An

zwei Ergänzungslehrgängen nahmen 28 Personen teil. Weiter wurden elf Fachlehrgänge in Brandschutz, Rettung, Laienhilfe und Betriebs-selbstschutz organisiert, die 90 Teilnehmer hatten. Einen breiten Raum nahmen die fachlichen Unterrichtungen mit 33 Veranstaltungen und 646 Teilnehmern ein. Schließlich wurden acht Arbeitsgemeinschaften mit 104 Teilnehmern abgehalten. Alles zusammen ergibt dies 174 Veranstaltungen mit rund 3200 Personen.

Rettungshunde ausgebildet

Auf Anregung des BVS Heilbronn beteiligten sich von der „Ortsgruppe Bad Friedrichshall im Verein für Deutsche Schäferhunde“ erstmals auch vier Hundeführer mit ihren Hunden an einem Fachlehrgang für Rettungshunde mit abschließender Vorprüfung in Aschaffenburg. Insgesamt 13 Hundeführer mit zehn Schäfer-, zwei Boxer- und einem Hovawarhund wurden dabei in einem gründlichen und vielseitigen Kurs praktisch und theoretisch ausgebildet. Die wertvollen Tiere mußten auf einem großen Trümmerfeld unter katastrophenhähnlichen Bedingungen bei Feuer und starker Rauchentwicklung einige verschüttete Menschen aufspüren. Nach arbeitsreichen Übungstagen ging bei der abschließenden Vorprüfung Herbert Krach, Offenau, mit seinem Schäferhund „Bodo“ als bester Lehrgangsteilnehmer hervor. Den zweiten Platz belegte Heinz Beier, Bad Friedrichshall, mit seiner Schäferhündin „Sala vom Haus Vogelmann“, Drittbester wurde Eugen Bopp, Bad Friedrichshall, mit seinem Schäferhund „Carlo aus dem Nibelungenland“. Erfreulich ist auch die gute Leistung von Gerhard Zauner, Bad Friedrichshall, der mit seinem Boxerrüden „Dirk vom Stufenberg“ den fünften Platz erreichte. Bei der Siegerehrung zeigte sich Lehrgangsleiter Mußgiller erfreut über die guten Ergebnisse.

Lehrgangsteilnehmer Heinz Beier dankte im Namen aller Teilnehmer dem Richter Mußgiller, dem Leiter der Dienststelle Aschaffenburg, Sommer, und seinen Mitarbeitern sowie den Helfern für die gute Betreuung während dieser Tage in Aschaffenburg. Die beim Bundesverband für den Selbstschutz registrierten Hunde müssen nun den Vorschriften entsprechend innerhalb von zwei Jahren ihre Abschlußprüfung ablegen.

Jetzt zentral gelegen

Wenn eine Dienststelle — wie Mannheim — nicht im Ortsmittelpunkt ihren Sitz haben kann, wird es immer problematisch sein, die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer zu Arbeitsgemeinschaften heranzuziehen, weil sie Anmarschwege von 10 km und mehr haben. Bleibt der Weg in die Schulen. Wer aber zwängt sich gerne in Schulbänke? Ob in einer Wirtschaft der Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ auch im Vordergrund steht, könnte hie und da zu bezweifeln sein.

Der Weg wurde gefunden. Unser Branddirektor ist nicht nur Kommandant, sondern Helfer und Gönner. Was lag also näher, ihn zu bitten, ob nicht in seinem Bereich die Möglichkeit für unsere Zusammenkünfte besteht. Er bot uns die Hauptfeuerwehrwache am alten Meßplatz an. Sie liegt zentral, dort sind Parkplätze vorhanden, dort ist eine Haltestelle der Straßenbahn, dort sind auch die Räumlichkeiten, um ungestört der Arbeit nachgehen zu können. So haben wir nun eine zentrale Stelle, wo wir zusammenkommen können, zum anderen sind wir im Kreise derer, die ebenfalls Zivilschutz betreiben. Dafür unserem Mannheimer Branddirektor nochmals herzlichen Dank.

Im Berchtesgadener Land

Die Dienststelle Friedrichshafen führte eine zweitägige Reise ins Berchtesgadener Land. Angeschlossen hatten sich einige Angehörige der Johanniter Unfall-Hilfe und der Landjugend Tannau. In einem vom Kirchenchor St. Nikolaus gemieteten Sonderwagen der Deutschen

Bundesbahn begann die große Fahrt Samstagmorgen. In Freilassing standen Busse bereit. Hier stieg auch unser Reisebegleiter zu.

Salzburg war das erste „Etappenziel“. Nach dem Essen unternahm die Reisegruppe im berühmten „Schnürlregen“ eine Stadtbesichtigung. Mit mannigfaltigen Eindrücken brachte der Bus die Reisenden dann zum Schloß Hellbrunn. Kaum einer der Teilnehmer kam trocken aus den Parkanlagen mit den „Wasserspielen“. Über den Obersalzberg fuhren die BVS-Mitarbeiter ins Quartier nach Ramsau. Nach dem Abendessen führte eine heimische Trachtengruppe einen „Heimatabend“ durch. So fand der erste Tag einen schönen Abschluß. Nach einem dreiviertelstündigen Spaziergang an einem wildromantischen Fluß entlang kam die Gruppe am nächsten Tag zum Hintersee, der auch im Sommer keine Badetemperatur erreicht. Nach einer schnellen Busfahrt erreichte man den Königsee. Vom „Malerwinkel“ aus hat man einen herrlichen Blick über den See mit St. Bartholomä. Zum Mittagessen traf man sich wieder im Alpenhof in Ramsau. Damit war der schönste Teil der Reise abgeschlossen, denn nun begann schon wieder die Rückfahrt. In Freilassing trafen wir auch wieder die Mitglieder des Kirchenchors St. Nikolaus.

Interesse steigt

Dank guter Vorarbeit ehrenamtlicher Auftraggeber und Mitarbeiter gelang es, bei den Hundesport- und Hundezüchter-Vereinigungen auf dem Rohrhof und in Hockenheim in mehreren Vorträgen das Interesse für die Rettungshunde-Ausbildung zu wecken. Den vorgetragenen Informationen folgten langandauernde Diskussionen.

Daß die steuerliche Behandlung von Rettungshunden große Bedeutung hat, ist eine bekannte Tatsache. Hier wird es aber möglich sein, mit dem örtlichen Steueramt ein Übereinkommen zu erzielen. Das Gesetz über die Hundesteuer von Baden-Württemberg vom 25. Mai 1965 (Fassung 6. April 1970) verlangt den Nachweis oder die Feststellung, daß der Hund für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung steht und die Eigenschaften eines

Rettungshundes besitzt bzw. das bei der Ausbildung Erlernte behalten hat. Wenn also nach der Dv III/10 des BVS nur jedes 2. Jahr eine Wiederholungsprüfung fällig ist, das Gesetz aber von 12 Monaten spricht, so muß bei einer Übung im „Zwischenjahr“ eine Überprüfung des Hundes vorgenommen und bescheinigt werden. Dies hat jeweils unter Hinzuziehung eines Leistungsrichters oder eines Zuchtwartes bei einem der AZG angeschlossenen örtlichen Vereine zu erfolgen.

Arbeitstagung auf der Schwarzwaldhochstraße

Bereits lange hatte der Se-Zug Bühlertal einen Fachlehrgang mit anschließendem Kameradschaftsabend geplant. Hierzu wurde nun die Neusatzer Skihütte auf der Schwarzwaldhochstraße mitten im Wald ausgewählt.

Die Witterung war unbeständig. Die 32. SIM, eine in Bühl liegende franz. San.-Einheit, übernahm Zeltaufbau, An- und Abtransport. Eingeladen waren Polizei, Feuerwehr, DRK, Katastrophenschutzsachbearbeiter, Bürgermeister, VKK 532 Achern und selbstverständlich die 32. SIM.

Um 16.15 Uhr konnte Dienststellenleiter Büchner die Tagung eröffnen. Anwesend waren etwa 50 Gäste. Oberforstrat Bach vom Forstamt Bühl hatte ein außerordentlich interessantes Referat aufgebaut. 2 % aller Waldbrände entstehen durch Blitzschläge oder Selbstentzündung. 8 % dagegen haben ihren Ursprung in der Fahrlässigkeit und Unachtsamkeit der Waldbesucher. Tausende von Hektar Wald und Millionen von Volksvermögen fallen Waldbränden jährlich zum Opfer. Für den nächsten Vortrag: „Du und ich sind die Gemeinschaft, das Wir“ zeigte sich ebenfalls ein sehr starkes Interesse. Der Leiter der FS I, Josef Nies, verstand, dieses schwierige psychologische Thema aus der sozialpolitischen Warte vorzutragen. Der Beifall der inzwischen auf 80 Personen angewachsenen Hörerzahl war herzlich. Inzwischen konnte der Dienststellenleiter den Vertreter des Landesstellenleiters, de la Porte, und Regierungsrat Dr. Scholz als Vertreter des Landrats in Bühl begrüßen. Beide brachten Grußworte der von ihnen vertretenen Herren. Das 3. Thema des Tages „Wasseraufbereitung in Not- und

Gefahrenzeiten“ wurde von Dr. Hundt vorgetragen.

Im Anschluß an die Vorträge wurde die Ehrung verdienter Mitarbeiter durch Dr. Scholz durchgeführt. Die Ehrennadel erhielten Rudi Adam, der seit mehr als 10 Jahren die Kassengeschäfte führt, und Otto Wörner, der ein eifriger Geräteverwalter, Filmvorführer, Sachbearbeiter für Organisation und Personalfragen und auch Se-Lehrer ist.

Der gesellige Teil konnte beginnen. Beim späten Abschied der Gäste wurde allseits der Dienststelle bescheinigt, sowohl fachlich als auch gesellig einen hervorragend gelungenen Tag organisiert zu haben.

General a. D. Laegeler †

Der Bundesverband für den Selbstschutz trauert um einen

bedeutenden Förderer des Zivilschutzes. Plötzlich und völlig unerwartet riß der Tod den militärischen Berater für zivile Verteidigung des baden-württembergischen Innenministeriums, General a. D. Helmut Laegeler, aus seiner erfolgreichen Arbeit. Auch wir, die wir General Laegeler als Lehrer und Referenten unserer Seminare in Wiesensteig, aber auch als umsichtigen Kommandeur der bei der Hamburger Flutkatastrophe eingesetzten Bundeswehreinheiten kannten, haben einen engagierten Freund verloren.

Der 1902 in Ulm geborene Schwabe wurde 1921 Soldat. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war er bis zur letzten Stunde seines Lebens einer der Motoren zivil-militärischer Zusammenarbeit im Lande und für einen wirkungsvollen Schutz der Bevölkerung unermüdlich tätig.

10.000. Teilnehmer geehrt



In Ludwigsburg konnte Dienststellenleiter Dieter Köpke den 10.000. Teilnehmer an einer Selbstschutzgrundausbildung begrüßen: Staatsanwalt Hans Stark von der Zentralstelle der Justizverwaltung Ludwigsburg.

Bayern



Hund als Lebensretter

In München kam es nach einem Gasrohrbruch zu einer Explosion, bei der das Wohnhaus Winzerer Straße 90 völlig zerstört wurde. Durch eine defekte Gasleitung war Erdgas in das Wohnhaus eingedrungen und hatte sich durch einen Funken entzündet. Das Unglück forderte vier Todesopfer und 19 Verletzte. Zahlreiche Bewohner verloren ihr Heim und ihre Habe.

Die Explosion zerfetzte die unteren Stockwerke des Hauses. Menschen, Einrichtungsgegenstände und Mauerteile wurden durch die Luft geschleudert. Flammen loderten aus dem Kellergewölbe, auf dem Tonnen von Schutt lagen. Dazwischen gellten die Hilferufe verzweifelter Menschen. Den wenigen Minuten später eintreffenden Rettungsmannschaften der Polizei und der Feuerwehr bot sich ein Bild des Schreckens. Das Rote Kreuz schickte sofort sämtliche verfügbaren Wagen an die Unglücksstelle. 45 Feuerwehrmänner suchten unter Lebensgefahr verzweifelt nach Überlebenden. Die Rettungs-

mannschaften wurden von Nachbarn bei der Suche nach Verschütteten unterstützt. Es stellte sich die Frage: Liegen unter den Trümmern noch verschüttete Menschen? Der dafür ausgebildete sechsjährige Rettungshund „Edo“ wurde eingesetzt und spürte ein Kind auf, das unter Trümmern eingeschlossen lag. Auf diese Weise können Rettungshunde bei Katastrophen und Unfällen dieser Art tagtäglich wertvolle Dienste leisten, um menschliches Leben zu retten und zu bewahren. Der Wert der Rettungshundebildung des BVS kann hier gar nicht hoch genug bewertet werden.

Betrieblicher Katastrophenschutz

Im Mitteilungsblatt Nr. 6 der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern erschien folgender Hinweis: „Selbstschutz-Informationstagung für Banken und Versicherungen. Der Bundesverband für den Selbstschutz, Dienststelle Landeshauptstadt München, veranstaltet in

der Landesschule des Bundesverbandes in Tutzing eine eintägige Informationstagung für Sicherheitsbeauftragte der Banken und Versicherungen mit Vorträgen über lebensrettende Sofortmaßnahmen (u. a. Wiederbelebung, Schockbekämpfung, Bergung Verletzter) und Brandschutz (u. a. Bekämpfung eines Flüssigkeitsbrandes, Rettung brennender Menschen, Wirkung von Kleinlöschgeräten). Zu der Veranstaltung wird vom Bundesverband unmittelbar eingeladen. Das Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München empfiehlt die Teilnahme.“

Inzwischen haben mit Unterstützung der Landeshauptstadt München und der Industrie- und Handelskammer an der Landesschule 2 Info-Tagungen für Sicherheitsbeauftragte der Banken und Versicherungen stattgefunden. Anlässlich der ersten Tagung, an der auch der Beauftragte der Kammer, Dr. Brauer, teilnahm, wies der Vertreter des Hauptverwaltungsbeamten, Stadtdirektor Dr. Raab, auf die Wichtigkeit des Selbstschutzes als Teil des Katastrophenschutzes hin und

forderte die Beauftragten der Banken und Versicherungen auf, unter Berücksichtigung der im Bundesanzeiger N 105 veröffentlichten Empfehlung für den betrieblichen Katastrophenschutz in ihren Betrieben tätig zu werden. Stadtdirektor D. Raab stellte die besondere Verantwortung der Betriebe bei der Durchführung des betrieblichen Katastrophenschutzes für Schutz und Sicherheit der Arbeitnehmer in den Vordergrund. So wie es dem einzelnen Bürger in freier Verantwortung anheimgestellt wird, sich für eigene Schutzmaßnahmen zu entscheiden, soll der Betrieb unter Beachtung der Empfehlung Selbsthilfemaßnahmen des betrieblichen Katastrophenschutzgesetzes organisieren.

In dem Geleitwort zu der Bekanntmachung von Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen und des Bundesministers des Innern heißt es unter anderem:

„Einrichtungen des Katastrophenschutzes sollen in erster Linie Gefahren und Schäden in den Betrieben in Friedenszeiten abwehren und beseitigen.“

Im Vordergrund steht die Sicherheit der Belegschaft. Unter Hinweis auf das tägliche Unfallgeschehen stellte Dr. Raab die Notwendigkeit in den Vordergrund, möglichst viele Bürger im Selbstschutz, im Brandschutz und Sofortmaßnahmen am Unfallort auszubilden.

Über die Aufgabe des Selbstschutzes in Verbindung mit dem betrieblichen Katastrophenschutz sprach der Leiter der BVS-Dienststelle München. Anschließend demonstrierte überzeugend der Lehrer an der Landesschule, Herr Becker, Auszüge aus der Grundausbildung mit Dias und Filmen. Über den Warn- und Alarmdienst informierte der stellvertretende Leiter des Warnamtes. Die Tagung endete mit einer Besichtigung des Warnamtes.

Aus Anlaß der zweiten Info-Tagung in Tutzing, zu der wieder ein Vertreter der Landeshauptstadt sprach, wies Landesstellenleiter Frhr. v. Leo-Prechting auf die große Verantwortung hin, die die Sicherheitsbeauftragten mit dem betrieblichen Selbstschutz auf sich nehmen. Je mehr Betriebsangehörige im Selbstschutz ausgebildet werden, um so mehr Verständnis werden die Sicherheitsbeauftragten für ihre Aufgabe finden. Mit dem Dank für die zahlreiche Beteiligung und dem Wunsche auf

eine gute Zusammenarbeit zum Wohle aller, verabschiedete der Landesstellenleiter die Teilnehmer.

Beim Gäubodenvolksfest war der BVS wieder dabei

Als das große Ereignis gilt für Niederbayern alljährlich das Straubinger Gäubodenvolksfest, das als zweitgrößtes neben dem Münchner Oktoberfest rangiert und heuer vom 12. bis 21. August gehalten wurde. Neben den vielfältigsten Vergnügungsmöglichkeiten für alt und jung sind mit dieser Veranstaltung auch Lehrschaun und Ausstellungen verbunden, die einen Einblick in das Schaffen des bodenständigen Handwerks und der Industrie geben. Eine besondere Bedeutung kommt vor allem der landwirtschaftlichen Ausstellung zu.

Alle Schichten der Bevölkerung aus nah und fern sind unter den Besuchern der Festwiese vertreten. An der glanzvollen Eröffnung nahmen viele Ehrengäste teil, wie Bundeslandwirtschaftsminister Ertl, als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung Staatssekretär Josef Bauer, die Bundestagsabgeordneten Rainer und Wittmann, die Landtagsabgeordneten Vilgertshofer, Weiß, Eberle und Lechner, Senator Gerauner und Regierungspräsident Riederer von der Regierung von Niederbayern.

In der Halle 3 war wiederum der BVS mit einer Lehr- und Informationsschau vertreten, die unter dem Motto stand: „Lebensrettende Sofortmaßnahmen



Bundesminister Ertl (Mitte) bei seinem Besuch am BVS-Stand; links: Oberbürgermeister Scherl, rechts: Se-Lehrer Rosenhammer.

am Unfallort“. Auch Bundesminister Ertl kam in Begleitung von Oberbürgermeister Scherl an den Stand und bezeichnete die gebotenen praktischen Vorführungen als sehr nützlich und lehrreich.

Für den Aufbau und die Ausstattung der Lehrschaun hatten Dienststellenleiter Tschirning und die Mitarbeiter Pischkale und Rosenhammer mit ihren Helfern keine Mühe gescheut, um den Besuchern und Interessenten die vielen Hilfsmöglichkeiten in Notfällen und besonders am Unfallort in recht einprägsamer Form aufzuzeigen. Die Lokalzeitung würdigte in einer ausführlichen Reportage die Arbeit des BVS, bezeichnete die Ausstellung als „hautnah praxisbezogen“ und unterstrich die Vorteile für die Teilnahme an BVS-Lehrgängen.

An die praktischen Vorführungen und Unterweisungen schloß sich jeweils eine sachbezogene Aussprache an, wobei den Interessenten Ratschläge und Auskünfte erteilt wurden. Auch auf die gute Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen, wie Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, ADAC, Verkehrswacht, Feuerwehr und Arbeiter-Samariter-Bund wurde werbend hingewiesen. Bei den 82 000 Besuchern kam die BVS-Veranstaltung gut an.

Ortsbäuerinnen in Tutzing

40 Landfrauen aus dem Bereich der Dienststelle Mühldorf/Inn informierten sich an der Schule des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Tutzing über den Zivilschutz. Das Zustandekommen dieser Informationstagung ist das Verdienst von Dienststellenleiter Martin Klingl, der es verstanden hatte, die Ortsbäuerinnen und deren Stellvertreterinnen für dieses Thema zu interessieren. Die Fachgebietsleiterin für die Frauenarbeit in Bayern, Dr. Gertrud Zeyss, Schulleiter Gerhard Bild und Werner Becker als Lehrkraft zeigten den Frauen in Wort und Beispiel, wie man sich bei Unfällen und Bränden bis zum Eintreffen von Hilfskräften (Arzt, Sanitäter, Feuerwehr) selbst helfen kann. Stellvertretend für alle Teilnehmerinnen erklärte eine Ortsbäuerin, daß es auch für eine Frau von großer Wichtigkeit sei, im Falle der Gefahr und der Not auf dem Gebiete der Ersten Hilfe und der lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort Bescheid zu wissen.



Bundesverdienstkreuz Erster Klasse für LB i. R. Max Jüttner

In Anerkennung seiner besonderen Verdienste hat der Bundespräsident den ehemaligen langjährigen Landesbeauftragten des Technischen Hilfswerks für das Saarland, Obering. Max Jüttner, mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Der Orden wurde am 22. August 1972 vom Vizepräsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Schmitt, in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Saarbrücken übergeben.

An der Feierstunde nahmen neben Ministerialdirektor van Recum als Vertreter des Ministers des Innern der Regierung des Saarlandes, Ltd. Ministerialrat Krischel, Leiter des Landesamtes für Zivilschutz, sein Vertreter, Regierungsdirektor Hoffmann, der THW-Landesbeauftragte Reimann sowie eine Reihe Kreis- und Ortsbeauftragter des THW-LV Saarland, Vertreter der Katastrophenschutzorganisationen, eine Abordnung von THW-Helfern und ehemalige Mitarbeiter teil.

Nach der Begrüßung durch den Ortsbeauftragten für Saarbrücken, Dr. Krajewski, wandte sich LB Reimann an die Anwesenden. Sein besonderer Gruß galt dem ältesten THW-Helfer im Bereich des LV Saarland, Friedrich Volz. Der LB wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Tag der Verleihung auch gleichzeitig der 22. Geburtstag des THW sei. Vizepräsident Schmitt hob in seiner anschließenden Festansprache die besonderen Verdienste des ehemaligen LB hervor.

Max Jüttner wurde als Sohn eines Oberbrandmeisters der Berliner Berufsfeuerwehr am 16. Januar 1905 in Berlin geboren. Nach der Ausbildung zum Ingenieur in Beuth arbeitete Max Jüttner als Konstrukteur für Gasschutzgeräte und als Projekt-Ingenieur für Schwachstromanlagen. In diese Zeit fällt auch die erste Berührung mit der Technischen Not-Hilfe, deren ea. Helfer er 1934 wurde. In das hauptamtliche Angestelltenverhältnis trat er als Leiter des Technischen Dienstes bei der Landesgruppe Berlin- Brandenburg. Von 1941 bis zum Kriegsende war Max Jüttner dann Stellvertreter des



Vizepräsident Dipl.-Ing. Schmitt (l.) überreicht die Verleihungsurkunde an Landesbeauftragten i. R. Jüttner.

TN-Landesführers Berlin-Brandenburg.

Nach dem Kriege arbeitete er zunächst als Fernmeldeingenieur und kam 1950 in den Aufbaustab Lumitzsch im Bundesinnenministerium zur Errichtung des Technischen Hilfswerks.

Im Oktober 1952 schied Jüttner aus der Hauptstelle des THW aus, um in Bonn als hauptamtlicher Ortsbeauftragter einen Musterortsverband zu errichten. Im Februar 1953 erfolgte die Beauftragung mit der Leitung des Hollandeeinsatzes des THW nach der großen Flutkatastrophe. Dieser dauerte 6 Wochen und wurde mit 80 freiwilligen Helfern durchgeführt. Dieser Einsatz mit verhältnismäßig primitiven Mitteln war ein Meilenstein in der Entwicklung des gesamten Technischen Hilfswerks.

Im Juli 1953 kam Max Jüttner in die Hauptstelle des Technischen Hilfswerks als Referent für Organisation und Einsatzvorbereitung. Als 1957 das Saarland in die Bundesrepublik Deutschland als 11. Bundesland politisch eingegliedert wurde, war die Landesregierung gehalten, bis zur wirtschaftlichen Eingliederung die bereits in den anderen Ländern bestehenden Bundeseinrichtungen zu übernehmen. Hierzu gehört auch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Der damalige Direktor des Technischen Hilfswerks, Dr.-Ing. Alexander Löffken, ließ daher im Laufe des Jahres 1957 im Einvernehmen mit dem seinerzeitigen Innenminister des

Saarlandes, Julius von Lautz, durch Max Jüttner die Grundlagen für die Errichtung des Landesverbandes erarbeiten.

Ende 1957 waren die Grundlagen für die Errichtung und den Aufbau der ersten Ortsverbände und der Dienststelle des Landesbeauftragten abgeschlossen. Am 8. Januar 1958 wurde der Dienstbetrieb offiziell aufgenommen.

In den folgenden Jahren setzten Max Jüttner und seine wenigen ha. Mitarbeiter alle Kraft in den Aufbau des LV Saarland.

Als Max Jüttner am 31. Januar 1970 in den wohlverdienten Ruhestand trat, zählte der THW-Landesverband Saarland 23 Ortsverbände mit 2400 Helfern.

Nachruf

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb im 32. Lebensjahr unser Kamerad

Fred Irmschler.

Während seiner langjährigen Tätigkeit als Helfer im BV Bremen-West hat sich Fred Irmschler durch seine Hilfsbereitschaft und Einsatzfreudigkeit besonders ausgezeichnet. Er war ein geachteter und beliebter Kamerad. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bezirksverband Bremen-West

✱

Durch einen tragischen Verkehrsunfall verloren wir unseren Kameraden

Joachim Gottschalk

im Alter von 19 Jahren, Der OV Oberursel/Ts. nimmt Abschied von einem Helfer, der durch seine selbstlose Hilfsbereitschaft und sein kameradschaftliches Verhalten bei allen Helfern beliebt und dem OV Oberursel/Ts. ein treuer Mitarbeiter war.

Für den Orts- und Kreisbeauftragten sowie die Helfer des OV Oberursel/Ts.

✱

Viel zu früh verstarb nach einem Unglücksfall unser lieber Kamerad

Willi Tillmann.

Wir trauern um einen fröhlichen und stets zum Einsatz bereiten guten Kameraden.

Für die Kameraden des Ortsverbandes Meschede

OB i. V. Ströber

Übung „Gabi“

In Malkwitz bei Malente fand eine Gemeinschaftsübung aller sieben THW-Ortsverbände des Betreuungsbereichs Kiel statt, an der 153 Helfer teilnahmen.

Als Übungsgelände für Ausbildungszwecke stand das Grundstück einer vor etwa einem Jahr abgebrannten Ziegelei zur Verfügung.

Am Vorabend der Übung, um 18.30 Uhr, wurde der Voraustrupp des OV Kiel in Marsch gesetzt. Er sorgte für die Ausschilderung des Anmarschweges und traf die notwendigen Vorbereitungen am Übungsort.

Am 13. Mai, gegen 7.20 Uhr, trafen in kurzen Abständen alle beteiligten Ortsverbände mit ihren Helfern, Fahrzeugen und Geräten ein. Nach der Einteilung in Übungsgruppen wurde die Lage bekanntgegeben und die örtliche Einweisung vorgenommen.

Von 8.00 bis 17.00 Uhr wurde an beiden Tagen im turnusmäßigen Wechsel der Gruppen Ausbildung an folgenden Stationen betrieben:

1. Verletzten-Transport über Leitern
 2. Bewegen schwerer Lasten
 3. Maschinen
 4. Brennschneiden
 5. Abstützungen und Aussteifungen.
- Das Gelände der Ziegelei erwies sich als idealer Übungsplatz. Die ausgebrannten Gebäude eigneten sich ausgezeichnet für das Bergen aus Höhen und Untergrund.

Als weitere Übungsobjekte konnten genutzt werden:

Mauern, die wegen Baufälligkeit eingerissen werden mußten, und Motore, an denen das „Bewegen schwerer Lasten“ geübt werden konnte.

Außerdem gab es auf dem Ziegeleihof einen Schrägaufzug, der vom oberen Stockwerk des Hauptfabrikationsgebäudes auf den Hof führte und früher dem Materialtransport mit Loren gedient hatte. Er mußte ebenfalls abgerissen werden.

Es bot sich also Gelegenheit zur Ausbildung im Brennschneiden, zum fachgerechten Arbeiten mit der Motorsäge, mit dem Greifzug, mit dem Gesteinsbohrhammer und vielen anderen wichtigen Geräten und Werkzeugen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die gemeinsame Ausbildung der



Abbrucharbeiten wurden mit dem Gesteinsbohrhammer bewältigt.



Brennschneiden in luftiger Höhe.

Helfer eines ganzen Betreuungsbereiches insbesondere folgende Vorteile bietet:

1. Es kann ein Übungsgelände ausgesucht werden, daß in jeder Hinsicht den zu stellenden Anforderungen gerecht wird.
2. Es stehen für die Schulung der Helfer Ausbilder in größerer Zahl und mit spezielleren Kenntnissen zur Verfügung, als es in einem einzelnen Ortsverband der Fall ist.
3. Die Einheitlichkeit der Ausbildung wird gefördert. Außerdem kann die Schulung der Helfer abwechslungsreicher, realistischer und für die Teilnehmer interessanter gestaltet werden.

THW hilft Polizei

Da die Autobahnwache der Polizei Neumünster die Funkverbindung nach Pinneberg und Hamburg mit ihren Antennen nicht herstellen konnte, wurde der THW-Ortsverband Neumünster um technische Hilfeleistung gebeten.

Von einer Gruppe wurde ein 8 m langer Telegraphenmast 2 m tief in die Erde eingelassen. Zur Verfügung standen ein Erdbohrgerät und Folgestangen. Oben an dem Mast wurde mit Schellen ein 5 m langes $\frac{3}{4}$ " starkes Gasrohr zur Verlängerung angebracht, an dem die Richtantenne befestigt wurde.

Proben nach der Fertigstellung ergaben, daß die Sender der Polizei und die Relaisstation in Pinneberg einwandfrei erreicht werden konnten. Nach Bezug der endgültigen Autobahnwache soll die Antenne durch THW-Helfer wieder entfernt werden.

Übung auf der Eider

Bei strahlendem Sommerwetter trafen sich die Wasserdienstgruppen der Ortsverbände Büsum und Heide in Tielienhemme an der Eider zu einer Wochenendübung. Hier am alten



Die Mahlzeiten wurden von THW-Helferinnen bereitet.

Fähranleger fanden Zugführer Sievers und seine 33 Helfer ideale Übungsbedingungen vor. Mit von der Partie war die Besatzung eines Sanitätskraftwagens des DRK Heide, um im Ernstfall helfen zu können. Der Zusammenbau der Pontons und der Bau einer 8-t-Fähre erfolgten auf dem Wasser.

Nach knapp zwei Stunden war die aus acht Halbpontons und entsprechenden Spurtafeln zusammengesetzte Fähre fertig und konnte, mit einem MKW und den Helfern beladen, eine Einsatzfahrt auf der Eider antreten.

Ein reichhaltiges, hübsch garniertes Abendessen erwartete die Teilnehmer. Dafür hatten die weiblichen Helferinnen Rita Bockelmann und Margot Fühles, deren Männer selbstverständlich mit zu den THW-Männern gehörten, gesorgt. Auch die gute Verpflegung am Sonntag fand ungeteilte Zustimmung. Zünftig war auch die Unterbringung. Der Landesverband hatte ein Zelt gestellt, so daß sich die meist jungen Helfer im Biwak besonders



THW-Pontons auf der Eider.

wohlfühlten.

Auch der nächste Tag sah die Männer wieder auf dem Wasser. Das Rudern im Ganzponton wurde geübt und das Bewegen dieser Behelfsboote mit 18-PS-Außenbordmotor bzw. mit Paddeln.

Kreisbeauftragter Jatho war mit dem Ergebnis der Wochenendausbildung ebenso zufrieden wie Zugführer Sievers, der besonders den Kameradschaftsgeist und die Einsatzbereitschaft hervorhob.

THW und Feuerwehr helfen Ihrer Gemeinde

Ein gutes Beispiel für das Zusammenstehen in einer gemeinsamen Aufgabe und noch dazu zum Wohle ihrer Gemeinde gaben die Hilfsorganisationen von Burg in Dithmarschen. Die ausgedehnten Waldungen in der Nähe dieses Erholungsortes mußten ausgeholzt werden, um attraktiver für den Fremdenverkehr zu werden. Für die Gemeinde wären Kosten entstanden, für die Geld nicht zur Verfügung stand. THW und Feuerwehr sprangen ein. Die Männer fällten die vom Förster markierten Bäume, beseitigten Unterholz und machten den Wald damit lichter und anziehender für Spaziergänger. Die Versorgung der von der Arbeit hungrigen und durstigen „Waldarbeiter“ übernahm das DRK. Bürgermeister Struve sprach dem Ortsverband Hochdonn-Burg und der Freiwilligen Feuerwehr Burg den herzlichen Dank für die großzügigen Hilfsmaßnahmen und den Beweis echten Bürgersinns aus.

Hessen



20 Jahre THW Darmstadt

Der THW-Ortsverband Darmstadt hatte aus Anlaß seines 20jährigen Bestehens die Bevölkerung zu einer Ausstellung, verbunden mit technischen Vorführungen, auf den Luisenplatz eingeladen. Durch die Besichtigung der ausgestellten Fahrzeuge und technischen Geräte konnten sich die zahlreich erschienenen Gäste von dem Leistungsstand des Ortsverbandes überzeugen. Es waren außer den Fahrzeugen einer kompletten Bergungsbereitschaft die Fahrzeuge der Fachdienste EN, RW und des Fernmeldezuges sowie ein 17,5 KVA-Notstromaggregat, 4 LH-Pontons und 1 Sturmboot ausgestellt.

Vom Bergungsdienst wurde der Bau und Betrieb einer Seilbahn, die von den Seilwinden zweier GKW's bewegt wurde sowie das Bergen von Verletzten aus Höhen vorgeführt. Daneben waren Motorsägen, Gesteinsbohrhammer, Lukas und Beleuchtungsgerät in Betrieb.

Der Fachdienst EN demonstrierte mit dem Bau eines Baustellenverteilers und der Aufstellung eines Freileitungsmastes, dem Anbringen von Isolatoren und Leitungen sowie dem Betrieb einer Flutlichtanlage seinen hohen Ausbildungsstand. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte die vom Fachdienst RW vorgeführte Wasseraufbereitungsanlage (Berkefeld-Filter-Gerät, verlastet auf 2 VW-Kombis), mit der stark verschmutztes Wasser zu Trinkwasser aufbereitet wurde.

Der Fernmeldezug war neben dem Aufbau einer Lautsprecheranlage, unter Zuhilfenahme von 4 Sirenen-Lautsprecheranhängern, für die fernmeldemäßige Versorgung der einzelnen Fachdienste zuständig, wobei die Fernmeldevermittlung mit den angeschlossenen Feldfernsprechern und 2 Funkkommandowagen Hauptanziehungspunkt der jugendlichen Besucher war.

Die Zelte für Information bzw. Führungsaufgaben wurden von interessierten Bürgern stark besucht.

Eine bei den beiden Feldkochherden aufgestellte Sammelbüchse zu Gunsten der „Beschützenden Werkstätte“ der Stadt Darmstadt erbrachte eine Spende in Höhe von DM 300,—. Die Summe wurde von etwa 600 Besuchern — neben 140 THW-Helfern — als Dank für die kostenlos ausgegebene Erbsensuppe erbracht. Die Spende wurde vom Kreis- und Ortsbeauftragten Direktor Peter Merck an den Sozialdezernenten der Stadt Darmstadt, Bürgermeister Seffrin, übergeben.

Eröffnet wurde die Ausstellung mit der stark beachteten Rede des Beauftragten des Oberbürgermeisters für den Katastrophenschutz, Polizeipräsident Peter C. Bernet, die nachstehend in Auszügen hier wiedergegeben wird:

„Der Ortsverband Darmstadt der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk hat hier aus Anlaß seiner vor 20 Jahren erfolgten Gründung eine Informationsschau aufgebaut und will heute mit der Durchführung einiger kleinerer Übungen zeigen.

welche Leistungen von ihm im Rahmen des Katastrophenschutzes erbracht werden können. Ich meine, man könnte diesen Jubiläumstag nicht besser beginnen, als mit einer kurzen Rückschau und mit einem Hinweis auf die künftigen Aufgaben. Nachdem 1950 das Technische Hilfswerk auf Bundesebene auf Anregung des damaligen Bundesinnenministers Heinemann, unseres heutigen Bundespräsidenten, gegründet wurde, wurde es 1953 als nicht rechtsfähige Bundesanstalt errichtet und dem Bundesminister des Innern unterstellt.

In dem Gründungserlaß wurden die Aufgaben des Technischen Hilfswerks wie folgt festgelegt:

1. Leistung von technischer Hilfe bei Katastrophen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes,
2. Leistung technischer Dienste im Zivilschutz,
3. Leistung von technischer Hilfe bei der Beseitigung von öffentlichen Notständen, durch welche die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung, des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder der lebensnotwendige Verkehr gefährdet werden.

Aus dieser Aufgabenstellung ist zu ersehen, daß die Staatsführung ihre unabdingbare Pflicht, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen, sehr ernst nimmt, um Notständen, die bei Katastrophen oder größeren Unglücksfällen entstehen, wirksam entgegenzutreten zu können. Der dem Naturgeschehen und den Eingriffen seiner Feinde ausgesetzte Mensch muß sich auf diesen Schutz und die Hilfe des Staates verlassen können, besonders dann, wenn die Hilfe nur von Einheiten erbracht werden kann, die aufgrund von Spezialkenntnissen und besonderer Ausrüstung hierzu in der Lage sind.

Die gesamte Organisation erfüllt die Voraussetzungen des Art. 63 des IV. Genfer Abkommens. Das bedeutet, daß das THW als zivile Organisation anzusehen ist und nur als solche auch tätig werden darf, also nur und ausschließlich zum Schutze der Zivilbevölkerung.

In Darmstadt haben sich bald nach der Gründung des Technischen Hilfswerks auf Bundesebene einige Männer zusammengefunden, die 1952 den Ortsverband Darmstadt ins Leben riefen. Erster Ortsbeauftragter wurde im Juli 1953 Prof. Dr.-Ing. Huether. Nach dessen Tod 1954 wurde Dipl.-Ing. Starkloff sein Nachfolger. Dipl.-Ing. Starkloff, der 10 Jahre lang



Rund 600 Besucher ließen sich einen Teller Erbsensuppe beim THW geben.



Der Bergungsdienst hatte auf dem Luisenplatz eine Seilbahn aufgebaut.

das Amt des Ortsbeauftragten innehatte, prägte entscheidend das Gesicht unserer hiesigen Organisation und formte sie zu einem einsatzfähigen Instrument zum Schutze unserer Bürger. 1970 legte er sein Amt nieder, weil er der Ansicht war, es sei nun an der Zeit, daß auch einmal ein Jüngerer diese schwierige Aufgabe übernehmen müsse. Er hat seinem Nachfolger, Direktor Peter Merck, einen guten und intakten Verband übergeben.

In den ersten Jahren nach der Gründung fiel es schwer, eine größere Anzahl von Helfern zu gewinnen. In Verbindung mit der Stadt Darmstadt ist es dann aber doch gelungen, den Helferstamm entscheidend bis zu seiner heutigen Stärke von weit über 200 Mann zu vergrößern. Vor allem den ersten Helfern, die trotz Fehlens der nötigen Ausrüstung und ohne die damals noch fehlende öffentliche Anerkennung nicht aufsteckten und zäh an dem Aufbau und Ausbau des Ortsverbandes arbeiteten, sei hier besonders gedankt.

Es soll hier nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß der Ortsverband schon in seiner Anfangszeit sehr einsatzfreudig war und gute Hilfe beim Eissprengen 1954 und beim

Hochwasser 1956 in Darmstadt leistete. Zu besonders umfangreichen Großeinsätzen kam es später, beispielsweise bei der Hochwasserkatastrophe 1964 sowie bei den Dammbrüchen 1970 am Rhein. Auf allen Gebieten der Technik sind gründliche Ausbildung, ständige Übungen und fundiertes Wissen Voraussetzung, wenn wirksame Hilfe geleistet werden soll. Darüber hinaus wird bei solchen Einsätzen der Beweis erbracht, daß neben fachlichem Können der Idealismus und die persönliche Opferbereitschaft in unserer Zeit noch nicht ausgestorben sind.

Heute ist es so, daß das THW überall volle Anerkennung genießt. Auch haben wir nicht über Personalmangel zu klagen, da durch Änderung der gesetzlichen Grundlagen Wehrpflichtige bei einer 10jährigen Verpflichtung zum erweiterten Katastrophenschutz keinen Wehrdienst zu leisten brauchen.

In neuerer Zeit konnte auch auf Initiative des neuen Ortsbeauftragten, Direktor Peter Merck, der Kraftfahrzeugbestand des Ortsverbandes modernisiert und ergänzt werden, so daß unser Ortsverband heute eine tragende Säule des Katastrophenschutzes der Stadt Darmstadt ist. Dies ist nicht zuletzt auch auf die hervorragende Zusammenarbeit des Ortsverbandes mit dem Amt für Katastrophenschutz der Stadt zurückzuführen.

Der Oberbürgermeister, dem ich laufend Bericht über den Katastrophenschutz erstatte, und die Stadt Darmstadt danken Ihnen allen heute durch mich für Ihre Einsatzbereitschaft. Ich hoffe, daß Sie auch in Zukunft ihren wertvollen Dienst für die Allgemeinheit mit derselben Freude und dem nicht erlahmenden Einsatzwissen versehen. Mit diesem Wunsch, in Verbindung mit der Hoffnung, daß sich durch die neuen gesetzlichen Grundlagen für den Katastrophenschutz die finanziellen Voraussetzungen verbessern, möchte ich die heutige Veranstaltung eröffnen und Ihnen zu Ihrem Jubiläum Glück und Erfolg wünschen.“ Neben dem Landesbeauftragten des THW für Hessen, Dr.-Ing. Franz Michael Reß, konnte Polizeipräsident Bernet die Vertreter des Regierungspräsidiums, der Stadt, der Polizei, der Berufsfeuerwehr sowie die Verantwortlichen aller im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen begrüßen.

Großaktion „Grünes Hamburg“ (Schluß)

Es versteht sich, daß bei einem Transportweg bis zu 40 m Uferböschung Maschinenhilfe in Form eines Baggers zum Aufladen des Grandgerölls und Deckwerks und bis zu 2 Multraks zum Quertransport im THW-Betrieb vorhanden war. Zum Einbau mußte das Material dennoch von Hand bewegt werden.

Nach anfänglich verständlichem Zögern der Helfer war alles eine Einheit. Entstand eine Arbeitslücke, war ein Gruppenführer mit ein paar Helfern da und schloß sie. Ein Beispiel: Am Nachmittag des zweiten Arbeitstages wurden die vielfach schon vom Vortage eingesetzten Helfer bei der Schwere der ungewohnten Arbeit kraft- und mutlos, da ein beträchtliches Zwischenstück „hängengeblieben“ war und es stark regnete. Ohne Aufforderung waren plötzlich 26 Helfer eines bei einem anderen Projekt ebenfalls schwer eingesetzten BV zur Hilfe erschienen. Kraft und Mut waren da, und weiter gings. Altbürgermeister Prof. Dr. Weichmann ließ es sich nicht nehmen, „seine“ Baustelle in ehrlicher Bewunderung derartiger Arbeitswilligkeit aller THW-Helfer am zweiten Tag der Arbeit zu besuchen und sogar trotz seines hohen Alters im Zweischlag zusammen mit einem Helfer mit Vorschlaghammer einen Faschinenpfahl einzuschlagen.

Am 23. April wurde der „Bürgermeisterweg“ mit Prominenz, Bandschneiden und Presse der Öffentlichkeit übergeben.

Ein 30 Zentner schwerer Stein am Beginn des Weges erinnert die Spaziergänger mit einer postkartengroßen Messingplatte darauf an die Arbeit der freiwilligen Helfer:

— BÜRGERMEISTERWEG —
Erbaut von Männern des Technischen Hilfswerks Hamburg am 15., 16. und 22. April 1972

Bepflanzung von Lärmschutzwällen

Die westliche Autobahnumgehung Hamburgs mit Elbtunnel ist im Bau.



Von THW-Helfern gepflanzte Bäume in der Pankokenallee.

Sie berührt empfindlich nah Wohnsiedlungen in dem westlichen Stadtteil Stellingen. Im Rahmen des Umweltschutzes wurden von Baufirmen als Kippe Lärmschutzwälle bis in Höhe der späteren Autobahn aufgeschüttet. Ohne Bepflanzung jedoch mußten sie halbes Mähdickbleiben; mit täglich bis zu 60 Helfern pflanzte ein Hamburger BV am 22. und 23. April 18 000 (Achtzehntausend) Jungbäume und Büsche, ohne großes Aufsehen in 2 050 Freizeitstunden.

Bau eines Plattenweges in Horn

Eine vor wenigen Jahren eröffnete U-Bahn-Linie führt in östliche Richtung durch den Hamburger Stadtteil Horn. Ein großer Grünstreifen befindet sich dort noch im Zustand schlammigen Ackers. Um abends 500 m Umweg in eine Wohnsiedlung zu sparen, geht mancher den Weg von der U-Bahn-Station quer durch diesen Acker. Die Folge war eine häßliche Landschaft mit noch häßlicheren Trampelpfaden. Die Helfer des in diesem Gebiet ansässigen BV setzten es sich mit dem heimlichen Wunsch der Anwohner zur Aufgabe, statt des Schlammfadens einen 130 m langen Plattenweg zu bauen und Bäume zu pflanzen. Zwar schmerzten ihnen vor der „Pankokenallee“ noch die Hände vom Aufnehmen der Gehwegplatten, dennoch faßten sie nochmals an, um an zwei Wochenenden mit jeweils 36 Helfern in 1 540 Freizeitstunden einen Gehweg zu bauen, fachgerecht versteht sich. Es mußten 20 cm steiniger, schlammiger Boden von Hand ausgekoffert, Plattensand eingebracht und 12 t Platten verlegt werden. Nach Durchschneiden des blauen Bandes durch die Prominenz und der Abnahme halfen die Helfer der Prominenz beim Pflanzen von 30 größeren Buchen. Ein blauweißes

Schild „THW-Weg“ soll die Passanten an die Arbeit der freiwilligen Helfer erinnern.

Pflanzung von Hopfenmarkt

Im Stadtzentrum Hamburgs liegt neben der Gedächtnisruine der Nicolaikirche der sogenannte Hopfenmarkt. Leider diente er bis vor kurzem mit weißbemaltem Asphaltbelag als Parkplatz; kein Baum in der Nähe, aber ein Parkhochhaus.

Um diesen Platz seiner alten Bestimmung in Form eines „Flohmärktes“ zurückzugeben, sollten auf ihm 49 Großbäume gepflanzt werden. Mit 60 Helfern übernahmen zwei BV am 29. April diese Arbeit. Sie erschien zunächst leicht, da niemand Genaueres über den unmittelbaren Untergrund auszusagen wußte, als daß sich möglicherweise Schotter alter Straßen darin befände. Sicherheits halber waren zwei Kompressoren mit fünf Hämmern abrufbereit.

Diese fünf Hämmer waren dann auch gut zehn Stunden ununterbrochen im Einsatz, da sich neben dem Schotter alter Straßen noch eine durchgehende Betondecke von 40 — 60 cm Dicke fand, die in Flächen von vier qm je Baum aufgebrochen werden mußte. Am Abend wankten die Helfer mit der Gewißheit in die Einsatzfahrzeuge, noch nie so schwer geschuftet zu haben.

Zwei kräftige Baggerführer von Baufirmen gestanden am Abend, daß eine Baufirma mit der gleichen Zahl kräftiger Arbeitsleute das nicht geschafft hätte.

Der zufällig ohne Begleitung vorbeifahrende Erste Bürgermeister war von der Leistung derart begeistert, daß er trotz Regens und kalten Windes sich zu den Helfern setzte, um sich beim Mittagessen mit ihnen zu unterhalten.

Damit schloß sich vorerst der Vorhang, und einstweilen gilt „Es grünt so grün, wenn Hamburgs Bäume blühen...“ Vielfältige Beweise der Anerkennung der Einsatzbereitschaft und Leistung gingen seitens der Hamburger Bevölkerung auf unsere Helfer nieder, und die Presse hatte nahezu täglich Gelegenheit, das THW und dessen allgemeine Bedeutung hervorzuheben. Die Aktion „Grün“ ist auch anderen OV empfohlen, denn Zivilschutz ist auch Umweltschutz.



Tod in einer Kiesgrube bei Bad Zwischenahn

Die Polizeistation in Bad Zwischenahn forderte die Berufsfeuerwehr Oldenburg an, ihr bei der Suche nach einem vermißten 8jährigen Mädchen behilflich zu sein. Da man damit rechnen mußte, daß das Mädchen beim Baden in einer Kiesgrube ertrunken sei, informierte die Feuerwehr auch gleich die Taucher des THW Oldenburg und fuhr mit zwei von ihnen und einem als Taucher ausgebildeten Feuerwehrmann zur angegebenen Stelle. Ein den mit Blaulicht fahrenden Einsatzfahrzeugen entgegenkommender Arzt wendete und folgte, ohne Kenntnis der Sachlage, den Fahrzeugen in der Annahme, eventuell behilflich sein zu können.

Obwohl die Taucher das Mädchen auf dem Boden der Kiesgrube sofort fanden und an Land brachten, blieben die von dem Arzt eingeleiteten Wiederbelebungsversuche erfolglos.

einsturzgefährdete Fachwerk-Giebelwände zu beseitigen. Ferner wurde für Untersuchungen der Kripo ein Büroraum durch Abstützen gesichert. Der Einsatz der Helfer verzögerte sich, da zu diesem Zeitpunkt der Weserübergang bereits durch den Berufsverkehr stark in Anspruch genommen wurde.

Eine Bergungsgruppe mit dem Ortsbeauftragten als Einsatzleiter traf um 17.45 Uhr an der Brandstelle ein. Die Sicherung des Büroraumes war nicht mehr erforderlich. Die Giebelwände wurden nach Beseitigung sperrender Balken niedergelegt und der Einsatzauftrag in kürzester Zeit erledigt.

Plötzlich und unerwartet wurde die Übung Ernst

Augenfälliger konnte das Technische Hilfswerk seine Bedeutung in Notfällen wohl kaum beweisen: Während Bergungszüge aus vielen Teilen Niedersachsens, darunter aus Syke und Bassum, zur Sternfahrt nach Cloppenburg starteten, um dort den 20. „Geburtstag“ des THW-Ortsvereins zu feiern, kam es zu einem Einsatz. Tragischer Anlaß: Am unbeschränkten Bahnübergang Hemmelte wurde der Personenwagen einer 30jährigen von einem Eilzug auf der Strecke Delmenhorst—Osnabrück erfaßt und 1,3 Kilometer mitgeschleift.

Sechs Minuten nach dem Notfunkruf der Polizei an das THW in Cloppenburg erreichten die Gerätewagen die Unfallstelle. Weitere Fahrzeuge aus Delmenhorst wurden über Funk „abgefangen“ und nach Hemmelte umdirigiert. Mit Seilwinden konnte die THW-Hilfstruppe aus 120 Metern Entfernung das völlig zerdrückte Auto unter dem Eisenbahnwaggon hervorzuziehen. Moorboden am Rande der Unfallstelle hinderte die Mann-

schaften, näher an den Gleiskörper heranzurücken.

THW-Funker Manfred Kuhlmann, der im Führungskombi der Bergungszüge Syke und Bassum mit seiner Fahrzeugkolonne ständig über den Äther in Kontakt blieb, hatte kurz nach 8 Uhr über seinen Kanal „Heros Syke“ 1 die Unglücksnachricht aufgefangen. Von Cloppenburg war sofort Funkstille angeordnet worden, um den überraschenden Einsatz nicht zu gefährden. Zugführer Manfred Carstens (Bremen) und THW-Geschäftsführer Gerhard Lammers (Syke), der in seinem Betreuungsbereich 500 Helfer aufstellen kann, über die Hilfsaktion: „Der Funk ist unser bester Helfer!“ Im Schatten dieses Ereignisses verlief das Freundschafts-Treffen der THW-Männer betont ernst. Landrat Niermann lobte die gute Harmonie zwischen den 120 Helfern, der Feuerwehr und dem Roten Kreuz in der Kreisstadt: „Hier sind Menschen am Werk, die bereit sind, anderen Menschen zu helfen.“ Auch THW-Landesbeauftragter, Dipl.-Ing. Rolf Schneider (Hannover), rechnete vor, was den humanitär-technischen Erfolgen des THW an ideellem Einsatz vorausging: Die 82 Ortsverbände in Niedersachsen haben im vergangenen Jahr 350 000 Ausbildungsstunden freiwillig geleistet.

Und so präsentierte sich die Geräteschau mit 40 Fahrzeugen auf dem Marktplatz auch gleich als nüchternes Fitness-Programm für die Bergungsaufgaben dieser Schnellhelfer: Die THW'ler aus Lingen spezialisieren sich beispielsweise auf die Bekämpfung von Ölschäden. Man sah Aggregate und Beleuchtungsanlagen, Funkleitstellen und Motorsägen.

Auch für die Helfer aus Syke und Bassum, die mit zehn Fahrzeugen anrückten, gehört das „Know-how“ des Soforteinsatzes zum ständigen Übungsgepäck. Die Delmenhorster brachten ihre Küche auf Rädern mit. Sie waren es, die das Geburtstagsessen den Gästen unter freiem Himmel servierten: Erbsensuppe — für den Kommandeur des Flugplatzes Ahlhorn wie für den THW-Fahrer aus Bassum.

Der Ortsverband Hameln berichtet

Vier Minuten nach Mitternacht wurde Feueralarm gegeben. Der Ortsbeauftragte und der Fahrer des Kombi 805 fuhren zur Brandstelle, da das sichtbare Ausmaß des Brandes und der sturmartige Wind eine Gefährdung der Altstadt vermuten ließen. Der Einsatz des THW war vorerst nicht erforderlich. Die Feuerwehr bat lediglich um Einsatz des Kombi mit FuG 7b zur Unterstützung der Nachrichtenverbindungen, da die Brandstelle schwer zugänglich war und Wasser aus der 300 m entfernten Weser entnommen werden mußte. Um 7.00 Uhr wurde das THW vom Einsatz an der Wasserentnahmestelle von der Feuerwehr entlassen.

Um 16.45 Uhr wurde das THW durch die Feuerwehr angefordert, um zwei

Hochwasser in Bremerhaven

Regen . . . Regen . . . nichts als Regen! Die ganze Nacht von Freitag auf Sonnabend regnete es, und noch immer ließ der Regen nicht nach. Als dann am Sonnabend, 19. August, gegen 8 Uhr die Regenfluten sich ins Wolkenbruchartige steigerten, kamen die ersten Hilferufe bei der Feuerwehr und der Polizei in Bremerhaven an, weil die Keller des Stadtteils Geestemünde zum größten Teil unter Wasser standen und die Bevölkerung nicht mehr allein damit fertig wurde.

Die dann auch noch einsetzenden Hagelschauer, die vom schwarzen Himmel prasselten, ließen Geschäftsführer Schröder vom Ortsverband Bremerhaven Böses ahnen, und so versuchte er auf Umwegen, da die gewohnte Fahrstrecke teilweise knietief unter Wasser stand, die THW-Unterkunft in der Hansa-Straße zu erreichen, um Vorsorge zu treffen, falls Einsatzanforderungen eingingen. Wie richtig diese vorausschauende Maßnahme war, zeigte sich sehr bald, als das Telefon fast pausenlos klingelte und private Anrufe und Bitten um Hilfeleistungen eingingen. So wurden dann sofort die telefonisch erreichbaren Helfer nach dem bereits mehrfach erprobten Alarmsystem verständigt und der Polizei sowie der Feuerwehr die Dienste des THW angeboten.

Da bei solchen Wetterlagen unsere aktiven Helfer sprungbereit auf ihren Einsatz warten, war es möglich, innerhalb von 30 Minuten einen ersten Trupp mit einem Kombi und einer TS 4 zusammenzustellen und der Einsatzleitung zuzuführen. Auftretende Schwierigkeiten, die sich immer wieder einmal ergeben, zumal es ein Wochenende und Urlaubszeit war, der Oberbürgermeister im Krankenhaus lag und der Vertreter im Amt, der Leiter der Ortspolizeibehörde, auf Urlaub war, konnten reibungslos überbrückt werden, da die bereits mehrfach erprobte, gute Zusammenarbeit aller Beteiligten — Feuerwehr und Polizei einerseits und THW andererseits — sich hier auswirkte und somit keinerlei Kompetenzstreitigkeiten aufkamen. Da die Berufsfeuerwehr bereits seit den frühen Morgenstunden im Einsatz war, der Leiter der Bremerhavener Feuerwehr, Oberbr.-Rat Schmengler,



Was den Erwachsenen Ärger bringt, Feuerwehr und THW Arbeit, wird von den Kindern des Stadtteils als willkommene Abwechslung begrüßt.

die Leitung somit schon seit geraumer Zeit fest in der Hand hielt, wurden die vom Ortsverband des THW entsandten Kräfte und Pumpen zur Unterstützung zugeteilt und unterstellt. Dankbar wurde diese angebotene Hilfe angenommen, zumal noch kein Ende des Einsatzes abzusehen war, im Gegenteil, denn gegen 11.30 Uhr entschloß sich die Leitung, um Hilfe des Katastrophenschutzes nachzusuchen. Es waren somit außer den 18 Helfern des THW mit den Pumpen noch 22 Helfer des Brandschutzdienstes im Einsatz.

Dem Einsatz des ersten Pumpen-Trupps folgte bald ein zweiter Trupp mit einer TS 4 und, da auch dieses noch nicht ausreichend war, folgte der Einsatz von zwei TS 8, die zwar nicht zur Ausstattung des OV gehören, aber bereits seit Jahren im Besitz des OV sind. Aus Schrottteilen instandgesetzt, in mühsamer Kleinarbeit hergerichtet, waren sie wieder einmal Retter in der Not, denn die hohe Förderleistung führte sehr bald zu einer merklichen Entlastung der eingesetzten übrigen Pumpen. Zwischenzeitlich hatte der Geschäftsführer des OV den Landesbeauftragten in Bremen verständigt, der sofort auch die Pumpen der Bezirksverbände in Bremen klarmachen ließ und sie auf Abruf bereitstellte. Sie kamen jedoch nicht zum Einsatz, da bei der laufenden Unterrichtung vom Geschehen in Bremerhaven sich herausstellte, daß mit den vorhandenen Pumpen auszukommen sei, zumal gegen Mittag der starke Regen aufhörte.

Durch die Höhenlage der Stadt ist es schon immer schwer gewesen und hat den verantwortlichen Leuten erhebliches Kopfzerbrechen gemacht, die anfallenden Abwässer zu beseitigen, denn sie müssen hochgepumpt werden, um dann abgeleitet zu werden. Daß bei einem Wolkenbruch und einem Regenanfall von fast 40 Litern pro Quadratmeter innerhalb von 7 Stunden die vorhandenen Rohre der Kanalisation nicht ausreichen und diese Wassermassen nicht schlucken konnten, ist verständlich. Es führte dazu, daß aus den Gullys, gleich artesischen Brunnen, das Wasser bis zu einem Meter herauschoß.

Wie immer in solchen Ausnahmefällen, konnte manche Anforderung nicht sofort erledigt werden, sondern mußte zurückgestellt werden, um unbedingt notwendige, von der Einsatzleitung als vordringlich erkannte Objekte vom Wasser zu befreien. Nicht immer ist Verständnis für diese Maßnahme vorhanden, doch läßt sich eine ordnungsgemäße Leitung nur durchführen, wenn das Prinzip der Dringlichkeit beachtet und eingehalten wird.

Dank der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten konnte somit der Auftrag, der den Helfern gestellt worden war, zur Zufriedenheit der Bevölkerung durchgeführt werden — und dies äußerte sich dahingehend, daß die im Einsatz stehenden Männer mit Speisen und Getränken versorgt wurden, so daß die vorsorglich bereitgestellte Verpflegung kaum benötigt wurde.

Erst am späten Mittag hörte der Regen auf, und die Straßen leerten sich langsam von den Wassermassen, obwohl noch viele Wohnungen, Keller und Garagen unter Wasser standen. Als Kuriosum konnte verzeichnet werden, daß nur der südliche Teil Bremerhavens, der Stadtteil Geestemünde, von diesem Unwetter so stark betroffen wurde, während die übrigen Gebiete kaum etwas davon merkten. Übrig blieb für das THW nun die Säuberung der verschmutzten Bekleidung und der benutzten Geräte und Maschinen, um sie wieder für einen weiteren Einsatz bereitzuhalten — und das Bewußtsein, wieder einmal unter Beweis gestellt zu haben, daß Helfen können gut ist, Helfen aber gelernt sein muß!



Katastrophenschutzübung in Lünen

„Alles oder nichts“ war die Losung von THW-Ausbildungsleiter Wilhelm Pohlmann für die Katastrophenübung des ZS Lünen am 27. Mai. Die Übung gab den in der Stadt Lünen beheimateten Katastrophenschutzorganisationen und dem THW Dortmund und Schwerte Gelegenheit zu einer realistischen Zusammenarbeit. Es nahmen an der Übung teil: ASB Lünen mit 12 Helfern, DRK Lünen mit 18 Helfern, Fernmeldezug Lünen mit 30 Helfern, THW Lünen mit 30 Helfern, THW Dortmund mit 95 Helfern, THW Schwerte mit 10 Helfern.

Eingesetzt wurden über 30 Kraftwagen und Geräte, wie Pumpen, Preßlufthammer, Notstromaggregate, Funkgeräte und eine 8-t-Fähre. Nach starkem Unwetter mit heftigen Regenfällen in Ostwestfalen wurde für die Gemeinden an der Lippe, insbesondere für die Stadt Lünen, Katastrophenalarm gegeben. Am 27. Mai erreichte um 4 Uhr die Flutwelle der Lippe die Stadt Lünen.

Das Stadtzentrum wurde dabei so sehr verwüstet, daß einige Stunden später der Schaden unübersehbar war. Durch die starken Regenfälle geriet eine Steinhalde ins Rutschen und begrub einige Häuser unter sich. Nachdem die Helfer um 6 Uhr in der Unterkunft ihrer Organisation erschienen waren, nahmen sie ihre persönlichen Ausrüstungsgegenstände in Empfang und beluden die Einsatzfahrzeuge mit dem notwendigen Gerät. Die Führungskräfte wiesen auf die Unfallverhütungsvorschriften hin und erläuterten die oben geschilderte Lage. Anschließend konnte in das Übungsgelände an der Lippe abgerückt werden.

Der Fernmeldezug Lünen errichtete eine Kommandostelle für die Technische Abwehrleitung. Zur gleichen Zeit stellten die Helfer aus dem Wasserdienst des THW Lünen eine 8-t-Übersetzfähre aus Pontons zusammen, während der Bergungsdienst THW Lünen und Schwerte die Anleger (Landebrücken) baute. Der Instandsetzungszug THW Dortmund



Hier wird das Bergen von Verletzten aus Trümmern geübt.

setzte einen 600-l-Hochbehälter für eine Waschanlage und bohrte einen Brunnen. Auch die Versorgung mit elektrischer Energie wurde von den Helfern aus Dortmund besorgt. Schnell war ein 20-KVA-Notstromaggregat mit sämtlichen notwendigen Masten, Scheinwerfern und dgl. installiert. Aus einem, durch Geröllmassen einer Steinhalde der Zeche Viktoria zerstörten Farmgebäude mußten der ASB und der Bergungszug THW Dortmund Verletzte bergen, während das DRK den Abtransport und die Versorgung der Verletzten sicherstellte. Vorher hatten aber die Helfer des THW die Durchfahrt durch einen Tunnel unter der Bahnlinie Dortmund/Lünen freizumachen, dessen Zugang durch Eisenträger versperrt war. Mit Brennschneidern wurde eine Durchfahrt geschaffen. Am Abend waren die Helfer trotz der Anstrengungen und des schlechten Wetters noch bei guter Laune. Wilhelm Pohlmann, Ausbildungsleiter beim THW Lünen, der den Übungsplan weitgehend fertiggestellt hatte, war insgesamt zufrieden mit der Leistung und der Zusammenarbeit aller Helfer.

Kleiver THW-Taucher als Ausbilder auf Mallorca

Ein Taucher des THW-Ortsverbandes Kleve ist seit Anfang Mai als Ausbilder auf Mallorca. Er unterrichtet in der Tauchschule des Unterwasserfotografen Peter Kopp. Als im Sommer 1971 Tauchausbilder Donath mit dem Taucher van Daelen auf Mallorca ihren Urlaub verbrachten, wurden beide von Peter Kopp mit

zur Anfängerausbildung herangezogen. Peter Kopp bot den beiden THW-Tauchern eine Stelle als Tauchausbilder an mit der Möglichkeit, die Prüfung als Tauchlehrer abzulegen; van Daelen nahm an. Im Mai 1972 unterstützte während einesurlaubes der Tauchausbilder des OV Kleve seinen Kameraden auf Mallorca. Er führte Taucheleven in die Unterwasserwelt ein und nahm nach den unerläßlichen Sicherheitsübungen die Brevets I und II ab. Durch einen Unfall konnte van Daelen einige Tage nicht tauchen. Für Donath verdoppelten sich daher die Tauchgänge.

Bei einem Wrack mit einer Kanone konnten die Taucher in 22 Meter Tiefe üben, mit einer Schaufel Sand zu bewegen, denn die Strömung spülte die Kanone täglich wieder zu. Einen 12jährigen Kurssteilnehmer konnte Donath nach anfänglichen Schwierigkeiten bis auf 18 Meter Tiefe mitnehmen und ein Team von vier Fortgeschrittenen sogar auf 43 Meter.

Unter Einhaltung von Null- und Dekompressionszeiten wurden mit den Tauchern Wechselatmung, Unterwasserzeichen, Maske entwässern und Selbstrettung mit Notaufstieg aus 20 Meter Tauchtiefe geübt. Am Strand wurde die Tauchtheorie durchgearbeitet. Kurssteilnehmer kommen mit einer guten Grundausbildung von dieser Schule nach Hause. In Sport- und Rettungstauchgruppen, z. B. des THW, können sie ihre Erfahrung aus Mallorca praktisch nutzen.

Übung in der Eifel

Die Nothelfer aus Kamp-Lintfort, Moers und Krefeld haben bei einer Zwei-Tage-Übung im Juni ihre Hilfsbereitschaft geprobt. Auf dem Weg in die Eifel übten die THW-Männer den Kolonnenmarsch. Auf dem Gelände bei Vogelsang wurden dann Organisation, Führung, der Einsatz des Bergungsdienstes und die Versorgung und Betreuung geübt. Der Urftsee lud nicht zum Bade ein, sondern auch zu einer Übersetzübung und zum Bau einer Floß-Fähre.

THW-Heim im „New Look“

Über viele Monate hindurch haben — wie die Pirmasenser Zeitung schreibt — die Helfer des Technischen Hilfswerks, Ortsverband Pirmasens, mit ihrem Leiter Werner Lehmann nun schon geschuftet, um ihre Unterkunft in der Blümeltalstraße zu erweitern und zu verbessern. Eine Kleiderkammer und ein Lehrraum wurden eingerichtet, die Gerätekammer mit allen notwendigen Werkzeugen und technischem Gerät ausgestattet und sogar über eine Fernmeldezentrale verfügen die Männer des THW. In eigener Werkstätte können defekte Geräte instandgesetzt werden, und die neuangelegte Verloaderampe erlaubt es, im Einsatz oder Übungsfall benötigtes Material mühelos auf die LKW zu verladen. Viel Arbeit und Zeit verwendeten die Helfer, um in Eigenleistung die Fahrzeughalle zu erweitern und umzubauen. Der Abtransport von dreißig Wagenladungen Schutt spricht für sich. Diese Arbeitsleistung von rd. 4000 Stunden wurde von der 60 Mann starken Truppe neben dem eigentlichen Ausbildungsprogramm bewältigt. Bei der am Sonntagvormittag gezeigten Ausstellung mit Besichtigung der Unterkunft wurde den geladenen Ehrengästen, an der Spitze Oberbürgermeister Karl Rheinwald, MdB Josef Becker, Kurt Heinen, Technischer Offizier im Verteidigungskreis Kommando 453, Zweibrücken, Werner Dick als Vertreter von MdB Hugo Collet sowie den Vertretern der Pirmasenser Freiwilligen Feuerwehr, Kreisbrandinspekteur Walter Daniel und Wehrleiter Karl Schäfer, jedoch klar, daß trotz der enormen Arbeitsleistung der THW-Helfer ihre Unterbringung nur ein Provisorium sein kann. Der anwesende Landesbeauftragte des THW für Rheinland-Pfalz, Dipl.-Ing. Herbert Sulitze, Mainz, kündigte in seiner Ansprache auch an, daß die Neuplanung der Unterkünfte für die THW-Ortsverbände bereits abgeschlossen sei und noch in diesem Jahr mit vier der in verschiedenen Größenordnungen zur Verfügung stehenden Fertigbaueinheiten begonnen werde. Er bat den Oberbürgermeister, der nach Auflösung der LSHD-Einheiten und



Interessierte Gäste bei der ersten Besichtigung des neuen THW-Heimes.

ihrer Eingliederung in das THW ohnehin nach dem Gesetz „Oberbefehlshaber“ des in der Stadt stationierten Bergungsdienstes sein wird, bei der Bereitstellung von ca. 3000 Quadratmetern Baugelände für die Errichtung neuer Unterkünfte behilflich zu sein. Weil in Pirmasens das Problem besonders vordringlich ist, steht die Verwirklichung dieses Bauvorhabens schon für 1974 an. Dann wird natürlich der Dienst im THW für technisch interessierte junge Leute noch attraktiver werden, zumal Helfer, die sich im THW bewähren und im Stadtgebiet von Pirmasens ihren Wohn- und Beschäftigungsort haben, vom Wehrdienst freigestellt werden können. Natürlich erwartet auch jetzt schon interessierte Helfer ein großes Angebot technischer Aufgaben bei gleichgesinnten Kameraden. Als einen der ältesten THW-Helfer im technischen Dienst, er zeichnet auch für die Ausbildung im Autogen- und Elektroschweißen verantwortlich, ehrte der Landesbeauftragte, Dipl.-Ing. H. Sulitze, bei seinem Besuch in Pirmasens Rolf Hartmann mit dem goldenen Helferabzeichen.

THW-Ortsverband Trier weiterhin aktiv

Der im Jahre 1971 begonnene Ausbau (drei Fußgängerbrücken) des Wanderweges im Busenthal wurde 1972 mit dem zweiten und letzten Bauabschnitt zu Ende geführt. Nach Bereitstellung der Mittel durch die Stadtverwaltung Trier konnte für die Helfer des OV grünes Licht gegeben werden. Am 6. Juni rückte

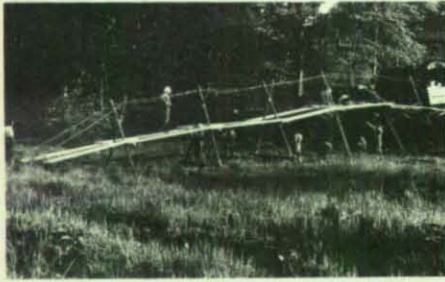


Solide gebaute Brücken.

ein Vermessungstrupp aus, um die Standpunkte der Brücken festzulegen sowie die einzelnen Maße festzuhalten. Dann wurden Bauzeichnungen und Materiallisten erstellt und der Stadtverwaltung vorgelegt. Die Sache war insofern vereinfacht, als Anhaltspunkte durch die vorher gebauten Brücken gegeben waren. Nach etwa einer Woche lag die Genehmigung von der Stadt vor, und es konnte begonnen werden. An den darauffolgenden Ausbildungsabenden befaßte sich der Zug unter der Leitung des Zugführers Alfred Peterseim (Spezialist für Stegebau) mit der Vorbereitung der Schalung und des Holzes. Insbesondere wurden Schaltafeln sowie Stütz- und Geländerpfosten angefertigt. Eine Gruppe des Instandsetzungszuges fertigte in der Zwischenzeit Baulaschen und Winkeleisen. Am 10. Juni rückten unter Führung des Zugführers Kurt Lentes 30 Helfer aus und erstellten vier Pfeiler aus Beton, wobei Transport und Herstellung des Betons mit eingeschlossen waren. Drei gute Mahlzeiten (Spießbraten) erhöhten die Einsatzfreudigkeit. Am 24. Juni wurde wiederum mit 30 Helfern gestartet, wobei der Zug Peterseim die Holzkonstruktionen für zwei Brücken fertig montierte. Eine weitere Gruppe erstellte am selben Tag die restlichen vier Betonpfeiler. Am 1. Juli traten zwei Gruppen, insgesamt 20 Helfer, zum Endspurt an. Die Holzkonstruktion der restlichen zwei Brücken wurde angebracht und alle vier Brücken mit Imprägnierungsmitteln versehen. Die eingesetzten Helfer des OV Trier leisteten an den drei Einsatztagen rund 800 Arbeitsstunden. Durch die Vielseitigkeit der Aufgaben war dieser Brückenbau eine Bereicherung der Ausbildung und außerdem von Nutzen für die Bevölkerung.

Erste Übung des OV Elversberg

Der THW-Ortsverband Elversberg, am 16. 11. 1971 als 25. OV des Landesverbandes Saarland gegründet (s. ZS-Magazin 1/72), führte seine erste Übung durch, bei der 25 Helfer beteiligt waren.



Erste Aufgabe des jungen Ortsverbandes war der Bau dieses Steges.

Unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten H. Braga bauten sie einen 35 m langen Chinasteg über ein Tal, wobei es darauf ankam, die in den Wintermonaten erlernten verschiedenen Arten von Stichen und Bunden in die Praxis umzusetzen. Dieser Auftakt klappte vorzüglich, was auch Geschäftsführer Müller, der der Übung beiwohnte, zum Ausdruck brachte. Der anschließende Transport von Verletzten über den Steg zwang die Helfer, ihr Können im Umgang mit verletzten Personen zu zeigen.

Übung und Ausstellung in Assweiler

Der THW-Ortsverband Assweiler, 1958 als Stützpunkt des OV St. Ingbert eingerichtet, erhielt 1962 seine Selbständigkeit als Ortsverband, um als zweiter OV im Kreis St. Ingbert wesentlich zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft und zur selbständigen Übernahme von Aufgaben des Katastrophenschutzes beizutragen. Aus diesem Grunde — der zehnten Wiederkehr der Gründung — fand die diesjährige Übung mit Ausstellung der Geräte und Fahrzeuge des Betreuungsbereichs IV-Neunkirchen, dem neben den Ortsverbänden Neunkirchen, St. Ingbert, Homburg, Illingen und Elversberg der OV Assweiler angehört, unter Beteiligung von

170 Helfern mit insgesamt 14 Einsatzfahrzeugen in Assweiler statt. Bereits frühmorgens um 6.30 Uhr trafen sich die beteiligten Ortsverbände an der Unterkunft in St. Ingbert, um gegen 7.00 Uhr in Kolonne nach Assweiler abzufahren. Gegen 8.00 Uhr war der Zielort



Die Bergungsgruppe legt die Preßluftatmer vor ihrem Einsatz an.

erreicht. Nachdem die Fahrzeuge eingewiesen waren, erfolgte ein Katastrophenalarm. Aus einem hierfür vorgesehenen Haus drangen dichte Rauchschwaden, die künstlich erzeugt, eine Gasexplosion mit anschließendem Brand wirklichkeitsnah darstellen sollten. Fünf Menschen waren eingeschlossen und mußten geborgen werden.

Sofort setzte sich ein Einsatzfahrzeug des OV Neunkirchen mit einer Bergungsgruppe in Bewegung. Am Einsatzort angekommen, legte ein Trupp hierfür speziell ausgebildeter Kräfte die Preßluftatmer an und begann mit der Bergung. Die zügig durchgeführte Bergung mit großer Präzision, die auf gute Kenntnis der einzelnen Arbeitsvorgänge zurückzuführen ist, rief die allgemeine Bewunderung der Zuschauer hervor. Während die Bergungsarbeiten durchgeführt wurden, hatten die anderen Ortsverbände mit der Erfüllung ihrer zugewiesenen Arbeiten begonnen.

Für die Ausstellung der Geräte sowie der einzelnen Einsatzfahrzeugtypen auf dem ca. 8 000 qm großen Gelände war der OV Assweiler verantwortlich. Hier waren alle dem THW zur Verfügung stehenden Einzelgeräte sowie ein Querschnitt aller Einsatzfahrzeuge des THW einschließlich Stahlboot mit Außenbordmotor zu besichtigen. Die Ortsverbände Elversberg und Illingen hatten verschiedene Arten von Stegen,

u. a. Trümmer- und Tonnensteg, errichtet. Der OV St. Ingbert war damit beauftragt, eine Waschanlage mit Hochbehälter zu erbauen. Weiter hatte dieser OV an sämtlichen Einsatzstellen eine Feldfernsprechleitung verlegt und ein zusätzliches Funknetz errichtet. Landrat Schwarz, der mit großem Interesse und Fachkenntnis die einzelnen Objekte in Begleitung des Landesbeauftragten für das THW im Saarland besichtigte, war besonders beeindruckt von der Sauerstofflanze, die vom OV Neunkirchen vorgeführt wurde. Eine ebenfalls vom OV Neunkirchen erbaute E-Strecke, an die eine Flutlichtanlage angeschlossen war, wobei die Einspeisung mit elektrischer Energie durch einen Notstromerzeuger erfolgte, ergänzte den optischen Eindruck über die vielseitigen Möglichkeiten der tätigen Hilfe durch das THW. Bei der offiziellen Begrüßung der Gäste, unter ihnen Landtagsabgeordneter Prof. Dr. H. Rhode, THW-Kreisbeauftragter W. Emmerich, die Bürgermeister der Gemeinden Ommersheim, Oberwürzbach und Assweiler sowie Vertreter der Polizei, Feuerwehr und DRK, ging GF Müller kurz auf die Entwicklung des OV Assweiler ein.

Landesbeauftragter G. Reimann dankte anschließend allen beteiligten Ortsverbänden und hob die Verdienste der Helfer des OV Assweiler hervor, wobei sein besonderer Dank dem Ortsbeauftragten Stolz für diese außerordentliche und eindrucksvolle Demonstration der Leistungsfähigkeit des THW galt. Mit dieser gelungenen Veranstaltung, so fuhr LB Reimann fort, sei erreicht worden, das THW und somit den notwendigen Katastrophenschutz in dem Bewußtsein der Bevölkerung zu vertiefen. Als Erinnerung an diesen Tag überreichte er OB Stolz einen Wappenteller, der in der Unterkunft des OV Assweiler einen würdigen Platz finden wird.

Landrat Schwarz bedankte sich ebenfalls bei den Helfern des OV Assweiler für die bisherige Mitarbeit im THW und somit im Katastrophenschutz und sprach den Wunsch aus, daß auch im nächsten Jahrzehnt wie bisher der OV Assweiler seinen Teil zum Katastrophenschutz beitragen möchte.



Aus der Sicht des THW

Wie bereits im „ZS-Magazin“ 9/72 berichtet, erlebte die Stadt Stuttgart am 15. August ein in diesem Ausmaß bisher nicht gekanntes Unwetter.

(Lesen Sie auch den Beitrag „Unwetterkatastrophe in Stuttgart“ im Hauptteil dieser Ausgabe. Die Red.) Um 16 Uhr gab Polizeipräsident Rau Katastrophenalarm. Die Helfer eilten zur THW-Unterkunft.

Bald waren 67 Helfer des OV im Einsatz. Die Hilfeleistungen bestanden im Abspumpen von Kellern in der Innenstadt und im westlichen Stadtbezirk. Schwerpunkt war eine urologische Klinik in der Hohenzollernstraße. Die drei dem OV zur Verfügung stehenden Pumpen TS 4 waren schnell eingesetzt. Im Laufe des Abends trafen auf Anforderung Helfer und Geräte aus anderen Ortsverbänden ein. Fast alle betroffenen Häuser im Stadtgebiet Heslach haben zwei tiefergelegene Untergeschosse. Die Schläuche der Tragkraftspritzen mußten über die Treppenhäuser bis in sieben Meter Tiefe unter der Straßenoberfläche verlegt werden. Die Motorpumpen wurden deshalb z. T. in Treppenhäusern und Räumen aufgestellt, was zu einer gefährlichen Abgasanreicherung für Hausbewohner und Helfer führte.

Schließlich waren 93 Helfer eingesetzt. Die Katastropheneinsatzleitung (KEL) übertrug dem THW-OB die gesamte Einsatzleitung für die Stadtteile Kaltental und Heslach. Im tiefer gelegenen Heslach waren die Hagelkörner im inneren Teil eines Häuserblocks zusammengespült worden und bildeten nach Abfließen des Wassers Eisberge von zwei bis drei Meter Höhe. Autos standen in Höhe der ersten Obergeschosse auf dem Eis. Zwischenwände waren herausgedrückt, Wohnungseinrichtungen in tiefergelegenen Räumen zerstört. Der Zugang zu den Häusern hätte direkt vom angeschwemmten Eis in das erste Obergeschoß erfolgen können. Die Helfer mußten unter schwierigsten Bedingungen Gebäude räumen und teilweise Sicherungsarbeiten vornehmen.

In den Straßenunterführungen am Charlottenplatz und unter dem Schloßplatz standen Autos mehrschichtig unter Wasser. Die Fahrer mußten mit

Schlauchbooten von den Dächern ihrer Autos geholt werden. Die Einsatzstelle Charlottenplatz wurde vom THW ausgeleuchtet. In den Einfahrtsrampen zur U-Bahn kamen Pumpensätze konzentriert zum Einsatz. Die gesamten Arbeiten wurden am Morgen des 16. August gegen 7 Uhr abgebrochen.

Der OV wurde um 10.30 Uhr erneut alarmiert. Über den Landesverband wurden weitere OV eingesetzt, um die erschöpften Stuttgarter Helfer abzulösen. Es handelte sich dabei um die OV Böblingen, Eßlingen, Pforzheim, Germersheim und Mainz. Der zweite Einsatz begann um 13 Uhr und wurde bis zum 17. August 8 Uhr durchgeführt. Einsatzschwerpunkte waren wieder U-Bahn-Schächte und Haltestellen.

Es zeigte sich hierbei bald, daß die großen Pumpen der Feuerwehr, auf Fahrzeugen fest montiert, nicht unbeschränkt eingesetzt werden konnten. Besonders günstig wirkte sich dadurch der Einsatz von elektrischen Tauchpumpen aus, die von den OV Germersheim und Mainz nach Stuttgart gebracht worden waren.

Es waren in der Nacht zum 16. August 93 Helfer mit 26 Fahrzeugen eingesetzt. Vom 16. zum 17. August waren nochmals 77 Helfer mit 20 Fahrzeugen tätig. Insgesamt wurden 3100 Einsatzstunden geleistet. Die Stuttgarter Stadtverwaltung dankte den Helfern in einem Schreiben an den Landesverband für ihre Hilfe.

THW baut Waldspielplatz

Die Stadt Hechingen ist sehr aktiv und aufgeschlossen, wenn es um die Bevölkerung und deren Freizeit geht. So konnte kürzlich unter großer Beteiligung der Bevölkerung ein vom THW-Ortsverband Hechingen erstellter Waldspielplatz übergeben werden.

Dieser Spielplatz stellt eine besondere Bereicherung in den öffentlichen Anlagen dieser Art dar. In einem herrlichen Gelände gelegen, am Anfang des schon früher erbauten Waldlehrpfades, können sich nun Kinder an verschiedenen Spielgeräten tummeln, während sich die Erwachsenen an Tischen und Bänken ausruhen.

Der Gedanke, an dieser Stelle etwas

für die Kleinsten der Stadt zu tun, kam eigentlich von Stadtforstamtmann Schmid, der sich dieserhalb mit den Führungskräften des OV Hechingen besprochen hatte.

Etwa 15 ar Wald, meist Kieferbestand, wurden abgeholzt und für das Anlegen eines Spielplatzes planiert und vorbereitet.

Überlegungen, was für Spielgeräte aus Holz gemacht werden können, waren wichtig für den weiteren Ausbau des Spielplatzes.

Die Helfer des OV Hechingen gingen mit großem Eifer an ihre Aufgabe heran, und manch einer konnte feststellen, daß es kaum eine bessere Ausbildungsmöglichkeit in Holzbearbeitung und Umgang mit dem entsprechenden Gerät gibt.

In der schön hergerichteten Lichtung, von hohen Kiefern eingesäumt, findet man nun einen 30 qm großen Sandkasten, der mit Kletterpalisaden abgegrenzt ist, einen großen Schwebebalken, eine Kletterpyramide, eine dreifache Ketten-schaukel und eine kleine Schiff-schaukel, einen schlangenartigen Baum und eine Rutschbahn, nach der Art eines Jägerhochsitzes gestaltet. Alles in allem eine wohlgelungene Sache, die bei der Öffentlichkeit sehr gut ankam.

Die beteiligten Helfer, regelmäßig jeweils 20 bis 25, waren jedenfalls froh, als die Arbeit so weit war und an einem schönen Samstagnachmittag durch Bürgermeister Roth übernommen und der Bevölkerung zur Benützung freigegeben werden konnte. Unter den vielen Schaulustigen, die der Übergabe beiwohnten, waren zahlreiche Vertreter des Landratsamtes, der Stadtverwaltung, des Gemeinderats, der Schulen und der Forstverwaltung, an der Spitze Landrat Dr. Mauser, die sich alle lobend über die schöne Anlage und den Gemeinschaftssinn der beteiligten Helfer aussprachen.

Selbst der Landesbeauftragte, Dipl.-Ing. Lenz, ließ es sich nicht nehmen, das schöne Werk seiner Helfer zu besichtigen und fachgerecht zu beurteilen.

Bürgermeister Roth bedankte sich bei den Helfern für die großartige und wohlgelungene Leistung im Namen der Stadtverwaltung und des Gemeinderates.

Vogelbeobachtungshütte gebaut

Das Südufer des Ammersees wird durch weite Moorflächen geprägt. Die Schilfzone mit den anschließenden Riedwiesen ist ein Zufluchtsort für eine große Zahl seltener Vogelarten. Hier steht eine Vogelbeobachtungshütte, die der Naturschutzbund ausbessern lassen wollte. Deshalb trat der Naturschutzbund an den OV Weilheim mit der Bitte heran, die auf Pfählen gebaute Hütte auszubessern und durch eine Terrasse zu erweitern. Das war für den OV Weilheim eine interessante Aufgabe, der sich die Männer des



Die Beobachtungshütte am Ammersee wurde vom OV Weilheim ausgebessert und erweitert.

Bergungszuges im Rahmen der Ausbildung im Wasserdienst mit wahrer Begeisterung annahmen. Mit einem 10-t-LKW wurde das z. T. vorgefertigte Material zum Ufer transportiert. Auf einem selbstgebauten Floß wurde mit Hilfe eines größeren Motorbootes der Transport fortgesetzt. Bei geringer Wassertiefe zog ein Schlauchboot mit Aubo das Floß bis etwa 350 m vor die Hütte. Dieser letzte Teil des Transportes war der schwierigste, da die Helfer sich immer wieder gegenseitig aus dem Schlamm ziehen mußten und dazu das schwere Material zu bewegen hatten. Die eigentliche Aufgabe stellte sich dann: Zunächst wurden 14 Rundhölzer (5 m lang, 25 cm Durchmesser) mit der für den Transport zerlegten und wieder zusammengesetzten 7-Zentner-Ramme in den Boden gerammt. Beim zweiten Arbeitseinsatz konnten die Bodenbretter der Terrasse verlegt werden. Eine Treppe und eine Sitzbank rund um die Hütte vervollständigten die korrekte Arbeit. Insgesamt wurden 38 qm Bretter und 30 fldm Vierkantholz 20 x 20 verarbeitet. Diese im Rahmen der

Ausbildung durchgeführte technische Hilfeleistung diente den Männern des Bergungszuges der Vervollkommnung der Fertigkeiten im Umgang mit Holz. Gleichzeitig erwarb der OV Weilheim hohes Ansehen in weiten Kreisen der Öffentlichkeit durch seinen erfolgreichen Einsatz.

THW stellt sich vor

Bei der „Oberfränkischen Ausstellung 1972“, die in Forchheim stattfand und



Der attraktive Stand des Technischen Hilfswerkes in Forchheim fand echtes Interesse.

einen Zustrom von 80 000 Besuchern hatte, war auch das THW Forchheim mit einem Ausstellungsstand vertreten. Hier wurden von einem automatischen Dia-Vorführgerät Bilder, die die Helfer bei Einsatzübungen zeigten, vorgeführt. Die „Pappkameraden“ sowie Ausstellungsstücke und Informationsschriften fanden regen Zuspruch. Daß das Interesse am Helfen, was ja Sinn und Zweck sein sollte, geweckt wurde, bewiesen die spontanen Beitrittsklärungen zum THW während dieser Zeit.

Brückenschlag über den Inn

Der Postsportverein e.V. Mühldorf am Inn hatte zur vierten Inntal-Volkswanderung aufgerufen. Max Streibl, Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Bei den Vorbereitungen, dem Festlegen der Wanderstrecke, hatte sich das THW — Ortsverband Mühldorf — erboten, im Rahmen einer Stegebauausbildung einen 80 m langen „Bayernsteg“ mit LH-Pontons und vorgefertigtem Oberbau über den Inn bei Altmühldorf/Starkheim zu bauen.

So vorbildlich, wie die Vorbereitungen getroffen worden waren, mit ebensolcher Präzision lief auch die Durchführung in der Praxis ab: Innerhalb von 3 Stunden errichtete das THW mit 18 Halbpontons den Brückenschlag, der den rund 4 000



Der Brückenschlag über den Inn ermöglichte eine besonders reizvolle Wanderroute.

Wanderern damit eine besonders reizvolle Route ermöglichte. Und noch etwas hatte man sich einfallen lassen: Während der Arbeiten störte ein riesiger Stein den Fortgang des Brückenschlages. Bei seiner Bergung zeigte sich den Helfern ein riesiger, etwa 2 t schwerer Findling. Diesem einem Obelisken gleichenden Findling setzten die Helfer des OV Mühldorf als „Denkmal“ an den Altmühldorfer Wanderweg und bauten dazu noch Tisch und Bank aus Stein, die zu beschaulicher Rast einladen.

„Brückenübergabe“ und Einweihung des Rastplatzes fanden im Rahmen eines kleinen Volksfestes statt: Die Altmühldorfer Blaskapelle spielte auf, der Vorsitzende des Postsportvereins, Wolfgang Kessler, durchschnitt das „Weiße Band“ zur Freigabe der Brücke, und schließlich wurden dann die Gäste am Lagerfeuer des THW aus der Gulaschkanone verpflegt. Mit Schwung, einer Karawane gleich, zogen am nächsten Tag die Wanderer über den Steg, vorbei an dem Obelisken auf ihre Strecke.

[22] Tragen durch zwei Helfer hintereinander
(Abb. 13):

Abb. 13 (1)



(1)
Der hintere Helfer
erfaßt die angewinkel-
ten Unterarme des
sitzenden Verletzten mit
Fingern und Daumen
von oben
(„Affengriff“),

der vordere Helfer
stellt sich zwischen
die Beine des
Verletzten und ergreift
dessen Kniekehlen —

auf Kommando des
zweiten Helfers richten
sich beide Helfer auf
und tragen den
Verletzten fort.

Abb. 13 (2)



(2)
Der hintere Helfer
erfaßt die angewinkel-
ten Unterarme des
sitzenden Verletzten
mit Fingern und Daumen
von oben
(„Affengriff“),

der vordere Helfer
erfaßt die übergescha-
gten Beine des
Verletzten an den
Unterschenkeln —

auf Kommando des
zweiten Helfers richten
sich beide Helfer auf
und tragen den
Verletzten fort.

Anmerkung
zu (1) und (2):
Der vordere Helfer
kann entscheiden, wie
er die Beine des
Verletzten tragen will.

[25] Aufnehmen und Tragen durch zwei Helfer vor
dem Körper (Abb. 16):

Abb. 16



Das Aufnehmen und Tragen eines Verletzten durch zwei Helfer erfolgt entsprechend den in Ziffer 25 beschriebenen und dargestellten Verrichtungen. Der Verletzte umklammert mit beiden Armen den Nacken des ersten Helfers.

[23] Tragen durch zwei Helfer auf einem Stuhl
(Abb. 14):

Abb. 14



Der erste Helfer steht in Tragrichtung zwischen den Beinen des Sitzenden, der zweite Helfer in Tragrichtung hinter dem Sitzenden.

Der vordere Helfer ergreift mit beiden Händen die Stuhlbeine dicht unter dem Sitz —

der hintere Helfer die Stuhllehne möglichst tief.

Beide Helfer richten sich auf Kommando des hinteren Helfers langsam auf, heben dabei den Stuhl vorsichtig an und tragen ihn mit gestreckten Armen fort.

[26] Transport in beengten Räumen (Abb. 17):

Abb. 17 (1)



(1)
Ziehen mit zusammengebundenen Handgelenken
Der Helfer bindet die Handgelenke des auf dem Rücken liegenden Verletzten mit einem Dreiecktuch (Krawatte, Taschentuch) fest zusammen —

kniet mit gespreizten Beinen über dem Verletzten —
legt sich die zusammengebundenen Arme des Verletzten um den Nacken und

bewegt den Verletzten im Kriechgang fort.

Abb. 17 (2)



(2)
Ziehen mit zwei Dreiecktüchern
Der Helfer legt das erste Dreiecktuch unter den Rücken des Verletzten und führt beide Enden desselben unter den Achselhöhlen des Verletzten hindurch —

legt sodann das zweite Dreiecktuch unter Nacken und Hinterkopf des Verletzten —

verknötet beide Dreiecktücher und legt sich die Knoten über den Nacken und

bewegt den Verletzten im Kriechgang fort.

Abb. 18 (3)



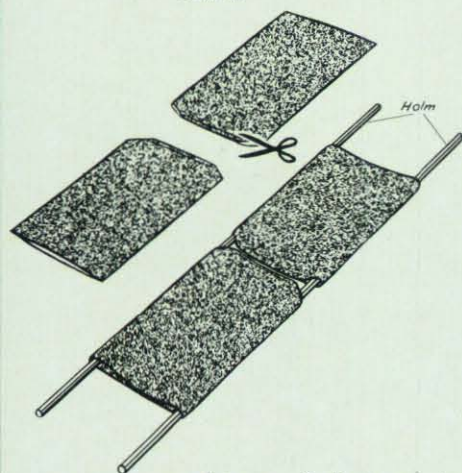
Der Verletzte wird dem Helfer über beide Schultern gelegt.

Der Helfer ergreift den Verletzten im Schultertragegriff (vgl. Abb. 6 (3)) und steigt ab.

30

[35] Behelfstrage aus Säcken (Abb. 21):

Abb. 21



- Ecken am Sackboden abschneiden,
- Holme einschieben,
- Säcke dicht aneinander schieben.

Entsprechend der Körpergröße des Verletzten sind ggf. drei Säcke zu verwenden.

34

5.3. Transport Verletzter mit Hilfsmitteln

[28] Für den Transport nicht gehfähiger Verletzter über weite Strecken sind Hilfsmittel wie Bergestücher, Krankentragen und Schleifkörbe einzusetzen. Wenn diese Geräte fehlen, müssen Krankentragen behelfsmäßig hergestellt werden.

[29] Wenn für den Transport Verletzter mit und ohne Hilfsmittel mehr als ein Helfer erforderlich ist, bedarf es einheitlicher Kommandos.

Gleichmäßiges Aufnehmen, Tragen und Absetzen sind wichtige Voraussetzungen für die schonende Behandlung der Verletzten.

[30] Verantwortlichkeit und Einteilung beim Transport sind gemäß Ziffer 8 und 9 zu regeln.

Behelfstragen

[31] Behelfstragen können u. a. mit Tragebezügen aus Bekleidungsstücken (Jacken, Mäntel, Anoraks), Säcken, Decken oder Seilen und mit Holmen aus Stangen oder Rohren hergestellt werden.

Auch Türen, Bohlen, Bretter oder Leitern sind als Behelfstragen verwendbar, wobei nach Möglichkeit eine zusammengefaltete Decke zwischen den Körper des Verletzten und die harte Unterlage zu legen ist.

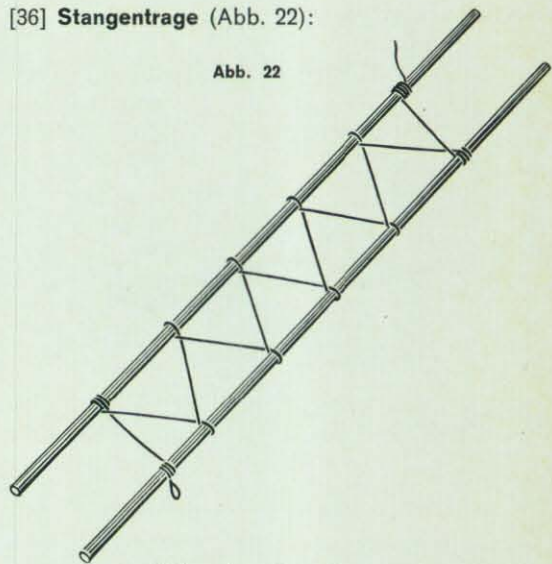
[32] Die Herstellung und Handhabung von Behelfstragen ist zu üben, da Krankentragen bisweilen aus einsatzbedingten Gründen nicht benutzt werden können.

Bei der Auswahl des Tragebezuges ist zu berücksichtigen, daß er am stärksten in Gegend der Schulterblätter (Oberkörper) und des Gesäßes des Verletzten belastet wird.

31

[36] Stangentrage (Abb. 22):

Abb. 22



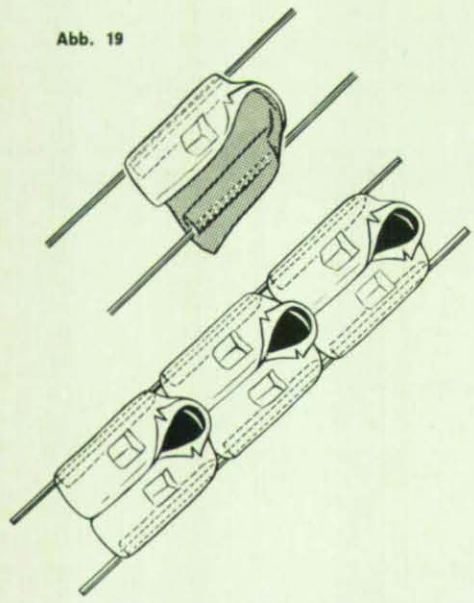
- Holme im Abstand von 40 bis 50 cm nebeneinander auslegen.
- Bindeleine mit Augende etwa 20 cm vom Holmende entfernt mit Mastwurf anschlagen,
- Leine in Abständen von etwa 35 cm abwechselnd in Gegenschlägen um beide Holme führen,
- Leine etwa 20 cm vor Ende der Holme mit Mastwurf festlegen,
- rechtwinkelig zum anderen Holm führen und mit Mastwurf und Sicherungsschlag anschlagen.

Anmerkung: Die Holmlängen richten sich nach der Größe des Verletzten. Erforderlichenfalls ist die Bindeleine durch eine zweite Leine zu verlängern, während die Abstände der Gegenschläge um die Holme verkürzt werden. — Bei sehr schweren Verletzten empfiehlt es sich, zwei Bindeleinen zu kreuzen.

35

[33] Behelfstrage aus Jacken (Abb. 19):

Abb. 19



- Ärmel nach innen durchziehen,
- Holme durch die Ärmel stecken,
- Reißverschlüsse und (oder) Knöpfe schließen (Knopfleiste nach oben),
- Jacken dicht aneinanderschieben.

Beachte: Als Holme etwa 2,00 m lange Stangen oder Rohre wählen. — Anstelle von Jacken können auch Anoraks oder Mäntel verwendet werden. — Bei Verwendung von Jacken als Tragebezug sind möglichst drei Jacken (oder Anoraks) einzuziehen.

[37] Deckenwulsttrage (Abb. 23):

Abb. 23



- Verletzten in die Mitte der ausgebreiteten Decke legen,
- beide Deckenlängsseiten bis zum Verletzten nach unten einrollen.

Die Deckenwulste dienen als Griffleisten. Zum Transport sind mindestens vier Helfer erforderlich.

[27] Transport über Leitern (Abb. 18):

Abb. 18 (1)



(1) **Herunterführen im Paßgang**
Der Helfer greift unter den Achseln des gefährlichen Verletzten hindurch an die Leitersprossen —

schützt den Verletzten mit seinem Körper und

führt ihn im Paßgang die Leiter hinab (vgl. 4.1., Ziffer 11 bis 20).

Abb. 18 (2)

(2) **Heruntertragen im Reitsitz**
Der Verletzte ruht im Reitsitz auf einem Oberschenkel des Helfers.

Der Helfer ergreift mit beiden Armen unter den Achseln des Verletzten hindurch die Leitersprossen —

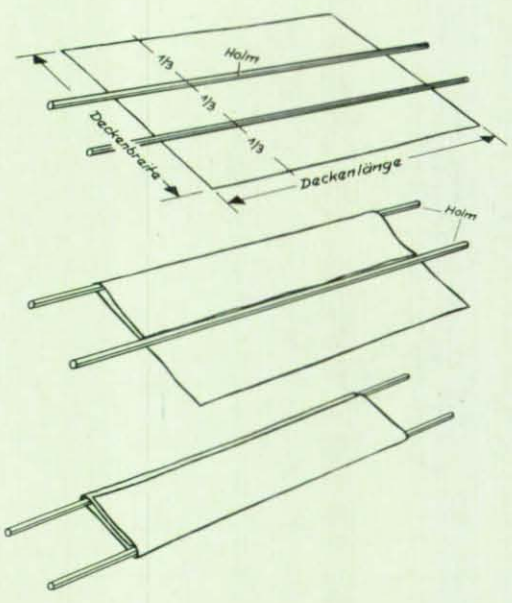
schützt mit seinen Armen den Verletzten gegen seitliches Abrutschen und steigt mit ihm die Leiter hinab.



Anmerkung zu (2):
In schwierigen Lagen ist der Verletzte zusätzlich anzuseilen. — Bewußtlose Verletzte dürfen nach dieser Methode nicht transportiert werden.

[34] Behelfstrage aus Decken (Abb. 20):

Abb. 20



- Decke ausbreiten und Holme auf je $\frac{1}{3}$ Deckenbreite in Längsrichtung auslegen,
 - beide äußere Drittel zur Mitte umschlagen.
- Das Eigengewicht des Verletzten hält die Decke fest.

Dr. August Jürgen Maske

Zuständigkeiten in den Warnämtern...

... auf dem Gebiet der Unfallverhütung
und Fragen der Haftung/Teil II

Fragen der Haftung

Für die zivilrechtliche Haftung und die Regreßhaftung sind die Sonderregelungen der Reichsversicherungsordnung zu beachten; das Beamtenrecht enthält ähnliche Bestimmungen. Die strafrechtliche Haftung ergibt sich aus den Vorschriften des Strafgesetzbuches.

Die Möglichkeit einer Haftung des Maschineningenieurs an Stelle des Warnamtsleiters oder neben dem Warnamtleiter ist grundsätzlich stets insoweit gegeben, als dem Maschineningenieur Aufgaben des Warnamtsleiters übertragen sind. Das gleiche gilt für die übrigen Führungskräfte und Aufsichtspersonen, also für sämtliche Vorgesetzte im Warnamt. Für den Arbeitnehmer hat die Nichtbefolgung von Unfallverhütungsvorschriften unter Umständen arbeitsrechtliche Folgen. Bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verstoß gegen Unfallverhütungsvorschriften ist der gegenüber dem Arbeitgeber bestehende Anspruch auf Krankengeldzuschuß und Lohnfortzahlung gefährdet. Nach der Rechtsprechung kann sogar eine fristlose Entlassung z. B. berechtigt sein, wenn sich der Arbeitnehmer immer wieder und trotz Androhung seiner fristlosen Entlassung weigert, an der von ihm bedienten Maschine eine vorgeschriebene Schutzvorrichtung anzubringen oder zu belassen. Andererseits wäre außerhalb einer Notlage der Warnamtsbedienstete und -helfer im Recht, der sich weigert, ohne den vorgeschriebenen Unfallschutz weiterzuarbeiten.

Die zivilrechtliche Haftung

Nur wenn er einen Arbeitsunfall vorsätzlich herbeigeführt hat oder

wenn der Arbeitsunfall bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist, ist der Warnamtsleiter den Warnamtsbediensteten und -helfern sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen gegenüber nach anderen gesetzlichen Vorschriften (z. B. denen des BGB) zum Ersatz des Personenschadens, den ein Arbeitsunfall verursacht hat, verpflichtet, und zwar auch dann, wenn die Betroffenen keinen Anspruch auf Rente haben; die Schadensansprüche vermindern sich jedoch um die Leistungen, die infolge des Arbeitsunfalls vom Sozialversicherungsträger erbracht werden.

Diese Regelung gilt bei Arbeitsunfällen entsprechend für die Ersatzansprüche eines Versicherten sowie dessen Angehöriger und Hinterbliebener gegen einen in demselben Warnamt tätigen Bediensteten oder Helfer, wenn dieser den Unfall durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht.

Die Regelung schränkt die privatrechtliche Haftung weitgehend ein und soll damit zur Erhaltung des Arbeitsfriedens beitragen. Sie betrifft nicht Sachschäden, für die Ersatzansprüche nach den Grundsätzen des Zivilrechts geltend gemacht werden können.

Nach der Rechtsprechung kann die Haftung eines Bediensteten oder Helfers, der fahrlässig den Arbeitsunfall eines anderen Angehörigen desselben Warnamts verursacht hat, für Sachschäden zu verneinen sein, wenn und soweit ihm eine Belastung mit solchen Schadensersatzansprüchen deshalb nicht zugemutet werden kann, weil seine Schuld im Hinblick auf die besondere Gefahr

der ihm übertragenen Arbeit nach den Umständen des Falles nicht schwer ist.

Die Warnamtsbediensteten und -helfer haften auch für Personenschäden, die sie an einem Angehörigen desselben Warnamtes nicht durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht haben, so z. B. während der Fahrt mit dem eigenen Wagen zum Dienst oder vom Dienst nach Hause, durch Spieltrieb oder eine Neckerei. Die angeordnete Fahrt — insbesondere mit amtlichem Kraftfahrer im Dienstfahrzeug — ist hingegen eine betriebliche Tätigkeit.

Die Regreßhaftung

Wenn der Warnamtsleiter oder die Warnamtsbediensteten und -helfer, deren Ersatzpflicht nach der vorstehend beschriebenen Regelung beschränkt ist, den Arbeitsunfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführen, dann haften sie grundsätzlich jedoch für alles, was die Träger der Sozialversicherung infolge des Arbeitsunfalles aufwenden müssen; denn im Interesse der Verhütung von Unfällen ist es nicht hinnehmbar, daß die in ihrer Haftung begünstigten Personen selbst bei einem Verschulden keine Ersatzansprüche zu befürchten haben.

Grob fahrlässig handelt nach der Rechtsprechung, wer die jeweils erforderliche Sorgfalt nach den gesamten Umständen des Falles in ungewöhnlich hohem Maße verletzt, d. h. schon einfachste, ganz naheliegende Überlegungen nicht anstellt und nicht einmal das beachtet, was im gegebenen Falle jedem hätte einleuchten müssen. Eine strafgerichtliche Feststellung ist als

Voraussetzung für die Haftung nicht erforderlich.

In der Regel kann davon ausgegangen werden, daß die Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen, insbesondere von Unfallverhütungsvorschriften, zumindest als grobe Fahrlässigkeit angesehen wird; dies gilt unter Umständen selbst dann, wenn eine zuständige technische Behörde (z. B. das Bauamt) oder der TÜV Unfallverhütungsmaßnahmen nicht für erforderlich gehalten haben.

Wer einer Unfallverhütungsvorschrift zuwider handelt, kann sich grund-

sätzlich nicht zu seiner wirksamen Entlastung darauf berufen, daß er die Unfallverhütungsvorschriften nicht gekannt habe, auch nicht darauf, daß der Schaden nicht voraussehbar war, weil er durch das leichtfertige Verhalten eines anderen verursacht worden sei. Für den Warnamtsleiter ist auch in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Unerläßlichkeit einer entsprechenden Überwachung auch des Leiters des Sachgebietes 5 hinzuweisen; diese Überwachung wird die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben des Maschineningenieurs und damit die Unfallsicherheit im Warnamt begünstigen.

Wird fortgesetzt

Udo Jacobsen

Betriebsausflug der Abteilung Warndienst

Am Morgen des 31. August starteten die Angehörigen der Abteilung Warndienst des BzB zu ihrem diesjährigen Betriebsausflug. Angeregt von dem bei der Olympiade in München praktizierten Grundsatz „Spiele der kurzen Entfernungen“ wurde auch der Betriebsausflug als Veranstaltung der kleinen Entfernungen geplant und durchgeführt.

Die kurzen Strecken zwischen den im Programm vorgesehenen Besichtigungs- und Führungsstationen wurden mit der Rheinfähre, der Straßenbahn, der Bundesbahn und zu Fuß bewältigt.

Die Gesamtlänge des Fußmarsches von rund 9 km war in gut zu bewältigende Teilstrecken untergliedert, was den sportlich Ambitionierten die Möglichkeit gab, Felder in ihrer Trimmspirale abzukreuzen.

Nach einer Besichtigung der neuen Bonner Südbrücke wurde mit der Straßenbahn der rechtsrheinische Ort Rhöndorf erreicht. Teilnehmer, die sich den Fußmarsch von 9 km nicht zutrauten, konnten in Königswinter in die Straßenbahn steigen und somit den Marsch um 3 km verkürzen. In Rhöndorf war ein Besuch des Konrad-Adenauer-Hauses vorgesehen. Die Gedenkstätte mit Wohnhaus, Garten, Pavillon und Bocciabahn steht Besuchern seit 1970 offen. Die

Stiftung dient dem Zweck, das Andenken an Konrad Adenauer zu bewahren, indem sie die Hinterlassenschaft des Kanzlers verwaltet und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Nach einer Führung durch diese Gedenkstätte erreichten die Ausflügler mit der Bundesbahn Bad Honnef, wo die Transformatorenproduktion in den Lepper-Werken besichtigt wurde.

Anhand eines Einblicks in die Produktion kleiner Umformer



Von großen Trittleitern aus werden die Transformatoren montiert.

(Leistung 50 KVA) konnte das Funktionsprinzip eines Trafos anschaulich vorgeführt werden. Die Führung endete bei den Millionenprojekten vom Trafo-Typ „Brummer II“ mit Kapazitäten um 380 KVA. Der Brummer II ist damit der zweitgrößte Transformator Europas und hat die Ausmaße eines Eisenbahnwaggons. Anschließend erreichte man in einem kurzen Fußmarsch die Rheininsel Grafenwerth, wo das Mittagessen gemeinsam eingenommen wurde. Von hier aus ging es weiter mit der Fähre zum linksrheinisch gelegenen Rolandswerth.

Bevor man zum Rolandsbogen aufstieg, wurden durch den Leiter der Abteilung WD, Abteilungspräsident Zielinski, in einer kurzen Ansprache „Durchhalteparolen“ verkündet. Man sollte sich nicht durch die Höhe des Zielortes von einem flotten Aufstieg abhalten lassen, und im übrigen würden die vier ersten „Gipfel-Bezwinger“ mit Aufstiegsprämien rechnen können.

Sieger des beschwerlichen Aufstiegs wurde Herr Vetter, der — allerdings ohne die gesamte Ansprache seines Abteilungsleiters ordnungsgemäß abgewartet zu haben — den Aufstieg im Dauerlauf schaffte.

Nach einer gemütlichen Kaffeetafel auf der Freiterrasse des Rolandsbogens und einer ad hoc-Siegerehrung durch den Abteilungsleiter wurde der Rückmarsch über den Rodderberg begonnen. Nun zeigten sich die ersten Ermüdungserscheinungen der tapferen Wanderer, so daß unterwegs die Besichtigung eines alten Vulkankraters als kleine Verschnaufpause gelegen kam.



Die im Bau befindliche Bonner Südbrücke war Treffpunkt und erstes Besichtigungsobjekt.

Nach Ankunft in Mehlem und dem Ende des offiziellen Ausflugsprogrammes trafen sich einige der Teilnehmer noch anschließend in einer Gaststätte zu einer längeren „Abschlußbesprechung“. Zum guten Gelingen des Betriebsausfluges trug nicht zuletzt das schöne Sommerwetter bei.

JUH-Helfer beim Nierentransport

In drei Jahren fuhr die JUH-Köln über 150 Eiltransporte mit Nieren oder Blutproben von Nierenkranken zum europäischen Nierenzentrum (Eurotransplant) nach Leiden in Holland, von wo aus über einen Computer die Nierentransplantationen in den Beneluxländern gesteuert werden. Durch die Vervollkommnung der medizinischen Technik der Nierentransplantationen stieg die Zahl der Verpflanzungen an, so daß im ersten Halbjahr 1972 bereits 23 Transporte gefahren wurden. Wegen der Wichtigkeit dieser Nierentransporte haben wir das Nierenzentrum in Leiden aufgesucht und uns in Köln in der Dialyse-Klinik bei dem JUH-Arzt Dr. Klaus Konner eingehend informiert über die damit im Zusammenhang stehenden Fragen, mit denen die Helfer in der Praxis eines Tages konfrontiert werden. Die Schriftleitung

8.45 Uhr bringen zwei Helfer der JUH-Köln aus dem Krankenhaus Köln-Merheim, Abteilung Künstliche Niere, die Blutproben zu dem VW-Transport-Kombi, der mit Blaulicht und Mehrtonhorn ausgerüstet ist. Dann geht es im Rennfahrerstil los.

Nach drei Stunden Fahrzeit werden dann die Blutproben in der Spezialklinik abgegeben. Sofort werden sie getestet und die Daten von der Laborantin über eine Sonderleitung direkt in den Computer gegeben. In Köln-Merheim warten 25 Patienten auf eine Niere. In den letzten Wochen waren für Köln Nieren verfügbar in Paris, Oslo, Göttingen. Es besteht eine Zusammenarbeit zwischen Eurotransplant, die zuständig ist für die Benelux-Länder, Frankreich u. a., und Skandiatransplant, an die die skandinavischen Länder angeschlossen sind. Beide Zentren arbeiten eng zusammen.

In Deutschland sind seit 1952 etwa 350 Transplantationen durchgeführt worden, in der ganzen Welt etwa 8500. Bei Eurotransplant waren es 170 Spender. Damit waren 340 Nieren im Jahre 1971 verfügbar; 104 davon wurden transplantiert. Von diesen wurden 41 in dem Ort transplantiert, wo sich der Spender befand, 30 wurden ins eigene Land weiter verschickt, 29 Nieren kamen ins Ausland. An einem Sonnabendvormittag sitzen

wir Dr. Klaus Konner (32), einem der Ärzte der Dialyse-Abteilung des Krankenhauses Köln-Merheim, gegenüber. Dr. Konner ist seit 1968 JUH-Arzt und bedauert, heute aus Zeitmangel nicht mehr so aktiv in der JUH in der Ausbildung für Erste Hilfe arbeiten zu können.

„Dialyse ist das Fremdwort für Behandlung mit der künstlichen Niere“, sagt er erklärend. „Dialyse bezeichnet mehr den technisch-chemischen Vorgang, der sich bei der Blutwäsche abspielt.“

In Frage kommen dafür zwei Gruppen von Patienten. Das sind einmal die Patienten, die noch gesunde Nieren haben, die aber durch irgendein Ereignis nicht mehr in der Lage sind, genügend Urin zu produzieren, bei denen also die Nieren akut geschädigt sind.

Die zweite große Gruppe bilden Patienten, die chronische Nierenerkrankungen haben. Das ist die größte Gruppe. Diese Erkrankungen führen zu einem langsamen Versagen der Nierentätigkeit. Festgestellt wird das durch Laborwerte.

Der Körper behält dabei Substanzen — in erster Linie Eiweiß-Abbauprodukte —, die sonst von gesunden Nieren ausgeschieden werden, zurück. Diese Substanzen, z. B. Harnstoff, erreichen dann Konzentrationen im Blut, die nicht mehr mit dem Leben vereinbar sind. Man bezeichnet das üblicherweise als Harnvergiftung, in der Medizinfachsprache als Urämie.

Für diese Nierenkranken kommen zwei Verfahren in Frage, die chronische Dialyse oder die Transplantation. Bei der chronischen Dialyse werden die Patienten zwei- oder dreimal in der Woche an die künstliche Niere angeschlossen, mit etwa 30 Stunden Gesamtbehandlungszeit pro Woche. Es gibt da wieder zwei Gruppen. Erstens eine Gruppe: die Zentrumsdialyse. Diese Patienten kommen zweimal in der Woche in die Klinik gegen 16.30 Uhr, werden angeschlossen an die Maschine und morgens gegen 8 Uhr abgeschlossen. Sie fahren dann nach Hause und führen dort ein mehr oder weniger normales Leben.

Diese Methode hat ihre Grenzen, die einfach durch die Zahl der vorhandenen Plätze im Krankenhaus bedingt sind. In der Klinik in Köln-

Merheim sind acht Behandlungsplätze vorhanden, d. h. 16 Patienten können mit dieser Methode behandelt werden. Das große Ventil ist die Heimdialyse. Diese Patienten müssen gewisse Voraussetzungen erfüllen. „Es sind keine medizinischen Gründe, weswegen wir Leute in die Heimdialyse geben“, sagt Dr. Konner, „sondern sie müssen schon etwas intelligent sein. Sie müssen auch eine ausreichend große Wohnung haben. Wir besorgen dann manchmal auch Wohnungen. Außerdem müssen sie einen Partner haben, weil sie die Dialyse nicht ganz allein durchführen können. Partner sind Kinder, Eltern, Ehepartner.“

Diese Patienten werden von uns drei Monate lang trainiert. Sie kommen in unser Trainingszentrum und werden dort dreimal pro Woche an eine künstliche Niere angeschlossen. Sie werden in allen diesen Dingen, die dabei verrichtet werden müssen, von einer Schwester und drei Ärzten angeleitet. Früher hat man zuerst den Partner angelernt. Mit längerer Erfahrung hat man jedoch gelernt, daß es psychologisch richtiger ist, zuerst den Patienten anzulernen, bis er das Verfahren beherrscht, und daß dann der Partner vom Patienten angelernt wird.“

Am Abschluß dieses Trainings werden die Patienten mit der Maschine nach Hause entlassen. Die Maschine wird zu Hause installiert, und die Patienten behandeln sich dann selbst.

Im Arztzimmer der Dialyseabteilung hängt eine Tafel mit Namenskärtchen der einzelnen Patienten. Danach werden zur Zeit 19 statt der normalerweise 16 Patienten in der Zentrumsdialyse behandelt. Die Gruppe der Heimdialysepatienten hat oben sieben Namenskärtchen, das sind Patienten, die zur Zeit trainiert werden. Weitere vier darunter sind Patienten, die darauf vorbereitet sind. Sie haben solche Blutwerte, daß sie es gerade noch zu Hause aushalten können.

Ein anderer Kärtchenblock zeigt die Patienten, die bereits eine künstliche Niere zu Hause haben und sich selbst behandeln. Zur Zeit sind es 29. Aber diese Zahl wächst ständig, wie Dr. Konner berichtet. Wieder ein anderer Kärtchenblock in roter Farbe zeigt die Transplantierten.

Die künstliche Niere, welche die Patienten bei der Heimdialyse benutzen, kostet zwischen 24 000 und 30 000 DM. Die ganze Organisation der Heimdialyse wird getragen von einem „Kuratorium Heimdialyse“ in Frankfurt. Das ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die die Heimdialysepatienten in allem betreut und versorgt. Das heißt, die Klinik ist der verlängerte Arm des Kuratoriums. Sie kauft die Geräte und stellt diese in einer Art Leasing-System den Patienten, den Krankenkassen zur Verfügung.

Das Kuratorium garantiert darüber hinaus einen ärztlichen Dienst: Die Dialyse-Ärzte der Klinik sind entweder in der Klinik oder zu Hause immer erreichbar, wenn Komplikationen auftreten. Drittens garantiert das Kuratorium einen technischen Dienst. Die Klinik beschäftigt zwei Techniker, die routinemäßig alle vier Wochen die Geräte beim Patienten überprüfen. Als viertes hat das Kuratorium einen Schwesterdienst organisiert, denn es kann beispielsweise der Fall eintreten, daß der Partner ausfällt.

An dieses Kuratorium sind inzwischen zehn Zentrumsdialysen angeschlossen. Zur Zeit betreut das Kuratorium etwa 180 Patienten. In Köln sind davon 36 Patienten.

Aus der Gruppe der Patienten, die Zentrumsdialyse machen, und der, die Heimdialyse machen, rekrutieren sich nun die Anwärter auf Transplantationen.

Zur Transplantation eignet sich nicht jeder Patient. Heute müssen noch Altersgrenzen gesetzt werden. Die obere Grenze liegt zur Zeit bei 45 Jahren. Aber diese Grenze verschiebt sich immer weiter nach oben, wie Dr. Konner berichtet. Alle Patienten unter 45 Jahren sind in Programme einprogrammiert, wie beispielsweise in dem europäischen Nieren-Zentrum in Leiden in Holland. In Köln werden den Patienten Blutproben abgenommen, die sofort von den Helfern der JUH-Köln nach Leiden gefahren werden. In Leiden werden spezielle Blutuntersuchungen gemacht. Das Blut wird typisiert. Man untersucht weiße Blutkörperchen und stellt an ihnen Merkmale fest, die für jeden Menschen besonders ausgeprägt sind. Jeder Mensch hat ein anderes Typisierungsschema. Diese Daten der einzelnen Patienten werden in einen Computer gegeben. Damit ist dieser Patient erfaßt.

Die Spenderseite sieht so aus: Man macht heute fast ausschließlich

Transplantationen mit Leichennieren. Transplantationen von Lebendspendern sind schwierig. Es muß ein ganz naher Verwandter sein. Die besten Ergebnisse hat man bei eineiigen Zwillingen.

Ein Beispiel für einen Spenderfall: Ein 18jähriges Mädchen hat in Eindhoven einen Verkehrsunfall und wird in ein Krankenhaus eingeliefert. Es hat derartig schwere Schädel- und Gehirnverletzungen, daß sich das mit dem Leben nicht mehr vereinbart. Dann erhält das Krankenhaus die lebenswichtigen Funktionen des Körpers maschinell aufrecht, die Atmung, die Herztätigkeit und damit den Blutdruck. Man entnimmt von dieser Patientin Blut und schickt es nach Leiden. Dort werden die Daten in den Computer gegeben. Dieser wirft dann eine Liste von Namen aus, die auf diese Eigenschaften passen. Von Leiden aus werden die Zentren angerufen, die Patienten mit diesen Eigenschaften haben.

Wenn das alles klar ist, organisieren die Eindhovener den Transport. Hierbei geht es um Stunden. Es geht dann etwa so vor sich. Vom Zeitpunkt des Todes bis zur Transplantation vergehen acht bis 24 Stunden. Der Transport ist dabei ein rein organisatorisches Problem. Die Bundeswehr oder die amerikanische Armee stellt Hubschrauber dafür zur Verfügung. Zum Teil geht das auch mit dem Auto. „Die Kölner Johanniter sind ja auch schon Nieren gefahren“, erwähnt Dr. Konner.

Das medizinische Problem liegt darin, die Niere funktionstüchtig zu erhalten, denn sie hat beim Transport keine Verbindung zum Kreislauf.

Dieses medizinische Problem der Erhaltung der Funktionstüchtigkeit ist noch nicht endgültig gelöst. Heute kann man schon im äußersten Fall die Niere 28 Stunden funktionsfähig erhalten. Die Nieren kommen für den Transport in eine Lösung und werden mit dieser durchgespült. Das Transportgerät hat die Größe eines halben Schreibtisches.

Die Operation wird von einem speziellen Ärzteteam ausgeführt. In Köln geschieht das in der Universitätsklinik. Die Patienten müssen in sterilen Räumen liegen und bleiben in dieser sterilen Behandlung etwa zwei bis drei Wochen, damit Infektionsgefahren so weit wie möglich ausgeschaltet werden. Zur Zeit gibt es in Köln-Merheim neun transplantierte Patienten. Der älteste besitzt seine fremde Niere seit dreieinhalb Jahren. Diese Patienten

stehen ständig unter Medikamenteneinfluß. Die medikamentöse Behandlung darf nicht unterbrochen werden. Übrigens wird die längste Dauerdialyse bei einem Patienten seit 12 Jahren ausgeführt.

Nach der Transplantation hat der Patient die größten Vorteile, denn er ist nun unabhängig von jeder Maschine! Bei gutem Gesundheitszustand kann er ein normales Leben führen. Ein typischer Fall: Ein 32jähriger Patient hatte seit der Kindheit eine chronische Nierenentzündung. Vor etwa eineinhalb Jahren konnte er mit konservativen Mitteln nicht mehr gehalten werden, also mit Medikamenten und diätischen Anweisungen. Die Giftstoffe im Blut stiegen zu hoch an. Er wurde dann trainiert, und nach einem Jahr Heimdialyse fing er wieder an zu arbeiten. Für diesen Patienten bekam die Kölner Klinik eine Niere aus Eindhoven. Es wurde transplantiert und alles klappte. Zur Untersuchung kommt er jede Woche noch einmal in die Klinik.

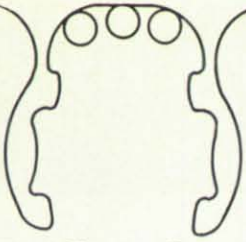
Die Niere hat im menschlichen Körper vier wichtige Funktionen:

Die erste ist die Konstanz des Wasserhaushaltes. Die Niere scheidet täglich durchschnittlich eineinhalb bis zwei Liter Urin aus, der durch Filtration entsteht, d. h. das Blut wird beim Kreislauf durch die Nieren mit einem bestimmten Druck hindurchgeschickt. Hierbei wird Wasser ausgeschieden. Die Niere produziert täglich 170 Liter von diesem Wasser, von denen sie wieder 168 Liter pro Tag in den Körper zurückführt. Die restlichen zwei Liter werden als Urin ausgeschieden. Zweitens filtert die Niere die Abbauprodukte des Eiweißes, also Harnstoff und Kreatinin ab.

Drittens ist die Niere für das Säure-Basen-Gleichgewicht verantwortlich. Viertens ist die Niere verantwortlich für die Konstanz der Salze im Körper. Eine normale Niere wiegt etwa 150 Gramm. Es ist ein paariges Organ, d. h. es gibt zwei Nieren. Der Längsdurchmesser ist etwa 13 bis 14 cm. Sie besteht funktionell aus sogenannten Nierenkörperchen. Das ist das eigentliche Filterorgan zur Produktion des Urins. Daran schließen sich die Harnkanälchen an. Hier wird der Wasserhaushalt reguliert, Salze werden ausgeschieden u. a.

Feinde der Niere sind in erster Linie Bakterien. Jede Blasenentzündung ist im Grunde eine Nierenbeckenentzündung. Tritt dies öfter auf, ist das Endresultat eine Schrumpfniere.

G. L.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Appelle fruchten nichts

Bei Unglücksfällen, bei denen Schaulustige den Einsatz von Polizei und Sanitätspersonal behindern, werden nicht selten Menschenleben gefährdet, weil die notwendige Hilfe verzögert wird.

Gutes Zureden der Polizei fruchtet meist nicht viel. Die Innenminister der Länder haben zum Teil versucht, diesem Übelstand dadurch zu steuern, daß sie Erlasse herausgegeben haben, nach denen künftig in solchen Fällen gegen uneinsichtige Neugierige empfindliche Geldbußen verhängt werden können.

In einigen Städten scheint die Polizei entschlossen zu sein, exemplarisch gegen Uneinsichtige vorzugehen. Dies lassen zumindest Pressemeldungen erkennen, in denen gewissermaßen eine letzte Warnung zu sehen ist. Einige Landkreisverwaltungen haben den Erlaß einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht und verweisen darauf, daß die Geldbuße bis zu 1000 DM betragen kann.

Zivilschutz-Wettkämpfe in der DDR

Die Zivilschutz-Ausbildung in der DDR wird mit Nachdruck betrieben und durch besondere Leistungsvergleiche und Abschlußübungen wettkampf-mäßig aufgezo-gen.

In Ostberlin beispielsweise fand ein solcher Leistungsvergleich als Abschlußübung des Wettkampfes aller Ostberliner Stadtbezirke in der Zivilverteidigung statt. Der Stabschef der Ostberliner Zivilverteidigung, Oberst H. Peters, war Gast dieser Veranstaltung.

Die teilnehmenden Gruppen wurden in den verschiedensten Einsatzbereichen geprüft: Bergung von Verletzten, Entgiftung, Verwundeten-transport, Erste Hilfe und Überwindung von Hindernissen durch provisorische pioniertechnische Maßnahmen; hier im Zusammenwirken der

verschiedensten Einsatzgruppen. Auf dem Programm standen auch Lebensmitteluntersuchungen und die Schaffung von Durchgangstraßen durch vergiftetes Gelände. In Dresden wurden Leistungsvergleiche zwischen dreizehn Gruppen der „Ersten ärztlichen Hilfe“ und zehn Sanitätsgruppen durchgeführt. An anderer Stelle der Stadt wetteiferten die Aufklärungs- und Kontrolltruppe der Zivilverteidigung unter Leitung des Bezirksbürgermeisters. Auch hier wurden alle Übungen unter der Annahme radioaktiver Verseuchung durchgeführt.

Bundeswehr-Rettungsflugzeuge

Die Bundesrepublik ist von einem ausgedehnten Netz von Such- und Rettungskommandos der Bundeswehr überzogen. Die SAR-Bereiche Porz-Wahn und Glücksburg halten ihre Einheiten in ständiger Flugbereitschaft; die Kommandos in Landsberg, Bremgarten, Karlsruhe, Leipheim, Diepholz, Jever, Nörvenich und Hopsten verfügen über modernste Hubschrauber, die in viertelstündiger Startbereitschaft gehalten werden.

Bundesverteidigungsministerium und Bundesverkehrsministerium arbeiteten bei der Festlegung der SAR-Bereiche eng zusammen. Es sollte so sichergestellt werden, daß innerhalb von spätestens einer Stunde nach Alarmierung jeder Punkt des Bereiches erreicht werden kann. Auf Westerland, Borkum, in Nordholz und Kiel-Holtenau stehen Hubschrauber-Bereitschaften, zusätzlich verfügt der SAR-Bereich Glücksburg noch über fünf Flugsicherungsboote, die in List, Kiel-Holtenau und auf Helgoland stationiert sind.

Zur wesentlichen Verbesserung der Rettungs-Kapazität hat die Einführung des Turbinen-Hubschraubers Seaking beigetragen, der eine Maximal-Flugdauer von sechs Stunden hat. Er kann auch unter Nachtflugbedingungen eingesetzt werden.

Verpflichtung ernst nehmen

Helfer, die sich, um den Wehrdienst zu umgehen, auf die Dauer von 10 Jahren zur Mitwirkung im

Katastrophendienst verpflichtet haben und dann dieser Verpflichtung nicht mehr nachkommen, werden in Zukunft doch noch zur Bundeswehr eingezogen. Eine Novelle zum Wehrpflichtgesetz hat jetzt das Einberufungsalter von 25 auf 28 Jahre erhöht.

In zunehmendem Maße hatten junge Männer, die für den Katastrophendienst verpflichtet waren, sich nach der Vollendung des 25. Lebensjahres von ihrer Tätigkeit im Katastrophenschutz gelöst; eine Einberufung zur Bundeswehr war dann wegen der erreichten Altersgrenze nicht mehr möglich.

Umwelt-Radioaktivität

Die Strahlenbelastung der Bevölkerung wird auch heute noch weitgehend durch den Fallout der oberirdischen Kernwaffenversuche der fünfziger und sechziger Jahre bestimmt.

Der Bericht der Bundesregierung über die Umwelt-Radioaktivität läßt erkennen, daß sich die radioaktive Verseuchung künstlichen Ursprunges gegenüber dem Jahre 1971 nicht verändert hat. Die radioaktive Belastung der Bevölkerung ist leicht rückläufig. Man will jedoch auch künftig — obwohl infolge der Einstellung oberirdischer Kernwaffenversuche die Strahlenbelastung laufend zurückgeht — weiterhin die Umwelt-Strahlung kontrollieren. Die Daten werden von 50 Fach-Labors ermittelt, das hierzu benötigte Material wird in zahlreichen, über die ganze Bundesrepublik verteilten Kontrollstellen gewonnen.

Zivilverteidigung als Thema der Freizeitgestaltung

In der Sowjetunion wird der Versuch unternommen, der Bevölkerung auch im Rahmen der — ganz privaten — Freizeitgestaltung den Zivilschutz nahezubringen. In den Parks der Großstädte, die nach Feierabend ein beliebtes Ausflugsziel sind, wurden Tribünen errichtet, auf denen musikalische Darbietungen und Theatervorführungen oder Dichterlesungen stattfinden.

Seit neuestem werden in solche Darbietungen auch Vorträge über Maßnahmen der Zivilverteidigung eingeschaltet. Solche Freizeitangebote, die keineswegs einseitig sind, haben vor allem in den Arbeiterwohnbereichen großen Anklang gefunden.

Computer leitet Feuerwehreinsätze

Automatische Einsatzzentrale wird z. Z. in der Nachrichtenzentrale der Hauptfeuerwache München getestet



Blick auf die Bedienungselemente der automatischen Einsatzzentrale, die in der Nachrichtenzentrale der Hauptfeuerwache München getestet wird. Über ein Datensichtgerät können dabei auch Anfragen oder Kommandos an eine Datenverarbeitungsanlage — den Einsatzleitrechner — gegeben werden.

Unser Feuerwehren haben heute nicht nur Brände zu bekämpfen, sondern sie müssen zunehmend auch zahlreiche andere Hilfeleistungen wie Krankenbeförderung, Notarzteinsätze usw. bewältigen. Und immer gilt es dabei, die Zeitspanne zwischen Gefahrenmeldung und Hilfe möglichst kurz zu halten. Um diesen Belastungen auch künftig gewachsen zu sein, heißt es auch hier: Automatisieren. Einen möglichen Weg dazu bietet die von einer

westdeutschen Firma entwickelte Einsatzzentrale mit der Kurzbezeichnung EZ 2000. Mit diesem System, das als Kernstück eine Datenverarbeitungsanlage enthält, können alle Aufgaben in der Nachrichtenzentrale der Feuerwehr, wie optimale Einsatzpläne auswählen, Mannschaften in den Feuerwachen alarmieren, Notärzte abrufen, den günstigsten Anfahrtsweg ermitteln usw., zusammengefaßt und weitgehend automatisiert werden.

Bei der Konzeption der Einsatzzentrale EZ 2000 stand der Gedanke im Vordergrund, den Beamten in der Feuerwache im Falle eines Einsatzes durch geeignete Hilfsmittel und den raschen Zugriff zu einer Vielzahl einsatzbezogener Informationen von Routinearbeiten zu entlasten und dabei gleichzeitig den Ablauf bei größerer Sicherheit schneller zu gestalten. Dazu wurden alle Bedienungselemente für die peripheren Anlagen — also Melde-

anlagen, Alarmierungssystem, Telefonaufnahme, Sprechfunk usw. — sowie für die angeschlossene Datenverarbeitungsanlage auf nur einem Einsatzleitplatz so konzentriert, daß eine einfache und übersichtliche Bedienung gewährleistet wird. Eine gravierende Erleichterung bringt die Einsatzzentrale aber vor allem durch das selbsttätige Auslösen von Alarmierungen und Benachrichtigungen sowie durch das Vorbereiten bestimmter Verbindungen,

die dann vom Bedienenden nur noch durch Tastendruck freigegeben werden müssen.

An dem genannten Einsatzleitplatz ist nur noch ein

Besatzungen, der Reihenfolge der zuständigen Wachen und dem Zustand der Einsatzfahrzeuge der Feuerwache zusammengestellt. Alle hierzu nötigen

den Fahrzeugen kommenden Funksprüche automatisch dem zuständigen Einsatzleitplatz zugeführt usw. Nach dem Einsatz wird die

venylidensulfid?“ sich beantworten lassen, ohne zeitraubende telefonische oder fernschriftliche Anfragen an alle möglichen Stellen richten zu müssen



Während des Einsatzes der Feuerwehr aufkommende Fragen, beispielsweise nach Hydrantenadressen oder unabhängiger Löschwasserversorgung — dies gilt insbesondere bei überörtlichen Einsätzen —, lassen sich leicht von der Datenbank der Einsatzzentrale beantworten.



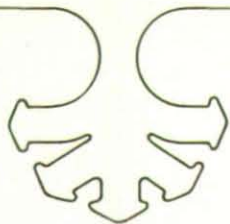
Gerade wegen der Vielfältigkeit der Hilfeleistung durch Feuerwehren könnte die automatische Einsatzzentrale in Zukunft eine große Hilfe sein. Schnell und sicher kann eine Datenbank auch Auskunft geben über die Gefährlichkeit brennender auslaufender Chemikalien, ohne daß Anfragen an alle möglichen Stellen gerichtet werden müssen.

Beamter statt drei oder vier an den bisherigen Funktionsplätzen für „seinen“ Einsatzfall zuständig. Kommt z. B. an einem gerade freien Leitplatz über Notruf ein Hilfeersuchen an, füllt der bedienende Beamte ein auf dem Bildschirm seines Datensichtgerätes stehendes Meldeformular aus. Die zur Einsatzzentrale gehörende Datenverarbeitungsanlage — der Einsatzleitrechner —, an den das Datensichtgerät angeschlossen ist, ermittelt nun den Alarmvorschlag und gibt diesen auf dem Datensichtgerät aus. Dieser Vorschlag wird aus den für den vorliegenden Fall erforderlichen Fahrzeugen mit den entsprechenden

Daten sind in der Datenbank des Einsatzleitrechners gespeichert. Über automatische Feuermelder eingehende Meldungen führen, da dem Rechner bekannt ist, woher sie kommen, unmittelbar zu einem Alarmvorschlag auf dem Datensichtgerät. Der Beamte quittiert nun nach einer eventuellen Ergänzung den Alarmvorschlag und gibt dadurch dem Einsatzleitrechner das Zeichen, die weiteren Arbeiten zur vollständigen Alarmierung zu übernehmen. Die Einsatzdaten werden zur ausgewählten Wache übertragen und dort per Fernschreiber aufgezeichnet, Einsatz- und Fahrzeugzustandsregister werden ergänzt, die von

Freimeldung der Fahrzeuge über Funk im Fahrzeugzustandsregister vermerkt. Für Statistikzwecke interessante Daten werden erfaßt und für spätere Verwendung gespeichert. Die Datenbank der Einsatzzentrale enthält aber noch eine Reihe weiterer Daten, die für die Feuerwehr wichtig sein können. So z. B. Straßenverzeichnis, Hydrantenadressen, besondere Objekte und Zuständigkeiten, Daten chemischer Stoffe usw. Damit kann der Beamte über sein Datensichtgerät Fragen wie „Wer ist befugt, die Straßenbahnoberleitung in der XY-Straße abzuschalten?“ oder „Wie gefährlich ist ausgeflossenes Trifluor-

oder Verzeichnisse zu wälzen. Die Einsatzzentrale EZ 2000 gibt es in verschiedenen Ausbaustufen mit und ohne Rechner. Mit anderen Datenverarbeitungsanlagen können Informationen ausgetauscht werden, falls man das wünscht und die erforderlichen Koppelgeräte einsetzt. So wäre es der Einsatzzentrale z. B. möglich, mit einem Verkehrsrechner zu korrespondieren, um eine günstige Einfädung der Einsatzfahrzeuge in den jeweiligen Verkehrsfluß zu erreichen. Das Motto „Schnell wie die Feuerwehr“ dürfte damit jedenfalls auch in Zukunft seine Berechtigung behalten.



Presseschau des Inlands

Das Wasser wird knapp

Entgegen allen gegenteiligen Versicherungen wird es bis zum Jahre 2000 eine erhebliche Wasserverknappung geben; der Bedarf an Wasser wird in der Bundesrepublik um mehr als die Hälfte von 27 Milliarden Kubikmeter auf 42 Milliarden Kubikmeter ansteigen. Diese besorgniserregende Prognose stellt das Frankfurter Batelle-Institut in einer Studie, die es im Auftrage des Bundesinnenministeriums erarbeitet hat.

Als Ausweg sieht das Institut nur eine verstärkte Filterung und Rückgewinnung von verbrauchtem Wasser. Die natürlichen Wasservorräte lassen sich nicht beliebig vermehren; die Süßwassergewinnung aus dem Meer ist immer noch sehr kostspielig. Bei der Untersuchung des industriellen Wasserbedarfs ging man davon aus, daß hier sehr unterschiedliche Ansprüche — z. B. nach Kühlwasser, Kesselspeisewasser, Fabrikationswasser und Belegschaftswasser unterschieden — gestellt werden. Der Industriebedarf wird mit 2,3 Prozent jährlich den stärksten Zuwachs haben, der private Konsum wird um jährlich knapp 2 Prozent steigen.

(Neue Rhein Zeitung, Essen)

Neuer Rettungshubschrauber durch Privatinitiative

Der Vertreter des Verkehrsministeriums sprach von der öffentlichen Verpflichtung für den Ausbau des Rettungsdienstes — der Geschäftsführer der Björn-Steiger-Stiftung allerdings war Meinung, es würden zwar erhebliche Beträge für vielleicht zu erwartende „Eventual-

fälle“ von der Bundeswehr und vom Amt für Katastrophenschutz bereitgestellt, für die akute Nothilfe gebe es jedoch kaum staatliche Unterstützung. Der neu eingesetzte Hubschrauber sei nicht für den akuten Rettungsdienst bestimmt, sondern stehe nur durch einen Trick als „Gerät des Katastrophenschutzes“ als Rettungshubschrauber zur Verfügung.

Bezahlt haben das moderne Rettungsgerät — Kostenpunkt: mehr als eine Million DM — die private „Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger“ (500 000 DM) und das Hessische Sozialministerium (400 000 DM). Den Restbetrag übernahm das Bundesverkehrsministerium, die Betriebs- und Unterhaltskosten von einer halben Million jährlich trägt das Bundesinnenministerium.

Der Präsident des ADAC ist davon überzeugt, daß in etwa zehn Jahren der Rettungsdienst aus der Luft zu einer Selbstverständlichkeit geworden sei.

(Frankfurter Allgemeine)

Auch die DLRG hilft bei Katastrophen

Anläßlich der Verleihung von DLRG-Urkunden an junge Rettungsschwimmer in Weinheim an der Bergstraße sprach der Vorsitzende des Landesverbandes Baden ein für seine Organisation wichtiges Thema an, die Unterstützung der DLRG durch staatliche Stellen. Hier sei die DLRG immer noch „fünftes Rad am Wagen“, während sie doch staats- und gesellschaftspolitische Aufgaben erfülle.

Der Vertreter des Bundesinnenministeriums ließ keinen Zweifel daran, daß die DLRG staatlicher Unterstützung bedürfe. Hier sei nur zu überlegen, woher die Mittel kommen sollten. Beim Deutschen Sportbund sei die DLRG in dieser Hinsicht schlecht aufgehoben, es biete sich mehr der Weg über den Katastrophenschutz an. Dabei müsse man sich allerdings von der Vorstellung der Zivilverteidigung freimachen. Auch im Katastrophenschutz wolle man — zusammen mit den anderen Hilfsorganisationen — in Not geratenen Menschen helfen. Wenn die DLRG bereit sei, diesen Vorstellungen des Bundesinnenministeriums zuzustimmen, stehe einer Finanzierung nichts mehr im Wege. (Der Lebensretter, Flensburg-Mürwick)

NADGE-Warnsystem soll verbessert werden

Das atlantische NADGE-Warnsystem soll möglicherweise so ausgebaut werden, daß auch die 6. US-Flotte im Mittelmeer einbezogen wird.

Die Bauprogramme für die 85 Stationen sind bereits abgeschlossen, doch nimmt die gerätetechnische Ausrüstung mehr Zeit in Anspruch, als ursprünglich angenommen wurde. Bisher wurden 308 Mio Dollar für dieses Warnsystem ausgegeben. Der personelle Bedarf für die ganze NADGE-Kette wird auf 6500 Spezialisten beziffert. Es besteht ein monatlicher Ausbildungsbedarf an 250 Fachkräften. 37 Stationen sind mit elektronischen Rechenanlagen ausgerüstet, die Zielanalysen und Einsatzberatungen vornehmen. Alle Fernmeldeleitungen sind abhör- und störsicher konstruiert.

(Wehr und Wirtschaft, München)

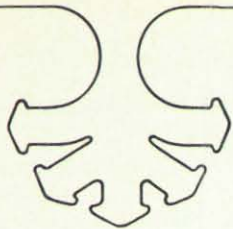
Wer ernährt uns im Krisenfall?

Es ist nicht nur eine in der Bundesrepublik Deutschland angestellte Überlegung, daß in einem Krisenfall, insbesondere bei einer bewaffneten Auseinandersetzung — die im eigenen Lande vorhandenen Lebensmittelreserven nicht ausreichen, wenn keine besonderen vorsorglichen Maßnahmen eingeleitet werden.

Die diesbezüglichen Ausführungen im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung“ sind der Hintergrund der Ausführungen der Fachzeitschrift.

Den Marktordnungsreserven der EVSt kommt nach Ansicht des Weißbuches erhebliche Bedeutung zu, sie könnten im Verteidigungsfalle zur Versorgung der Bevölkerung herangezogen werden. Lenkende und bewirtschaftende Maßnahmen des Staates „sind vor allem notwendig, um Bestände und Produktionen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu erfassen und die Lebensmittel möglichst gerecht zu verteilen.“ Außerdem existiert noch die zivile Verteidigungsreserve aus verbrauchsfertigen Lebensmitteln, die ausreichen soll, die Bevölkerung 30 Tage lang mit mindestens einer warmen Mahlzeit je Tag zu versorgen.

(Schwäbischer Bauer, Ravensburg)



presseschau DES AUSLANDS

Übungen des Werk-Zivilschutzes rechtfertigen sich selbst

Военные Знания

Übungen, die durch Werkseinheiten — Bergungs- und Rettungskommandos als Untergruppen einbegriffen — als eine Form des Einsatztrainings der Zivilschutzkräfte in staatlichen Wirtschaftsunternehmen durchgeführt werden, sind sehr nützlich und geben sich selbst eine Rechtfertigung. Man zieht in Erwägung, daß diese Werkseinheiten durch besondere Nachwuchskorps unterstützt werden sollen.

Die Planung für diese Einsatzübungen soll so angelegt werden, daß im Laufe eines Jahres in jedem Werk und von jeder Spezialeinheit mindestens zwei Übungen durchgeführt werden. Dabei sollen die Übungen der Rettungseinheiten nicht gesondert von den Übungen der Spezialeinheiten abgehalten werden. Dadurch lassen sich sonst unvermeidbare Schwierigkeiten bei Rettungs- und Instandsetzungsarbeiten vermeiden. Die zweite Übung sollte grundsätzlich den besonderen Punkten, die sich aus der Besprechung des Zivilschutzplanes des Werkes ergeben, gelten. Die taktische Übungssituation sollte so kompliziert gestaltet werden, daß die Übungslage der wirklichen Situation eines Ernstfalles weitgehend angenähert ist.

(Moskau, Nr. 11/1971)

Britische Zivilschutz-Delegation besucht Österreich

ZIVILSCHUTZ

Zivilschützer aus England waren als Angehörige einer 28köpfigen

Abordnung zu einer Studienreise gekommen. Anlaß dazu war das positiv zu bewertende Ergebnis der vom ÖZSV durchgeführten Meinungsbefragung zum Zivilschutz, die ein klares „Ja“ der Österreicher brachte. Bereits in Salzburg wurde die Abordnung, der auch britische Rot-Kreuz-Funktionäre angehörten und die von Präsident Charlier (Suffolk) geführt wurde, in einem ersten Kontaktgespräch über den Stand der Zivilschutzarbeit im Bundesland Salzburg informiert. Zwei Tage lang blieben die Gäste in Wien, wo Einrichtungen der Berufsfeuerwehr, die Zivilschutzschule des Innenministeriums und Musterschutzräume besichtigt wurden.

Steiermark, Kärnten und Tirol waren die nächsten Etappen.

In Innsbruck wurden Einrichtungen der Feuerwehr besichtigt, ebenso der ÖZSV-Ausstellungs-Großraumwagen mit der Sonderschau „Zivilschutz geht uns alle an“ und die Ausstellung „Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe“, die vom Amt der Tiroler Landesregierung veranstaltet wurde.

(Wien, Nr. 6/1972)

Zivilschutzübung in Umbrien

PROTEZIONE CIVILE

Nach der Verabschiedung des italienischen Gesetzes über den Zivilschutz werden auch in Italien immer wieder Zivilschutz-Übungen durchgeführt. Eine solche Übung fand auch in Umbrien statt, wo das Korps der Freiwilligen Feuerwehr im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt wurde. Der Gebietsinspekteur der Freiwilligen Feuerwehren für Umbrien hatte diese Übung im Einvernehmen mit dem Provinzkommando angesetzt, um die Schnelligkeit der Zivilschutzabteilungen zu testen.

Es wurden hierbei ausschließlich Personal und Fahrzeuge des Nationalkorps der FW eingesetzt. In der Vergangenheit war bereits mehrfach Klage darüber geführt worden, daß die Zuständigkeit der gemeindlichen

Feuerwehren in diesem Bereich nicht ausreichend festgelegt sei. In der Übung wurde nun die Unterstützung dieser Organisationen durch die gebietlichen mobilen Kolonnen demonstriert. Als Übungslage war eine Überschwemmung gegeben.

Es wurden 16 Fahrzeuge, 4 Boote, ein Amphibienfahrzeug und ein Hubschrauber eingesetzt, Versorgungseinrichtungen — Zelte und Feldküche — waren ebenfalls im Einsatz. Bergungsaufgaben an Menschen und Tieren sowie Transportaufgaben zum Krankenhaus wurden durchgeführt. Die Übungsleitung war mit den Zeit-Ergebnissen zufrieden.

(Rom, Nr. 15/ 1971-72)

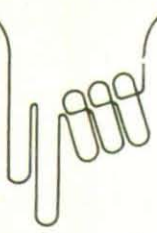
Reines Wasser - unschätzbare Gut

SOWJETUNION HEUTE

Verhält sich der Mensch mit genügender Umsicht zu einem unersetzlichen Gut, zum reinen, natürlichen Wasser? Dieses Thema war Gegenstand eines Gespräches mit Professor Gennadi Kalinin, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Vizepräsident einer Kommission der Internationalen Vereinigung der Wissenschaftlichen Gewässerlehre.

„Man braucht sich nur von der weitverbreiteten Auffassung befreien, Wasser sei ‚Niemandsgut‘, um zu begreifen, daß Wasser der ganzen Menschheit gehört und nicht nur verwendet, sondern auch gespart und geschützt werden muß . . . Es ist von den unerschöpflichen Wasservorräten der Erde die Rede, die auf Hunderte Millionen Kubikmeter geschätzt werden. Doch davon sind uns von dem jährlichen Hundertstel eines Prozentes, welches in den natürlichen Kreislauf gerät, nur ein Teil zugänglich . . . Man sollte sich für die Zukunft nicht nur auf das Klären von Industrieabwässern verlassen; Vollreinigung ist so kostspielig, daß sie fast unrentabel ist. Im geschlossenen Kreislauf sollte man im Maßstab ganzer territorialer Produktionskomplexe denken, in denen alle Abwässer nutzbar gemacht werden können.“

(Moskau, 1. Juli 1972)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Väestönsuojelulehti
Helsinki/Finnland, Nr. 3/1972

Freiwillige Bürgermithilfe

Das neue System des finnischen Bevölkerungsschutzes ist so organisiert, daß in allen Bereichen die Hauptverantwortung bei den Behörden liegt. Die in Helsinki erscheinende Fachzeitschrift befaßt sich mit der Tätigkeit der freiwilligen Organisationen im Bevölkerungsschutz. Ausgangspunkt ist der § 8 des finnischen Bevölkerungsschutzgesetzes, der vorsieht, daß das Innenministerium bestimmte Aufgaben des Bevölkerungsschutzes an freiwillige Organisationen delegieren kann. Das neue Gesetz gründet sich auf das Prinzip der Freiwilligkeit; damit beginnen allerdings auch die Schwierigkeiten, weil die Bereitschaft geeigneter Personen letztlich darüber entscheidet, ob eine ausreichende Basis für den Bevölkerungsschutz geschaffen werden kann. Information und Aufklärung der Bevölkerung werden dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Sivilt Beredskap
Oslo/Norwegen, Nr. 4/1972

Lebensmittelversorgung im Kriege

Ein Artikel, der in der norwegischen Zeitung „Aftenposten“ veröffentlicht wurde und sich mit dem Krisenvorrat des Landes, der für 45 Tage ausreicht, befaßt, hat Oberstleutnant O. Helland veranlaßt, nun in der Zivilschutz-Fachzeitschrift einige Betrachtungen zu diesem Thema anzustellen. Es geht ihm in erster Linie darum, das durch solche Beurteilungen, wie sie in der Zeitung wiedergegeben werden, verzeichnete und zu zuversichtliche Bild wieder gerade zu rücken. Seine Ansicht: In einem Kriege ist es für das betrof-

fene Land nicht damit getan, daß die Bevölkerung deshalb überleben kann, weil die Kalorienzahl auf das Existenzminimum gesenkt wird; ein Krieg erfordert von dem gesamten Staatswesen einen enormen Einsatz. Damit aber dieser Einsatz von der Bevölkerung auch erbracht werden kann, muß man mit einem bedeutend höheren Energieverbrauch rechnen. Eine genaue Aufrechnung von gegebenen Fakten dient dem Verfasser als Grundlage für seine Schlußfolgerungen. Er streift dabei alle Versorgungsbereiche und orientiert sich ständig an der geographischen und politischen Lage, wie sie sich gegenwärtig darstellt.

De Paladijn
Den Haag/Niederlande, Nr. 2/1972

Krieg und moderne Gesellschaft

„Neunzig Prozent aller Menschen, die sich jemals ernsthaft mit Naturwissenschaften befaßt haben, leben in der Gegenwart; allein ein Fünftel von ihnen ist mit wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verbesserung von militärischen Waffen beschäftigt. Für diese Untersuchungen werden jährlich in der ganzen Welt etwa 65 — 75 Milliarden DM aufgewendet.“ Der Beitrag der niederländischen Fachzeitschrift befaßt sich mit den Überlegungen, die Alastair Buchan, der Direktor des bekannten englischen Instituts für strategische Studien, London, in seinem Buch „Krieg und moderne Gesellschaft“ anstellt. Der Einführungssatz stammt von Professor Röling. Allein in diesem Jahrhundert haben bis 1967 bereits mehr als 100 Millionen Menschen ihr Leben als direkte oder indirekte Folge eines Krieges verloren. Als Folge der weiter entwickelten Waffen könnten heute in einem Atomkrieg innerhalb weniger Tage bereits dreimal so viele Menschen — und der Großteil der Industrie-Kapazität der Erde — vernichtet werden. Dennoch gibt es — trotz aller Schwierigkeiten, die einer weltweiten Abrüstung entgegenstehen — Lichtblicke: die Beendigung der Atomversuche in der Atmosphäre; die einseitige Erklärung der USA, der UdSSR und Englands, die Produktion von spaltbarem Material einzuschränken, und weitere durchaus realistische Vorschläge.

Wehrkunde
München, Nr. 5/1972

Strategische Bedeutung des Zivilschutzes

Über die strategische Bedeutung des Zivilschutzes und seine taktischen Möglichkeiten hielt Ministerialrat A. Dedekind bereits im Herbst 1971 auf einem deutsch-schweizerischen Zivilschutz-Symposium in Freiburg einen Vortrag. Das gleiche Thema behandelt er nun in einem Aufsatz, der von der in München erscheinenden Militärfachzeitschrift veröffentlicht wird.

Über den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland sagt Dedekind u. a.: „Es gehört zu den Gegebenheiten einer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie, daß die Exekutive auch in der Praktizierung des Zivilschutzes ausschlaggebend von zwei Prämissen abhängt: 1. von dem einschlägigen Konzept der politischen Führung und von dem ihr erteilten gesetzlichen Auftrag; 2. von Art und Umfang der finanziellen Bedienung dieses erteilten Auftrages.“

Nach einem ausführlichen Überblick kommt der Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß der Zivilschutz gerade heute „das überzeugende Engagement der Politik“ dringend braucht.

Internationale Zivilverteidigung
Genf/Schweiz, Nr. 204

Betreuung nach der Katastrophe

Immer noch steht die Menschheit den Naturkatastrophen fast machtlos gegenüber. Neben der bei solchen Ereignissen unmittelbar notwendigen Soforthilfe spielt auch die sogenannte „Milieu-Sanierung“ eine erhebliche Rolle.

Der Beitrag im Mitteilungsblatt der Internationalen Organisation für Zivilverteidigung greift dieses Thema in aller Breite auf. Die Thematik ist vielfältig, sie reicht von der Wasserversorgung, Wasserspeicherung und Kontrolle des Wassers über die Beseitigung der Abfälle und die Lebensmittelhygiene bis zur Bekämpfung von Nagetieren und Ungeziefer. Die Leichenbestattung und die — leider sehr oft dringend notwendige — sanitäre Erziehung der von der Katastrophe Betroffenen sind ebenfalls angesprochen.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Geräte zum Orten von Kabelfehlern

Neue Geräte für das schnelle Auffinden von Fehlern an Starkstromkabeln für Hoch- und Niederspannung hat eine westdeutsche Firma bei gleichen Grundabmessungen nach



dem Bausteinsystem in Einschubtechnik aufgebaut. Mit ihnen lassen sich Kabelfehler nach dem Impuls-Reflexionsverfahren vororten und nach induktiven, akustischen sowie hochfrequenten Suchverfahren punktgenau nachorten. Sämtliche Geräte sind hochspannungsgekapselt und lassen sich einfach und gefahrlos bedienen.

Die einzelnen Geräte sind in Gießharztechnik raumsparend aufgebaut und können in Kabelmeßwagen auf kleinstem Raum eingebaut werden. Eine üblicherweise im Wagen getrennt angeordnete Hochspannungsschaltzelle ist nicht erforderlich.

Durch Zusatzgeräte lassen sich ohne zeitraubendes Umklemmen sämtliche Brenn- und Ortungsgeräte auf die einzelnen Adern des Prüflings gefahrlos umschalten. Die Geräte sind auch mit anderen Geräten kombinierbar.

Universal-Abseil- und Rettungsgeräte

Ein Rettungsgerät, das im Rahmen eines Forschungsauftrages des Bundesverbandes Deutscher Eisenbahner entwickelt wurde, fand auf der „Interschutz“ in Frankfurt großes Interesse. Ziel des Forschungsauftrages war es, ein Gerät zu konstruieren, mit dem Fahrgäste aus Sesseln und Kabinen von Seilbahnen bei Betriebsstörungen in Sicherheit gebracht werden können. Dieses Ziel ist mit dem neuen Rettungsgerät erreicht worden. Es eignet sich aber auch für andere Zwecke. Vielseitige Rettungsarbeiten und Abseilvorgänge lassen sich damit durchführen. Ob es darum geht, einen Menschen aus einem brennenden Haus abzuseilen, oder einen verletzten Bauarbeiter von einem Gerüst in Sicherheit zu bringen, oder einen Ohnmächtigen



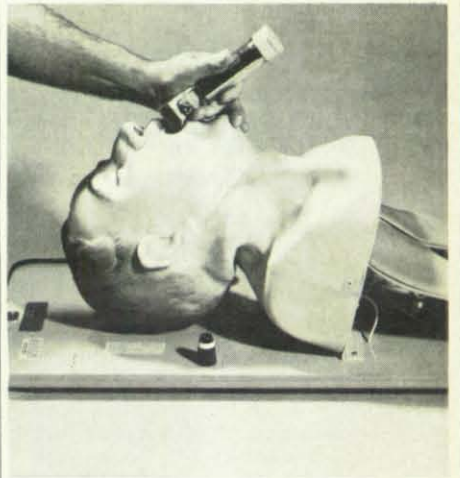
aus einer Baugrube zu heben, das Rettungsgerät läßt sich immer wirkungsvoll einsetzen. Bei diesem Gerät ist ein hitzegeschütztes Polyamid-Kernmantelteil zweieinhalbmal um eine Aluminiumrolle geführt, die sich in Abseilrichtung nicht mitdreht. Dadurch entsteht eine Bremswirkung, erzeugt durch den Umschließungswinkel von 900 Grad. In der entgegengesetzten Richtung dreht sich die Rolle durch die eingebaute Rücklaufsperre, so daß man das abgelaufene Seil bzw. die Rettungsgurte ohne Kraftaufwand wieder hochziehen kann. Die Handkraft, die zum Abseilen einer Person von 110 kg erforderlich ist, beträgt bei trockenem Seil ca. 5—10 kg. Personen, die nicht unter irgendwelchen schädigenden Einflüssen stehen, können sich auch selbst abseilen.

Der Bergungssitzgurt ist ein wichtiger Bestandteil des Rettungsgerätes. Er

hat keine Riemen und keine Schnallen. Es ist keine Größenverstellung notwendig. Mit einem Handgriff löst sich der Bergungssitzgurt am Boden.
H. F.

Übungsgeräte zum Intubieren

Immer häufiger wird auch in Notfallsituationen die Intubation — also das Einlegen einer Röhre (Intubator) in den Kehlkopf vom Munde aus, um die Erstickungsgefahr abzuwenden — als Teil der lebensrettenden Sofortmaßnahmen durchgeführt. Durch neue Intubationstrainer ist es jetzt möglich geworden, Unterricht und Übung der Intubation noch wirklichkeitsnaher zu gestalten. Es gibt Intubationsmodelle, die das normale Aussehen von Köpfen



Erwachsener und Kinder haben. Die Haut wirkt lebensecht, Unterkiefer und Hals sind beweglich. Vor allem aber ist es der Nasen-Rachenraum, der anatomisch korrekt nachgebildet wurde: Künstliche Zunge, Epiglottis (Kehlkopfdeckel), Stimmbänder, Trachea (Luftröhre) und Kehlkopf bieten naturgetreue Intubationsverhältnisse. Zum Erwachsenenmodell gehört noch eine Warnlampe, die aufleuchtet, sobald mit dem Laryngoskop (Kehlkopfspiegel) zu starker Druck gegen die obere Zahnreihe ausgeübt wird. Mit diesen Hilfsmitteln stehen auszubildenden Medizinern ideale Geräte zur Verfügung, um sich Fingerspitzengefühl und Routine für orotracheales — mit dem Erwachsenenmodell auch für nasotracheales — Intubieren anzueignen, ohne dabei Patienten zu gefährden. Das im Bild gezeigte Laryngoskop ist aus unzerbrechlichem Kunststoff.
H. F.

Die totale Autogesellschaft

Von Hans Dollinger.
Carl Hanser Verlag, München.
DM 16,80.

„Das Auto ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ — so überspitzt könnte das Resümee dieses mahnenden, ja aggressiven Buches lauten. Die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Auto, das die Städte verstopft und verpestet, hat nach Dollingers Meinung bereits den Menschen verändert. In diesem Buch wird das Auto als Spielzeug, aber auch als Mordwaffe charakterisiert, das in absehbarer Zeit keine Chance mehr haben soll. Hemmungslose „Automobilisierung“ hat verheerende Folgen — und doch ist niemand bereit, auf das Auto zu verzichten. „Katalog des Schreckens“ ist ein Kapitel überschrieben: täglich 50 Tote im Straßenverkehr der Bundesrepublik, alle drei Stunden stirbt ein Kind bei einem Verkehrsunfall. Dollinger beschäftigt sich mit der Problematik der Sicherheitsbestimmungen ebenso wie mit der Umweltverschmutzung durch Abgase, mit dem Lärm wie mit dem Teufel „Alkohol am Steuer!“ Des Verfassers Fazit: ob künftig Elektroauto, Minitaxi oder City-Car, die Technik wendet sich gegen die Technik — „Die totale Autogesellschaft ist so lange nicht zu Ende, bis dem Auto durch Gesetz sein bescheidener Platz als einem von vielen Transportmitteln zugewiesen wird und die Autofahrer ihr irrationales Verhältnis zum Auto aufgeben“.

Rote Raketen

Von Jewgenij Rjabschikow.
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
DM 25,—.

Rjabschikow, Experte auf dem Gebiet der sowjetischen Raumfahrt, läßt

den Leser erstmals einen Blick hinter die Kulissen der Raumfahrt in der UdSSR tun. Von Juri Gagarin, dem ersten Menschen, der am 12. April 1961 an Bord von Wostok 1 genau 108 Minuten lang die Erde umkreiste, von den Sputniks bis zu den Sojus-Unternehmen, werden in diesem Buch Fakten berichtet: über die technischen Entwicklungen, die Zukunftspläne und über das Geheimnis des sowjetischen Vorsprungs auf einigen Gebieten der Raumfahrt.

Bilder, die erstmals in der freien Welt veröffentlicht wurden, ergänzen diesen ausgezeichneten Überblick über die sowjetische Weltraumforschung. Der Untertitel des Buches, „Keiner kennt Baikonur“, weist auf die guten Beziehungen des Autors zu zahlreichen Kosmonauten und Wissenschaftlern hin, die diesen Report über die Raumfahrt in der UdSSR von den Anfängen bis heute ermöglichen.

Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben vom Auswärtigen Amt.
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.
DM 38,—.

Außenminister Scheel wünscht in seinem Vorwort, daß diese Selbstdarstellung des Ministeriums Verständnis für die außenpolitischen Möglichkeiten der deutschen Politik wecken möge. Der umfangreiche Mitarbeiterkreis hat dazu zu einer unüblichen, aber wirkungsvollen Form gegriffen: es wird keine geschichtliche Darstellung gegeben, vielmehr spricht diese Dokumentation, zusammengestellt aus zahlreichen unpublizierten Dokumenten des Amtes, vielfach für sich. Der Weg der deutschen auswärtigen Politik von 1949 bis heute (das Buch wurde am 15. November 1971 abgeschlossen) wird sichtbar, der vom Chaos zur wirtschaftlichen Stabilität führte. Das Ringen um die Einheit der Nation, die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt machen die Entwicklung deutlich. Ein kleiner Ausflug in die Nebensächlichkeiten (?) der „großen“ Politik sei erlaubt: die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland, der Einsatz des Hospital-schiffes „Helgoland“, die Hilfe für Ostpakistan und anderes bleiben nicht unerwähnt. So ist in der Dokumentensammlung der

Wortlaut des Abkommens zwischen der BRD und der Republik Vietnam über den Einsatz der „Helgoland“ vom 28. 3. 1966 ebenso veröffentlicht wie die Verlautbarung des Bundesministeriums des Innern über eine Soforthilfeaktion für Süd-Vietnam vom 22. 2. 1968. Im Tabellenteil folgt eine ausführliche Darstellung der Ausgaben für humanitäre Hilfe in den letzten Jahren mit präziser Angabe der aufgewandten Mittel. Insgesamt gesehen ein Buch, sicherlich nicht nur für Politologen, sondern für alle, die die letzten zwanzig Jahre deutscher Geschichte bewußt miterlebt haben.

China und die Hoffnung auf Glück

Von Wolfgang Bauer.
Carl Hanser Verlag, München.
DM 59,—.

Wer sich um den Abbau der Spannungen in der Welt bemüht, muß zwar den politischen Realitäten Rechnung tragen — er muß sich aber auch bemühen, ein besseres Verständnis zu anderen Völkern zu gewinnen.

Mit diesem Buch wird erstmals der Versuch unternommen, in einer Sprache des Abendlandes alle die Vorstellungen von einem idealen Staat und einer idealen Gesellschaft darzustellen, wie sie die Chinesen im Laufe von Jahrtausenden erdacht und konstruiert haben. Wenn man aus moderner politischer Sicht China und seine Menschen beurteilen will — und die Entwicklung zeigt, daß man dieses Land einfach nicht ausklammern kann —, muß man die geistige Entwicklung eines sehr langen Zeitraumes berücksichtigen.

Westliche Einflüsse wurden erst im 19. Jahrhundert entscheidend auf die innere Entwicklung Chinas wirksam, vorher war dies — entgegen landläufiger Meinung — kaum der Fall.

Viele Vorstellungen, die vom Kommunismus vertreten werden, sind den Chinesen in ihren Anfängen seit Jahrtausenden vertraut.

Es ist zu hoffen, daß dieses Buch eine weite Verbreitung findet; es kann helfen, falsche Vorstellungen zu korrigieren, die in Europa immer noch verbreitet sind.

Eine Fangleine darf nicht zum Fallstrick werden!

Bestimmungen über Gebrauch und Prüfungen beachten

Die Bilder dieser Seite sind zwar zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten aufgenommen, haben aber dennoch eines gemeinsam: die Verwendung von Fangleinen als Rettungs- und Sicherungsleinen. Diese Bilder lassen aber auch erkennen, daß vom Zustand

der Fangleinen bei der Rettungs- und Bergungsarbeit Gesundheit und Leben derjenigen abhängen kann, die sich diesen Leinen anvertrauen. An solche Leinen werden schon bei der Herstellung und Abnahme ganz bestimmte Anforderungen gestellt. Aber auch für ihren

Gebrauch und die Pflege gibt es Richtlinien. Insbesondere wird dabei auf die neue Norm DIN 14920 (1968) verwiesen, die bezüglich Behandlung, Gebrauch, Pflege und Ausmusterung Bestimmungen enthält, deren Beachtung von großer Wichtigkeit ist. Fangleinen werden heute aus Marken-Polyesterfasern hergestellt. Sie sind spiralgeflochten und haben einen Durchmesser von 10 mm. Fangleinen aus Naturfasern (Langhanf) sind künftig nicht mehr zugelassen und werden auch nicht mehr her-

gestellt. Jeder Ausbilder und Helfer, der mit Fangleinen umzugehen hat, sollte sich vergewissern, ob die Bestimmungen der entsprechenden DIN, insbesondere hinsichtlich der wiederkehrenden Prüfungen und der Gebrauchsanleitung für Einsätze und Übungen sowie der Pflege nach Gebrauch, hinreichend beachtet worden sind und welche Aufgaben jedem Benutzer von Fangleinen aus diesen Bestimmungen erwachsen. Jede Nachlässigkeit kann sich bitter rächen!

H. F.





Hubschrauber und Sportflugzeuge sind wegen ihrer besonderen Flugeigenschaften bei Unfällen und Katastrophen vielseitig verwendbar. Die Piloten (unser Titelbild) werden bei solchen spezifischen Einsätzen durch Luftbeobachter unterstützt, die hierfür besonders ausgebildet werden. Lesen Sie hierzu unseren Bericht im Innern dieser Ausgabe.

Von oben sieht man mehr

